

Palästina



Die Apartheid-Mauer

- Drei Jahre Intifada
- Die Roadmap – ein amerikanischer Trick
- Nahost nach dem Krieg



Solidarität mit Palästina

Nummer 13 September 2003 Preis: € 2,-

Den Amerikanern ein neues Vietnam im Irak

Frieden in Nahost und der Irak als „demokratischer Vorzeigestaat“ des arabischen Raumes. So sind die USA vor knapp einem halben Jahr angetreten, um ein schon ausgehungertes Land in Schutt und Asche zu demütigen. Bis zum Überdruß mussten wir uns die amerikanische Frohbotschaft in den westlichen Medien gefallen lassen. Allein – die Realität straft die US-Militärstrategen und PR-Manager täglich Lügen. Statt Demokratie hat die US-Aggression dem irakischen Volk nur Chaos und Leid gebracht. Statt Frieden und Souveränität beschert die „Roadmap“, der amerikanische „Fahrplan zum Frieden“ den Palästinensern täglich neue israelische Gewaltakte und Erniedrigungen.

Doch es geht eine andere Botschaft um in der Welt, die des irakischen Volkes. Widerstand ist möglich und der mächtigsten, scheinbar unbesiegbaren Armee der Welt schlottern vor den Augen aller die Knie angesichts der nicht endend wollenden Guerillaaktionen.

Auch für die Palästinenser sind die Lebenszeichen des irakischen Widerstandes ein Hoffnungsschimmer. Auch wenn in Palästina niemand an den Segen der Roadmap geglaubt hat – mit Ausnahme derjenigen, die von ihr profitieren würden – so fürchteten doch viele, dass sie Wirklichkeit werden könnte. Und mit ihr die vollendete Tatsache von isolierten palästinensischen Bantustans, hochtrabend als „Staat“ bezeichnet. Das grausame Szenario eines palästinensischen Bürgerkriegs

warf seine Schatten mit jedem neuerlichen Bekenntnis aus dem Munde Mahmoud Abbas zu den US-israelischen Auflagen voraus. Doch das palästinensische Volk ist Leiden gewöhnt. Es lässt sich so schnell nicht unterkriegen und erkennt einen Betrug als einen solchen. Es lässt sich keinen allzu durchsichtigen, allzu offensichtlichen Fahrplan zur palästinensischen Kapitulation aufzwingen.

on aufzwingen.

So zeigen das irakische und das palästinensische Volk, dass Widerstand möglich ist, dass der Anspruch auf Frieden, Freiheit und nationale Selbstbestimmung nach wie vor legitim ist. Wem immer Gerechtigkeit am Herzen liegt, der muss diesen Widerstand gegen den neuen amerikanistischen Imperialismus verteidigen.

Inhalt

Die Roadmap – Fahrplan in die Sackgasse	4
Oder: Es ist nicht überall Frieden drin, wo Frieden draufsteht	
„Die Roadmap ist ein amerikanischer Trick“	6
Interview mit Ahmed Sa'adat, Generalsekretär der PFLP	
„Unsere Moral können sie nicht zerstören“	10
Delegation aus den besetzten palästinensischen Gebieten zurückgekehrt	
Raffiniert verdeckter „Transfer“ der Palästinenser	15
Licence to Kill	16
Eskalation der Gewalt gegen Friedensaktivisten	
Die Apartheid-Mauer	17
Der irakische Widerstand und die schiitische Frage	19
Ist ein stabiles US-Marionettenregime möglich?	
Kurzmeldungen	xx
Syrien: Zwischen Ohnmacht und Volkszorn	27
„Der Zauber hat sich gegen den Meister gewendet“	28
Die Palästinenser in Syrien	
Krieg und Kolonialismus sind die Geißel der Menschheit!	29
Internationaler Aktionstag am 27. September/Aufruf für die Demonstration in Wien	
Antiimperialistisches Sommerlager in Assisi	30
Der irakische Widerstand im Zentrum	
10 Euro für den irakischen Widerstand	32
Ein Zionist zwischen allen Stühlen	33
Rabbi Jeremy Milgrom	
Das Wiener Volksstimme-Fest als Jubelfeier für die Besetzung des Irak	35
Ausschluss der AIK vom KPÖ-Fest	
Antisemitismus im linken Gewand?	36
Offener Brief an Dr. Wolfgang Neugebauer, Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands.	
Vom Pazifismus zum Antiamerikanismus	37
Nakba – das arabische Wort für Katastrophe	43
Buchrezensionen	44
Lost Ground Palästina	48
Die Intifada und der palästinensische Fußball	
Kontakt und Abo	50

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Verlag „Edition Der Keil“, Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien; Redaktion: Antiamperialistische Koordination (AIK), Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien; Verlags- und Herstellungsort: Wien; Druck: ATOS-Origin, Wien. *Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz:* Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Verlag „Edition Der Keil“, Gußhausstraße 14/3, 1030 Wien. Grundlegende Richtung: für einen gerechten Frieden im Nahen Osten.

Die Roadmap – Fahrplan in die Sackgasse

Oder: Es ist nicht überall Frieden drin, wo Frieden draufsteht

Unmittelbar nach dem Ende des Krieges gegen den Irak wartete Bush mit einem neuen Friedensplan für den Nahen Osten auf. Am 1. Mai dieses Jahres war dieser Plan als Roadmap, als Fahrplan zum Frieden, der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Neu und eben erst von Bush erdacht ist er jedoch nicht, hat doch das Nahost-Quartett, bestehend aus Javier Solana (EU), Colin Powell (USA), Kofi Annan (Uno) und Igor Ivanov (Russland) einen ersten Entwurf bereits im Juli 2002 angenommen. Im Oktober des vergangenen Jahres wurde der Entwurf Sharon übermittelt, der bis zum Februar 2003 gemeinsam mit seiner Regierung schon über hundert Anmerkungen und Änderungswünsche bekannt gab, während die palästinensische Regierung unter ihrem neuen Premier Mahmoud Abbas die Roadmap bedingungslos akzeptiert hat.

Die rechtsradikale Siedlervereinigung *Yesha' Council of Settlements* betitelte die Roadmap mit „schlimmer als Oslo“¹, womit sie Recht hat, wenn auch natürlich dieser Friedensplan schlimmer für die Palästinenser und nicht für die Israelis ist. Denn die Roadmap ist tatsächlich eine konsequente Weiterentwicklung des Oslo-Abkommens und geht klar in die Richtung einer Annexion der 1967 besetzten Gebiete. Die Roadmap ist nichts anderes als ein neuerlicher Versuch das palästinensische Volk in Bantustans zu zwingen und diesen dann den Namen „palästinensischer Staat“ zu verleihen. Mit der internationalen Anerkennung eines solchen palästinensischen Staates würde der palästinensischen Sache nichts Gutes getan, sondern ihr im Gegenteil ein vernichtender Schlag versetzt werden. So ist von der internationalen Solidaritätsbewegung zu fordern sich mit aller Vehemenz gegen den Fahrplan, der zu einer solchen historischen Täuschung führen würde, und damit auch gegen die Anerkennung eines solchen palästinensischen Staates, zu stellen.

Schon im Einleitungstext zur Roadmap heißt es ganz klar, dass eine Zweistaatenlösung nur durch ein Ende der Gewalt und des Terrors herbeigeführt werden kann und vor allem nur dann, wenn die palästinensische Führung endlich entschieden gegen den Terror vorgeht und demokratische Strukturen aufbaut, basierend auf

Toleranz und Freiheit. Israel kommt hier entschieden leichter weg, indem ihm nur auferlegt wird alles was nötig ist zu tun um ein demokratisches Palästina zu ermöglichen. Darauf folgt ein Bekenntnis zu einem „unabhängigen, demokratischen und lebensfähigen palästinensischen Staat“, zu einem Ende der Besatzung von 1967, basierend auf der Konferenz von Madrid, dem Prinzip „Land für Frieden“ und den UN-Sicherheitsratsresolutionen 242 (1967, Abzug der Truppen aus den besetzten Gebieten, gerechte Lösung der Flüchtlingsfrage, Garantie der territorialen Unverletzlichkeit und politischen Unabhängigkeit aller Staaten in dem Gebiet), 338 (1973, Aufforderung zum Waffenstillstand und Aufruf zur Umsetzung von 242), und 1397 (2002, Aufruf den Friedensplan von Tenet und die Empfehlungen des Mitchell-Berichts umzusetzen).

Der gesamte Fahrplan gliedert sich in drei Phasen. In Phase I, welche mit dem Ende des Monats Mai 2003 bereits abgeschlossen sein sollte, soll Gewalt und Terror abgestellt, das palästinensische Leben normalisiert und die palästinensischen Institutionen aufgebaut werden. Als erster Schritt freilich müssen die Palästinenser ein bedingungsloses und sofortiges Ende der Gewalt durchsetzen und die Israelis sollen hierfür „unterstützende Maßnahmen“ treffen. Außerdem müssen die Palästinenser sich noch einmal explizit für das Recht Israels auf eine Existenz in Sicherheit und Frieden aussprechen, während die Israelis sich zu einer Zwei-Staaten Lösung bekennen müssen. Auch soll ein palästinensischer Verfassungsentwurf publiziert und zur Diskussion gestellt werden, sowie „freie, faire und offene Wahlen“ abgehalten werden. Dafür zieht Israel sich auf die Positionen, welche es vor dem 28. September 2000 innehatte, zurück. Außerdem friert Israel alle Siedlungsaktivitäten ein.

Was die Sicherheitsgarantien während der Phase I betrifft, so wird klar dargelegt, dass die wichtigsten Schritte die Konfiszierung von palästinensischen Waffen in Privatbesitz durch die Autonomiebehörde sowie den Aufbau des palästinensischen Sicherheitsapparats, in Kooperation mit Israel sind. Für den Aufbau palästinensischer Institutionen, für die Registrierung der Wahlberechtigten, aber auch für die Ver-

besserung der humanitären Situation soll Israel hilfreich zur Hand gehen. Das einzige, was Israel konkret in dieser ersten Phase tun muss, ist die Siedlungsvorposten, die seit März 2001 errichtet wurden, aufzulösen und die Siedlungstätigkeit auf Eis zu legen.

Phase II ist bereits die Phase des Übergangs, welche von Juni 2003 bis Dezember 2003 gehen sollte und bereits einen palästinensischen Staat in provisorischen Grenzen als Ergebnis haben soll. Der Beginn dieser Phase wird durch freie Wahlen in den palästinensischen Gebieten ausgezeichnet, denen eine ersten Internationale Konferenz unter Obhut des Quartetts folgen soll. Auf dieser Konferenz soll es dann vor allem darum gehen, einen umfassenden Frieden für die Region, vor allem auch mit dem Libanon und Syrien, auszuarbeiten, auch sollen die arabischen Staaten ihre Kontakte, die sie vor der Intifada mit Israel hatten, wieder aufzunehmen verpflichtet werden. Das Quartett bereitet dann auch die internationale Anerkennung und mögliche UN-Mitgliedschaft des palästinensischen Staates vor.

Phase III zieht sich bis 2005 und ist die Phase der Stabilisierung sowie des Endes des israelisch-palästinensischen Konfliktes. Eine zweite internationale Konferenz wird hier anberaumt um einen Prozess zur Klärung der letzten verbliebenen Fragen einzuleiten: die Fragen der permanenten Grenzen, Jerusalem, Flüchtlinge und Siedlungen. Natürlich sind hier auch wieder die Beziehungen zum Libanon und Syrien von großer Wichtigkeit. Diesmal müssen nicht nur die Palästinenser das Existenzrecht Israels in vollem Umfang akzeptieren, sondern auch alle anderen arabischen Staaten.² Noam Chomsky stellte zu dieser Frage einmal treffend fest: „In diplomatischen Beziehungen und dem internationalen Recht gibt es keinen relevanten Begriff von staatlicher ‚Legitimität‘ oder dem ‚Recht auf Existenz‘. Staaten werden anerkannt, weil sie existieren und funktionieren, nicht weil sie ‚Legitimität‘ oder ein ‚Existenzrecht‘ besitzen.“³

Der anfängliche kindische Enthusiasmus des Weißen Hauses mit der Roadmap den Frieden herbeizaubern zu können verblasst langsam angesichts dessen, dass für die amerikanische Rechte selbst dieser Plan,

der den Palästinensern ohnehin nur ein Leben in umzäunten Bantustans ermöglichen würde, noch zu viele Zugeständnisse an die Palästinenser enthält. Diese Entwicklung sieht man bei Bushs Beratern nicht gerne, hat man doch die nahenden Wahlen 2004 im Hinterkopf. 88 Senatoren und 316 Kongressabgeordnete⁴ haben sich bereits in Briefen gegen die Roadmap ausgesprochen, Rückendeckung erhalten sie hierbei vor allem von der christlich fundamentalistischen Lobby, die nicht zuletzt eine wichtige ideologische Stütze für die Präsidentschaft von Bush darstellt. In diesem Milieu, das sich durchaus eines beachtlichen gesellschaftlichen Einflusses erfreut, hängt man eher den Gedanken an den Transfer der palästinensischen Bevölkerung an und Do-

von einer darauffolgenden Friedensinitiative im Nahen Osten abhängig gemacht hatte. Die Roadmap, so hatte er spekuliert, würde den unpopulären Feldzug im Nachhinein in ein besseres Licht rücken, er selbst könne sich als Mann, dem es um den Frieden in der ganzen Region gehe, abputzen. Realistisch gesehen hat die Roadmap jedoch keine Möglichkeit der Umsetzung und selbst hätte sie es, so würde es auf Dauer keinen Frieden geben, sondern höchstens eine Befriedung auf Zeit. Dadurch, dass ihr Text schwammig gehalten wird, können sich die Verhandlungen um die wirklich strategischen Punkte wie die Frage der Flüchtlinge, die Siedlungen und Jerusalem, sowie die definitiven Grenzen eines palästinensischen Staates ewig hin-

likt allein auf dem Problem der Palästinenser ihre Institutionen aufzubauen beruhe. So greift dieser halbherzige und völlig unrealistische Lösungsvorschlag (die Lösung eines mehr als 50-jährigen kriegerischen Konflikts innerhalb von eineinhalb Jahren) auch genau an der falschen Seite an. Bevor über die wirklich strategischen Fragen debattiert wird – über die jede noch so stabilisierte palästinensische Regierung fallen könnte, falls der Bürgerkrieg bis dahin noch nicht ausgebrochen sein sollte – wird ein palästinensisches Verwaltungssystem geschaffen, das nur eines zum Ziel hat: Es soll der palästinensischen Widerstandskraft die Zähne ziehen und die Organisationen, die, was die Unterstützung in der Bevölkerung betrifft, eine ebenso große Legitimität haben, wie die Fatah von Arafat, zerschmettern. So würde Israel anschließend bei den Verhandlungen um all die Fragen, um die sich dieser Konflikt eigentlich dreht, in der eindeutig stärkeren Position sein. Die Palästinenser hätten das Druckmittel des bewaffneten Kampfes nicht mehr zur Verfügung. Die Roadmap könnte für die Palästinenser ein Ticket in den Bürgerkrieg sein, was den israelischen und US-amerikanischen Strategen wohl gefallen könnte. Würde sie tatsächlich durchgezogen werden, würde am Ende dabei herauskommen, dass die Okkupation als vollendete Tatsache mit der internationalen Anerkennung eines palästinensischen Nicht-Staates endgültig akzeptiert werden würde. Wird die Roadmap jedoch von den wütenden Stimmen innerhalb des israelischen und US-amerikanischen ultrakonservativen Lagers zu Fall gebracht, so eröffnet sich als Lösung nur noch der Transfer der palästinensischen Bevölkerung. So scheint von all den Möglichkeiten auf einen Frieden durch Gerechtigkeit nur der entschlossene palästinensische Widerstand und eine Schwächung der USA und Israels durch eine internationale Destabilisierung übriggeblieben zu sein. In diesem Zusammenhang richten sich wohl alle Augen hoffnungsvoll auf den Irak und die Möglichkeiten des dortigen mutigen und erbiterten Widerstands dazu beizutragen.

Doris Arztgruber

1 The Guardian, 6. Mai 2003, Brian Withaker

2 Vgl.: www.un.org

3 Chomsky, Noam, Offene Wunde Nahost, Israel, die Palästinenser und die US-Politik, Hamburg 2002, S. 174

4 Counterpunch, 6. Mai 2003, Kathleen Christison



nald Rumsfeld meinte schon letztes Jahr nur noch von den „sogenannten besetzten Gebieten“⁴ sprechen zu können. Es bleibt also in mehrfacher Hinsicht nur noch wenig Zeit diesen überhasteten und unseriösen Friedensvorschlag durchzupeitschen: Erstens muss danach noch genügend Zeit bleiben, die verärgerten Geldgeber für den Wahlkampf von Bush in den USA wieder gütlich zu stimmen, andererseits ist man mit dem Zeitplan der Roadmap ohnehin schon stark im Verzug. So ist wohl die realistischere Variante, dass die Roadmap, wie einige Initiativen vor ihr, man erinnere sich an den Tenet-Plan, den Mitchell-Bericht oder den Zinni-Plan im Frühjahr 2002, im Sand verläuft.

Die Veröffentlichung der Roadmap war außerdem eine Erfüllung der Bedingung von Tony Blair gewesen, der seine bedingungslose Unterstützung im Irak Krieg

ziehen, ohne unbedingt einer Lösung zugeführt werden zu müssen. Auch wird schon jetzt deutlich, dass obwohl die diversen Maßnahmen, die von Israel und der palästinensischen Seite getroffen werden müssen, eigentlich gleichzeitig stattfinden sollen, Israel seine Schritte in dieser Richtung abhängig von den Fortschritten auf palästinensischer Seite bezüglich der Terrorbekämpfung macht. So wird die Parallelität ausgeschaltet und der Fahrplan stellt sich als ein Plan für Zugeständnisse von palästinensischer Seite ohne einer Gegenleistung dar, oder noch schlimmer, als Fahrplan in den palästinensischen Bürgerkrieg, abhängig von der Haltung welche der bewaffnete Arm der Fatah in diesem Prozess einnehmen wird. Das läge allerdings durchaus im Interesse Israels und der USA.

Die Roadmap erweckt den Anschein, als ob der israelisch-palästinensische Konf-

„Die Roadmap ist ein amerikanischer Trick“

Interview mit Ahmed Sa'adat, Generalsekretär der PFLP

Mit welchen Erwartungen blicken Sie auf die Regierung von Abu Mazen und was kann sie, gemessen an ihren politischen Aussagen, leisten?

Ein wichtiger Wesenszug dieser palästinensischen Regierung ist, wie aus der Rede des Ministerpräsidenten deutlich geworden ist, ihre Fixierung auf die Sicherheit. Der politische Diskurs der Regierung lässt dem Dialog zwischen den palästinensischen Organisationen und der palästinensischen Regierung keinen Raum. Was sie bezüglich der inneren Situation in Palästina angeboten hat (die Neuordnung von Verwaltung, Rechtswesen, Wirtschaft und Sozialwesen), ist ein ehrgeiziges Programm. Es wäre wünschenswert, dass die palästinensische Regierung der Umsetzung dieses Programms einen Weg bahnt, denn die nationalen und die islamischen Organisationen sowie die Regierung Palästinas sind sich dessen bewusst, dass die palästinensischen Einrichtungen, die zur palästinensischen Autonomiebehörde gehören, eine Erneuerung der Gesetzgebung brauchen. Nur so kann das palästinensische Volk über den Weg demokratischer Wahlen neues Vertrauen in diese Einrichtungen gewinnen. Doch glauben wir, dass das soziale und wirtschaftliche Programm durch die gegenwärtige Regierung nicht verwirklicht werden kann.

Die Beobachter sind der Ansicht, dass die gegenwärtige palästinensische Regierung die Regierung der Roadmap ist. Bringt dieser Plan irgendeinen Hoffnungsschimmer auf eine politische Lösung?

Die Roadmap stellt einen politischen Plan dar, der letztendlich dazu dient, sich im Einklang mit der politischen Vision, die Sharon und seine Regierung dem palästinensischen Volk aufzwingen wollen, über die palästinensische Frage und die Uno-Resolutionen hinwegzusetzen. Die palästinensische Autonomiebehörde ist durch die Ernennung des Innenministers und den Austausch des Finanzministers allen Forderungen, welche die amerikanische Administration und Israel vorgebracht haben, nachgekommen. Diesmal hat die amerikanische Administration von den Palästinensern die Ernennung eines Ministerpräsidenten in Person von Mahmoud Abbas (Abu Mazen) gefordert. Ja, die Serie der Zugeständnisse, welche die palästinensische Autonomiebehörde gemacht hat, fügt sich ein in den Kontext der generellen Aus-

richtung der palästinensischen Politik, die auf der Gewährung von Zugeständnissen, unter dem Etikett von Rechtsansprüchen, zu deren Beachtung die Palästinenser verpflichtet seien, beruht. Diese Grundausrichtung hat dazu geführt, dass der Vision von Bush, die Ausdruck einer Neuauflage des Planes von Sharon zur Beilegung des Konflikts ist, ein festes Fundament und der Name „Friedensplan“ und „Verwirklichung des Traumes und der Vision der Zweistaatlichkeit“ gegeben wurde. Doch tatsächlich ist die Vision von Bush Ausdruck einer Kriegserklärung gegen das palästinensische Volk und gereicht dazu die Logik auf den Kopf zu stellen. Durch sie wird das palästinensische Volk, das gegen die Besetzung kämpft, in ein Volk, das Terror praktiziert, verwandelt. Die israelische Besetzung hingegen wird von einem Apparat der Unterdrückung und des Terrors gegen das palästinensische Volk in einen Staat, der das Recht auf Selbstverteidigung praktiziert und sich dem palästinensischen Terror widersetzt, verwandelt.

Denn die Vision von Bush enthält einen weiteren Punkt, der im Rahmen der Gestaltung der allgemeinen israelischen Politik seinen Platz hat. Er hängt zusammen mit der Auswechslung der palästinensischen Führung. Diese Vision beschränkt sich nicht auf die Personen, sondern umfasst Änderungen an der Ausrichtung der palästinensischen Politik, hin dazu, den israelischen Sicherheitsbedürfnissen und der israelischen Vision zu folgen.

Dies führt zum Verzicht auf die fundamentalen palästinensischen Anliegen, in erster Linie des Rechts der Flüchtlinge auf Rückkehr. So ist es die Vision von Bush, die das Fundament für den Bau dessen gelegt hat, was Roadmap genannt wird.

Die Roadmap bringt im besten Fall die Rückkehr des palästinensischen Volkes in den Teufelskreis der sinnlosen Verhandlungen, die nach sieben Jahren in Camp David in eine Sackgasse gelangten. Und die Roadmap erlegt sogar, im Sinne des Vertauschens des Provisoriums mit den Verhandlungen (sich unabsehbar lang hinziehenden Verhandlungen), schlimmere Bedingungen auf als die Bedingungen des Oslo-Abkommens. Es handelt sich also um ein Konzept, das mit der Vision von Sharon auf das Engste verwandt ist.

Außerdem verknüpft die Roadmap

die Durchführung der ersten Schritte mit dem Stand dessen, was von der palästinensischen Seite an Verpflichtungen eingegangen wird, womit die Sicherheitsverpflichtungen gemeint sind. Die Regierung Mahmoud Abbas ist auf dem Fundament der Befolgung der Roadmap aufgebaut und konzipiert. Das Wesen des Programms der neuen palästinensischen Regierung besteht in seiner funktionalen Sicherheitsrolle. Es ist nicht verwunderlich, dass der Innenminister Mahmoud Abbas selbst ist, denn der Innenminister ist mit der Bewahrung der Sicherheit betraut, seine Funktion hat nur mit Sicherheit zu tun. Die Ankündigung der Roadmap ist nicht gleichbedeutend mit ihrer Umsetzung, denn Israel will den Palästinensern, aufgrund des Ungleichgewichtes der Kräfte und der unbedingten Unterstützung Amerikas für die israelische Politik (die Bedingung des Einstellens der Intifada und des Widerstandes), seine Diktate und Forderungen aufzwingen. Heute besteht die Funktion und die unmittelbare Aufgabe der palästinensischen Regierung bis auf Weiteres in der Ankündigung der Roadmap, eines Planes, der den Konflikt zwischen dem palästinensischen Volk und der Besetzung in die Reihen des palästinensischen Volkes hinein verlagert.

Die Bildung der palästinensischen Regierung zielt nicht darauf ab Lösungen für die gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Notlage ausfindig zu machen, die das palästinensische Volk durchlebt, denn die Bildung der Regierung hat zwar die Autonomiebehörde und das Zentralkomitee der Organisation Fatah aus seiner inneren Krise geführt, steht jedoch in keinem Zusammenhang mit dem Herausführen des palästinensischen Volkes aus seiner schwierigen Lage.

Und was für einen Ausweg sehen Sie?

Ich rufe sämtliche nationalen und islamischen Bewegungen sowie die Autonomiebehörde dazu auf einen konstruktiven politischen Dialog zu führen, der geeignet ist Strategien und politische Visionen zu skizzieren um das palästinensische Volk aus seiner schwierigen politischen Lage herauszuführen und die Verwirklichung der gerechten nationalen Ziele (die Rückkehr der Flüchtlinge, die Selbstbestimmung und die Errichtung des unabhängigen Staates mit Jerusalem als Hauptstadt)

zu erreichen. Das wird nicht auf dem Weg der Roadmap verwirklicht, sondern es erfordert vielmehr das Abkommen von Oslo hinter sich zu lassen und sich von den Festlegungen und den Kreisen, welche die Verhandlungen von Oslo bestimmten, zu entfernen. Denn die israelische Regierung ist aufgrund des Kräfteungleichgewichts und der amerikanischen Autorität in der Lage, von den Palästinensern auf allen Ebenen die Gewährung eines neuen Zugeständnisses zu erzwingen das den israelischen Zielen dient. Wenn die Roadmap wirklich funktionieren sollte, dann läuft sie letztendlich darauf hinaus, dass die israelische Besatzung durch die direkte amerikanische Mandats Herrschaft über das palästinensische Volk ersetzt wird und das versucht wird die palästinensische Unabhängigkeit lebendig zu begraben, sich an den Resolutionen des Sicherheitsrates vorbeizuwenden, der die Notwendigkeit der Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates, der über Souveränität und eigene Grenzen verfügt, festgeschrieben und das Rückkehrrecht der Flüchtlinge als Kern der Palästinafrage bezeichnet hat.

Die gegenwärtige Phase lässt sich als schwierig charakterisieren. Sie verlangt von sämtlichen nationalen und islamischen Gruppen und den politischen Instanzen und Institutionen des Volkes einen hohen Grad an Verantwortlichkeit, die Bewahrung der inneren nationalen palästinensischen Einheit sowie die Erhaltung der Errungenschaften der Intifada und der internationalen Erfolge, wie z. B. der Uno-Resolutionen, welche die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates – als Ausdruck des Rechtes des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung – vorsehen. Die palästinensische Verantwortlichkeit verlangt Lösungen, die weiter reichen als zur Bildung einer Regierung oder zur Ernennung eines Ministerpräsidenten, denn diese Lösungen sind Angelegenheiten der Palästinenser, und es ist nicht richtig, dass sie von außen aufgezungen werden. Dies bedroht die Stabilität.

Es ist nötig Druck auszuüben, damit die Verhandlungen vom Rahmen der direkten Verhandlungen unter amerikanischer Schirmherrschaft in den Rahmen der Vereinten Nationen verlagert werden. Den Vereinten Nationen obliegt es direkten Druck auf Israel auszuüben, mit dem Ziel der Umsetzung der Palästina betreffenden Beschlüsse des Völkerrechts. Die vordringliche Aufgabe, die den Vereinten Nationen heute zufällt, ist es dem palästinensischen Volk internationalen Schutz zur Verfügung zu stellen und nicht ameri-

kanisch-britischen Schutz, der in der Weise der Besetzung des Iraks verwirklicht wird. Durch den Schutz, den das palästinensische Volk für eine befristete Phase fordert, soll über die direkte Wahl vom Volk und ein modernes und demokratisches Wahlgesetz die Errichtung des palästinensischen Staates gefestigt werden. Das würde den Erfordernissen der Entwicklung der Demokratie in Palästina entsprechen und nicht den Sicherheitsbedürfnissen von Amerika oder Israel.

Die Roadmap stellt mit ihren willkürlichen Verdrehungen der Rechtsansprüche und der Bestimmungen einen politischen Deckmantel dar für die israelische Knute, die gegen das palästinensische Volk Verwendung findet.

Der Kampf des palästinensischen Volkes landet in der Schublade des Terrors, während der israelische Terror gegen das palästinensische Volk so charakterisiert wird, als sei er die Bekämpfung des „Terrors“. Auf diese Weise ist die Roadmap in ihrem Wesen ein amerikanischer Trick um sich auf der Grundlage der Vision von Bush an den Uno-Resolutionen, welche die Errichtung des palästinensischen Staates vorsehen, vorbeizuwenden.

Die Roadmap hat Inhalte und Grenzen gemäß den israelischen Sicherheitsbedürfnissen festgelegt. Sie zielt im Wesentlichen darauf ab Israel in die Lage zu versetzen sich der Palästinafrage, des Widerstandes und der Intifada zu bemächtigen. Amerika will die Sache der Palästinenser durch die Rückkehr zu den Verhandlungen, die der Intifada vorausgingen, untergraben. Der amerikanische Plan richtet sich in seiner Gesamtheit gegen das arabische Vaterland. Israel ist ein Hauptverbündeter in diesem amerikanischen Plan. Dieser zielt zunächst darauf ab, den Widerstand in Palästina mittels Sharons Militärapparats zu zerschlagen, den Irak und die Machtzentren der arabischen Nation zu zerstören und danach dazu überzugehen dem Rest der arabischen Welt ihr Diktat auf zu zwingen, damit Amerika in die Lage versetzt wird die Region des Nahen Ostens neu zu ordnen. Diese politische Sicherheitsordnung, die das Fundament für die totale amerikanische Hegemonie – unter Teilhaberschaft Israels als regionaler Hegemonialmacht – bildet, zielt darauf ab die Araber zu zähmen und sie zum Nachgeben zu zwingen, wie es sich auch in der arabischen Friedensinitiative zeigt, ohne dass Israel oder Amerika irgendeine Gegenleistung erbracht hätten.

Nach diesem Plan müsste die Lösung auf dem Weg direkter Verhandlungen zwischen den „Palästinensern und den Israe-

lis“ kommen und nicht auf Grundlage der Bestimmungen und Beschlüsse des Völkerrechts. Durch diese Schaumschlägerei – das amerikanische Konzept der Verhandlungen ohne Endresultat – wird die Palästinafrage von Krise zu Krise geführt. Denn die Roadmap ist ein Plan, der weit davon entfernt ist, Resultat der vielen Opfer zu sein, die das palästinensische Volk über die Jahre der Intifada und des Widerstandes erbracht hat.

Die Bildung der palästinensischen Regierung war kaum angekündigt, da begann die israelische Regierung bereits Forderungen zum Thema Sicherheit vorzubringen. Wie sehen Sie im Licht dieser Lage die Intifada?

Die palästinensische Intifada ist eher eine spontane Volksinitiative als ein Plan der nationalen und islamischen politischen Gruppen. Die Gruppen verbanden sich mit der Intifada, aber die Intifada war in ihrer Verbreitung, ihrem Umfang, zu umfassend, als dass sie von Seiten einer Gruppierung oder der palästinensischen Autonomiebehörde hätte gelenkt werden können. Solange die Gründe der Intifada und des Widerstandes fortbestehen (die israelische Besatzung), werden die Intifada und der Widerstand andauern, denn das palästinensische Volk ist sich dessen bewusst, dass die Einstellung der Intifada eine Forderung Israels ist, für die keine Gegenleistung erfolgen wird. Das palästinensische Volk braucht heute die Befreiung von der israelischen Besatzung, denn die Flammen des Widerstandes werden nicht erlöschen, solange seine Ursachen nicht aufgehört haben zu bestehen. Der Widerstand mag geringer werden, er mag schwächer werden, es gibt keinen geradlinigen Verlauf irgendeines Aufstandes, eines Widerstandes oder einer Intifada bei irgendeinem Volk: An einigen Punkten rückt er vor, an anderen weicht er zurück. So haben auch die Gespräche in Gaza (die Erklärung von Gaza) die Notwendigkeit des Festhaltens am Widerstand und der Intifada als einer palästinensischen Option zur Verwirklichung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes bekräftigt. Es gibt einen Volks- und Gruppenkonsens über die Notwendigkeit der Fortführung der Intifada bis zur Verwirklichung der legitimen und gerechten nationalen Ziele des palästinensischen Volkes: die Rückkehr der Flüchtlinge, das Recht auf Selbstbestimmung und die Errichtung des unabhängigen Staates und seiner unteilbaren Hauptstadt Jerusalem. Das sind palästinensische Angelegenheiten, die niemand ignorieren oder zerteilen kann, und die nationalen Rechte lassen sich auch nicht vonein-

ander trennen.

Die Roadmap behandelt im Wesentlichen Sicherheitsfragen. Ist es daher nicht verständlich, dass die palästinensische Regierung politische Akzente vermissen lassen wird?

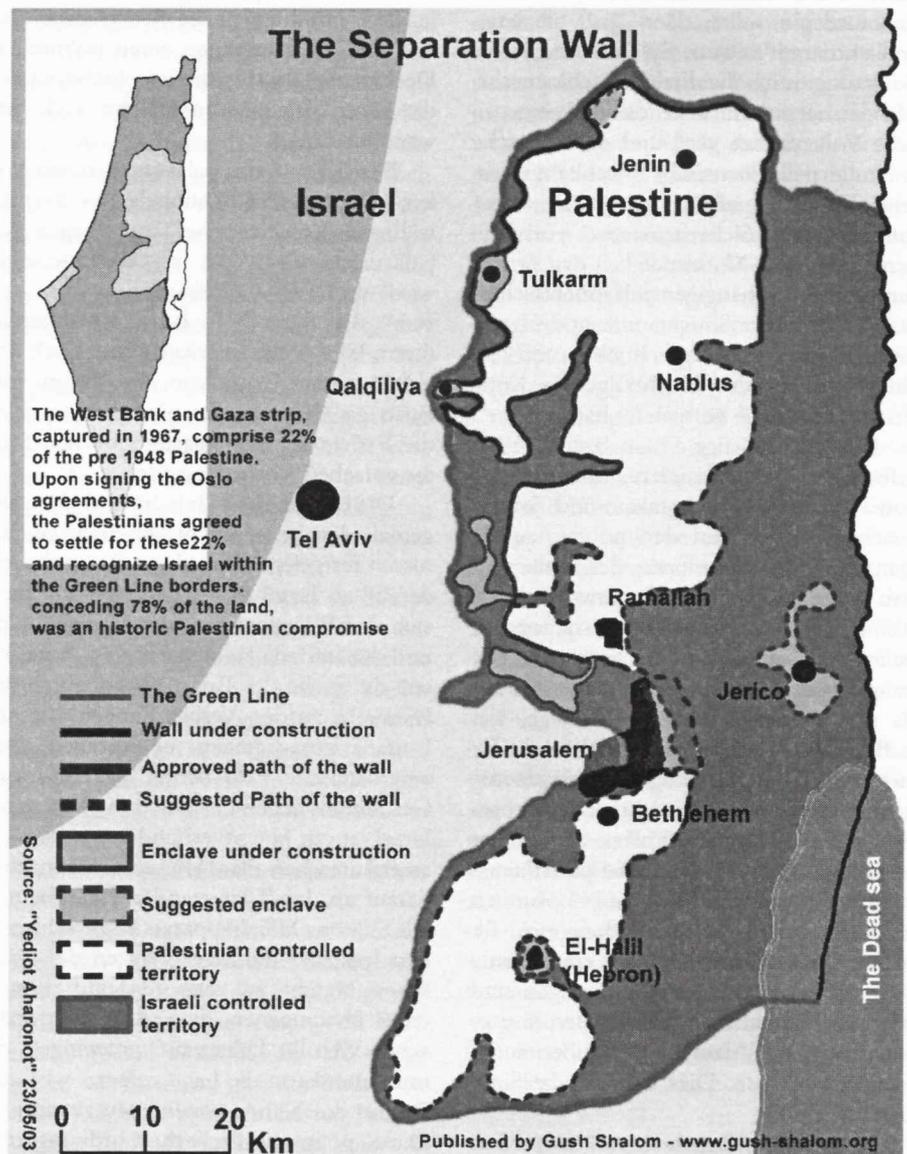
Um auf die programmatischen Pläne der palästinensischen Regierung zu sprechen zu kommen: Diese sind fixiert auf die Beschwichtigung und die Verpflichtung zur Erfüllung der Forderungen der Roadmap. Zwar hat ein palästinensischer Verantwortlicher verkündet, dass durch die Ernennung des Ministerpräsidenten und die Bildung der neuen Regierung, die Autonomiebehörde allen Erfordernissen der ersten Phase nachgekommen sein dürfte und es an der israelischen Regierung sei zu reagieren. Amerika und Israel jedoch sagen, dass die grundlegende und wesentliche Frage die Bewahrung der Sicherheit ist. Und Israel sagt, dass die Aufgabe der palästinensischen Regierung eine Sicherheitsaufgabe ist und dass sie die Sicherheit bewahren soll. So hängt der politische Fortschritt nicht im Mindesten vom Willen der Palästinenser ab. Keine Regierung kann den politischen Verlauf bestimmen, wenn sie als Ergebnis des Befolgens von Forderungen und des Drucks von Außen zustande gekommen ist. Wer akzeptiert, dass er unter politischem Druck steht, der muss den politischen Fortschritt von Seiten Israels erhoffen, über die wohlwollenden Gunstbezeugungen des Militärapparats. Denn Israel ist es, das mit Unterstützung Amerikas den politischen Fortschritt bestimmt und den Verlauf der Friedensregelung kontrolliert, während die Palästinenser fortfahren müsse, Zugeständnisse zu machen, für die sie als Gegenleistung nur die bloße Aussicht auf Versprechungen der Umsetzung dieser oder jener Einzelbestimmung der Roadmap bekommen. So wird der politische Fortschritt nicht auf der Grundlage palästinensischer Rechte erfolgen, die Israel wiederherzustellen hat. So wird die Rückkehr zum Provisorium nur zu einer Wiederherstellung derselben Krise führen, durch die der Verlauf der Verhandlungen vor dem Ausbruch der Intifada hindurchgegangen war. Und ich hoffe, dass die neue Regierung ihre Politik nicht auf den Hirngespinnsten der Roadmap aufbauen wird. Denn dies würde zu einem inneren Widerspruch führen, da zur selben Zeit die palästinensische Sache der Mobilisierung sämtlicher Elemente der Kraft und der Standfestigkeit bedarf, um dem amerikanisch-israelischen Plan die Stirn zu bieten.

Es gibt Stimmen, die sagen, dass Israel die Palästinenser und die Araber dreimal besiegt hat: Das erste Mal bei der Ka-

tastrophe des Jahres 1948, das zweite Mal bei der Unterzeichnung des Abkommens von Oslo und das dritte Mal bei der Annahme der Roadmap.

Es gibt einen Unterschied, zwischen der Tatsache, dass Israel Regime besiegt und der, dass es die Völker besiegt. Denn es ist ein Faktum, das Israel militärische Siege und politische Erfolge errungen hat, angefangen mit dem Übergang vom bewaffneten Kampf zu Verhandlungen, die in die Unterzeichnung des Abkommens

die palästinensische Sache, den Widerstand und die Intifada zu eliminieren sind im Fiasco geendet, sind doch die täglichen Ereignisse in Palästina eine Bestätigung dafür, dass der Widerstand von Dauer ist und dass der Widerstand die Kraft besitzt die israelische Politik zu beeinflussen. Denn das Bestehen auf der Umsetzung der Roadmap ist ein Versuch den Widerstand und die Intifada zum Stehen zu bringen. Doch der Sieg über das Volk, den Willen, die Kraft und den Widerstand ist keine



von Camp David mündeten, über das Herauslösen Ägyptens aus Konflikt, bis hin zur Tatsache, dass es im Rahmen der Verhandlungen von Madrid seine Bedingungen diktierte und was das Abkommen von Oslo hervorbrachte. Es mag sein, dass Israel einen Sieg über die palästinensische Autonomiebehörde errungen hat, doch einen Sieg über das palästinensische Volk wird es nie erringen, denn sämtliche so genannten Sicherheitspläne, die Israel entworfen hat um

leichte Sache. Die Intifada und der Widerstand werden andauern, bis die legitimen nationalen palästinensischen Ziele verwirklicht sind.

Amerika betont, dass die Verhandlungen über die Roadmap durchgeführt werden müssen. Wo bleiben dann die früheren Abkommen und Übereinkünfte?

Die Roadmap ist die Rückkehr zu den Verhandlungen unter schlechteren Bedin-

gungen als zuvor. Heute dreht sich das Gespräch um die internationale Aufsicht (die amerikanisch-britische Aufsicht), unter welcher die Gefängnisse der Autonomiebehörde gestellt worden: So war das Gefängnis von Jericho vor der Besetzung des Irak unter britisch-amerikanischem Mandat. Und es ist die Rede von der Aufsicht über die Sicherheit. Es gibt eine „palästinensisch-jordanisch-ägyptisch-amerikanische“ Sicherheitskommission, die den Wiederaufbau der palästinensischen Sicherheitsorgane beaufsichtigt. Es gibt eine Aufsicht über den palästinensischen Apparat und die palästinensischen Maßnahmen. So ist die Aufsicht schlimmer als die Besetzung.

Sharons Plan bietet keinen Raum für jedwede Errichtung eines palästinensischen Staates. Bedeutet dies nicht, dass Sharon fortfahren wird sich der Gewalt und der Machtausübung gegen das palästinensische Volk zu bedienen?

Sharons Programm (als Person, Partei und Regierung) zeigt keine Bereitschaft die Uno-Resolutionen umzusetzen oder überhaupt zu akzeptieren, fordert Sharon doch das Recht auf Rückkehr noch vor der Umsetzung der Roadmap zu tilgen. So wird die Gewalt der Regierung Sharon gegen das palästinensische Volk nicht aufhören, denn Sharon glaubt daran, seine politischen Bedingungen durch Gewaltanwendung aufzwingen zu können, die von Seiten der amerikanischen Administration politisch gedeckt wird. Und der Gewalt Sharons stellen sich die Intifada und der Widerstand in den Weg, um Sharon die gebührende Antwort zu geben. Denn die Befreiung von der israelischen Gewalt erfordert die Umsetzung der Uno-Resolutionen, den Rückzug der israelischen Besetzung auf die Grenzen des Jahres 1967, das nationale palästinensische Recht auf Unabhängigkeit auf dem nationalen Boden und die Errichtung eines palästinensischen Staates mit einer Souveränität, die nicht durch irgendwelche Bedingungen oder Diktate beschränkt ist.

Was sind gegenwärtig die Verbindungen zwischen der palästinensischen und der irakischen Frage?

Die Verbindungen bestehen in erster Linie in der Zugehörigkeit des palästinensischen Volkes und der Zugehörigkeit des irakischen Volkes zur arabischen Nation. Die israelische und amerikanische Aggression haben bewiesen, dass das palästinensische Volk den tieferen Zusammenhang zwischen dem Angriff auf den Irak und dem israelischen Angriff auf das palästinensische Volk kennt, denn die Völker merken sich die Namen der Schlach-

ten und lernen aus ihnen mehr als das, was sie sonst in Jahren lernen. Die Völker lernen aus der unmittelbaren Beobachtung der Ergebnisse des Krieges, die sich in der Realität widerspiegeln, und es gibt ein weit reichendes arabisches Volksbewusstsein darüber, dass der Angriff auf die arabische Nation abzielt, nicht nur auf das Volk des Irak und Palästinas. Denn es ist dahin gekommen, dass die Reichtümer, die Kultur, die Identität, die Würde und die Zivilisation der arabischen Nation von Zerschlagung und Unterdrückung bedroht sind und dass der arabischen Nation von Seiten Amerikas neue Denkweisen aufgezwungen werden. Dieses amerikanische Programm ist kein Geheimnis, vielmehr ist es das, von dem Colin Powell unter dem Schlagwort der Entwicklung einer neuen „demokratischen“ Kultur „und der Entwicklung der Demokratie in der gesamten Region des Nahen Ostens“ geredet hat. Die Frage ist, ob sich dieses Volksbewusstsein nicht in den politischen Apparaten widerspiegeln muss, den Instanzen des palästinensischen Volkes, die aufgrund ihrer Stellung und ihrer Programme im Widerspruch zum neuen amerikanischen Plan stehen, der die Kontrolle über die Potentiale der arabischen Nation zum Inhalt hat. Denn das Volksbewusstsein muss sich in wirklichen Programmen widerspiegeln, die den Widerstand gegen die erlittene und bevorstehende Unterdrückung zum Inhalt haben und die zukünftigen Aufgaben festlegen. Wollen sie etwa abwarten, bis Amerika daran geht, Syrien oder den Libanon anzugreifen, und darauf Jordanien und womöglich Saudi-Arabien und womöglich als nächstes Ägypten oder Libyen? Die Araber müssen ihre Lektion lernen, denn der Preis war hoch, der dafür bezahlt werden musste, dass sie nicht bereit waren, den Irak zu verteidigen.

Sollen die Araber abwarten, bis es Amerika gelungen ist dem irakischen Volk seinen politischen Plan aufzuzwingen?

Der Kampf im Irak ist noch nicht zu Ende. Auch wenn der amerikanische Imperialismus in der Lage gewesen ist das Regime zu besiegen, so kann er doch nicht das irakische Volk besiegen, denn die vielfältigen Formen des Protestes gegen die amerikanische Aggression zeugen von der Fortdauer des irakischen Widerstandes. So lautet die irakische Forderung heute, dass diejenigen, welche die Geschicke des irakischen Volkes lenken, die Iraker selbst sein sollen, wobei die Iraker an der Einheit des Irak festhalten. Denn trotz des Vorhandenseins einiger opportunistischer Stellungnahmen von Seiten einiger Grup-

pen der irakischen Opposition, die die Parole der positiven Neutralität propagieren, ist sich das irakische Volk heute dessen bewusst, dass es einer Mobilisierung aller Schichten des Volkes im Rahmen einer fest gefügten Einheit und Front bedarf um dem amerikanischen Imperialismus die Stirn bieten zu können. Von welcher positiven Neutralität reden sie da, angesichts des amerikanischen Überfalls, der das Volk des Irak zum Ziel hatte und den Reichtum und die Einheit des Irak? Was von Amerika heute im Hinblick auf den Irak behauptet wird, ist die Errichtung eines liberalen demokratischen Staates und zur selben Zeit will Amerika sich mit Machtmitteln „die Reichtümer des irakischen Volkes“ aneignen. Amerika will das Öl und die Bodenschätze des Irak rauben.

Amerika hat es unternommen durch den Diebstahl der Kunstwerke und anderer historischer Schätze die irakische Zivilisation ihrer Vergangenheit zu berauben. Amerika hat die Kultur- und Bildungseinrichtungen zerstört um das Bild des Iraks unkenntlich zu machen. So vollzieht sich die Konfrontation mit den Amerikanern heute von Angesicht zu Angesicht und es findet sich kein Rechtfertigungsgrund für irgendeine politische Partei, sich ihren Pflichten im Hinblick auf den Kampf zu entziehen. Einheit aller Gruppierungen und Parteien ist gefordert, denn der Kampf zwischen ihnen fördert die Umsetzung des amerikanischen Plans, die auf eine Teilung des Irak abzielt. Den Irakern obliegt es auf die Errichtung eines demokratischen politischen Systems hinzuwirken und dieses politische System wird nur dann national und demokratisch sein, wenn es sich auf die Grundlage des Kampfes gegen die neue imperialistische amerikanische Besetzung, des Hinwirkens auf ihre Vertreibung und der Verwirklichung der nationalen Unabhängigkeit für das irakische Volk stützt.

Erschienen in der arabischsprachigen Zeitschrift der PFLP.

„Unsere Moral können sie nicht zerstören“

Delegation aus den besetzten palästinensischen Gebieten zurückgekehrt

Vom 12. bis zum 20. April 2003 befand sich eine Solidaritätsdelegation bestehend aus sechs TeilnehmerInnen aus verschiedenen Städten in Deutschland – darunter auch ein Mitglied des Palästina Solidaritätsbündnisses aus Hamburg – in Palästina. Trotz einiger Schwierigkeiten gelang es der Gruppe auch verschiedene Brennpunkte des Konfliktes im Westjordanland – Hebron, Ramallah, Nablus, Jenin – zu besuchen und sich ein eigenes Bild vor Ort zu machen, welches durch viele Gespräche mit palästinensischen und jüdischen Organisationen ergänzt wurde.

Bethlehem, Beit Sahour, Beit Jala – eingeschnürte Ortschaften

Die Gruppe war die meiste Zeit in einem privaten Gästehaus in Beit Sahour untergebracht – einem Vorort von Bethlehem, von wo aus Besichtigungstouren unternommen wurden. Überall stießen wir dabei auf von der Israelischen „Verteidigungs“-Armee (IDF) mit Panzern und Bulldozern unpassierbar gemachte Zufahrtsstraßen in die Ortschaften. Die palästinensische Bevölkerung ist gezwungen entweder weiträumige Umwege in Kauf zu nehmen oder jedes Mal ihre gesamten Sachen mühselig zu Fuß über aufgeschüttete Schutt- und Sandhaufen zu tragen. Das gilt natürlich auch für Transporte von Kranken und Verletzten. Die meisten Ortschaften sind nur noch

über eine Zufahrtsstraße mit dem Auto zu erreichen, welche leicht von der Armee kontrolliert und abgesperrt werden kann. In Beit Jala und Beit Sahour sahen wir etliche zerstörte und beschädigte Häuser, die immer wieder aus den illegal errichteten israelischen Siedlungen Gilo und Har Homa beschossen werden oder aus der Luft mit F16-Kampffjets und Apache-Hubschraubern bombardiert wurden. Auch in Bethlehem sind die Zerstörungsfolgen des Einmarsches im letzten Jahr noch deutlich zu sehen, als die Armee tagelang die besetzte Geburtskirche im Zentrum belagerte und beschoss. Seitdem hat sie die Hauptstraße gesperrt, so dass die Stadtmitte weiträumig umfahren werden muss.

Der Siedlungsring auf den Hügeln schließt sich immer enger um Bethlehem und seine Vororte. Siedlerstraßen, die von den PalästinenserInnen nicht genutzt werden dürfen, werden weiter ausgebaut, und der in den letzten Tagen begonnene – nur als „Mauer der Apartheid“ zu bezeichnende – drei Meter hohe doppelte Sicherheitszaun mit Stacheldraht und einem breiten Graben nimmt immer bedrohlicher Gestalt an. Er soll das gesamte umzäunte Gebiet Groß-Jerusalem einverleiben um so vollendete Tatsachen für zukünftige „Friedensverhandlungen“ zu schaffen.

An die 17 Häuser der Bevölkerung in unmittelbarer Nachbarschaft wurden kurz-

fristig aus „Sicherheitsgründen“ zerstört, wobei viele Menschen verletzt wurden. Unser Guide erzählte uns, dass das Land hier vorher zur A-Zone gehörte (also laut Oslo-Vertrag unter palästinensischer Verwaltung), inzwischen aber zur israelisch verwalteten C-Zone deklariert wurde. Die BewohnerInnen bauen die Häuser dennoch wieder auf und haben vor Gericht geklagt.

Hebron – eine belagerte Stadt

Ein Ausflug nach Hebron bescherte uns die ersten unmittelbaren Erfahrungen mit der Besatzungsarmee. Nachdem wir auf einer Siedlerstraße, die nur mit israelischem gelben Nummernschild befahren werden darf, kurz vor Hebron angekommen waren, „lösten“ wir – anscheinend allein mit unserer Anwesenheit – eine Blockade der israelischen Armee „auf“. Ohne Grund hatten Soldaten über drei Stunden über hundert PalästinenserInnen auf beiden Seiten daran gehindert zu Fuß die Straße zu überqueren um nach Hebron oder in andere Orte zu gelangen. Bei unserem Eintreffen zogen sich die Soldaten zurück.

Hebron selbst bietet trotz des lebhaften Marktgeschehens ein gespenstisches Bild. Rund vierhundert extremistische Siedler haben die Innenstadt im Tal okkupiert, geschützt von über zweitausend Soldaten. Von hier aus terrorisieren sie die rund hundertfünfzigtausend PalästinenserInnen in der Stadt um sie aus ihren Häusern zu vertreiben und diese anschließend in Beschlag zu nehmen. Die Stadt ist in mehrere Sektoren eingeteilt und von etlichen Checkpoints kontrolliert, die ein Wechseln von einem Stadtteil in den nächsten oft unmöglich machen oder lange Umwege aufzwingen. Nahezu alle fünfhundert Meter liegen Stacheldrahtrollen für kurzfristige Absperungen bereit.

Auch wir wurden auf dem Weg zur Córdoba-School, einer Grundschule für Mädchen, an zwei schwer bewachten Checkpoints zurückgewiesen und gelangten nur auf Schleichwegen über einen Friedhof dorthin. An den Wänden im Schulhof Hassschmierereien – „Kill all Arabs“ – von den Siedlern, die in unmittelbarer Nachbarschaft wohnen und vor allem nachts in das Schulgelände eindringen. Nahezu täglich werden die kleinen Mädchen seit Wochen auf ihrem Schulweg angepöbel und



Palästinensische Sicherheitsleute bewachen in den Trümmern die Reste von Arafats zerstörtem Amtssitz



Salime zeigt auf die traurigen Reste seines Hauses, das kürzlich von der israelischen Armee zum vierten Mal mit Bulldozern niedergerissen wurde. Im Hintergrund ein israelisches Militärcamp und eine weitere Siedlerstrasse im Bau

mit Steinen angegriffen, wie uns die Direktorin und die Mädchen berichteten. Viele Kinder wurden daher aus der Schule von den Eltern herausgenommen, so dass von den 450 Schülerinnen nur noch hundert übrig blieben. Wie alle Kinder dieser Welt träumen auch sie von einer friedlichen Zukunft, einem Leben ohne Angst. Für sie ist jeder Tag eine neue Herausforderung gegen die alltäglichen Schikanen zu bestehen, zumal sie auch in direkter Nachbarschaft zu einer Siedlung wohnen und gar keine Alternative haben, wie sie uns erzählten. Anschließend konnten wir selbst erleben, wie Siedlerkinder die verängstigten Mädchen beim Verlassen der Schule mit Steinen bewarfen und fanatisch beschimpften. Auch wir wurden, als wir zum Schutz nach draußen eilten, angegriffen, aber die Soldaten hielten die Kinder schnell – wohl aufgrund unserer Anwesenheit – zurück, was aber sonst eher selten passiert, wie wir von der Direktorin erfuhren.

Auch zu unserer nächsten Station, einem bedrohten Haus in unmittelbarer Nachbarschaft der Siedlung Qiryat Arba, gelangten wir nur auf Umwegen. Der Boden, auf dem diese Siedlung errichtet wurde, gehörte der Familie und wurde enteignet. Geblieben ist der 17-köpfigen Familie nur ihr Haus, das jeden Abend von den Soldaten überfallen wird, die dann alles durchsuchen und verwüsten, herumschießen und die Familie drangsalierten. Auch wurde das Haus schon mehrfach von der Siedlung aus beschossen. Dennoch lässt sich die Familie nicht vertreiben. Sie erzählten uns ihre Geschichte, als plötzlich

vier Soldaten kamen, die ihre M16-Gewehre auf uns richteten. Was wir hier suchten, das sei militärisches Sperrgebiet. Sie hielten uns eine Weile in Schach um auf Order zu warten, um uns dann aufzufordern ihnen unsere Filme zu geben, da wir „militärische Einrichtungen“ fotografiert hätten. Drei Stunden lang erlebten wir die ganze Arroganz einer Besatzungsarmee, denn wir weigerten uns erfolgreich und wurden daher gewaltsam festgehalten. Dann brachten sie uns zum Eingang der Siedlung und drohten ultimativ uns an die Polizei zu übergeben, die uns inhaftieren würde, wenn wir ihnen nicht unsere Filme aushändigten. Wir könnten sie später ohne die „Militäraufnahmen“ bei der deutschen Botschaft abholen. Verunsichert durch die Nachrichten von den kürzlichen gezielten Tötungen zweier FriedensaktivistInnen vom *International Solidarity Movement* (ISM) in Gaza und dem insgesamt schärferen Vorgehen der IDF gegen ausländische BeobachterInnen, gaben wir ihnen schließlich die Filme und konnten gehen.

Israelische Pläne für ein Groß-Jerusalem

In Jerusalem trafen wir VertreterInnen verschiedener israelischer Menschenrechtsorganisationen. Sergio Yahni vom *Alternative Information Center* (AIC) beurteilte die vorgeschlagene Roadmap skeptisch und befürchtete eine Wiederholung von Oslo. Er warnte vor einer erneuten Falle für die PalästinenserInnen. Gleichzeitig verwies er auf die immer schlechtere wirtschaftliche Situation des israelischen Staates, die auch

mit den jährlich drei Milliarden US-Dollar Finanzhilfe aus den USA nicht mehr aufgefangen werden könne.

Jeff Halper vom *Israeli Committee Against House Demolitions* (ICAHD) klärte uns bei einer Exkursion über die aktuellen Siedlungspläne der israelischen Regierung auf. Für ihn stellt sich die Situation nach dem Oslo-Abkommen von 1993 mit über vierhundert Checkpoints im Westjordanland und einem immer enger werdenden Netz von Siedlerstraßen (nur für Israelis) als „Matrix der Kontrolle“ dar. Er verglich diese mit der strategischen Besetzung der wichtigsten Plätze in einem Gefängnis, in dem auch die Gefangenen über 90% des Platzes beanspruchen, die Kontrolle aber von den Wächtern ausgeübt wird. Nach einer Studie der israelischen Menschenrechtsorganisation B'tselem nehmen die israelischen Siedlungen im Westjordanland nur 1,7 % der Fläche ein, üben aber die Kontrolle über 41 % des gesamten Gebietes aus. Palästinensern wird grundsätzlich die Genehmigung verweigert auf ihrem eigenen Grund und Boden zu bauen. So schwebt über Tausenden von palästinensischen Häusern das Damoklesschwert des jederzeit vollstreckbaren Abrissbefehls. Aktuell wird das Vorhaben umgesetzt Jerusalem in eine Großregion umzuwandeln, wodurch weitere palästinensische Gebiete annektiert werden sollen.

Um hier für internationale Verhandlungen vollendete Tatsachen zu schaffen wird unentwegt gebaut – ohne Rücksicht auf bereits bestehende palästinensische Häuser. So erging es auch der Familie von Salime, der uns die traurigen Überreste seines Wohnhauses am Rande der palästinensischen Ortschaft Anater zeigte. Vor einer Woche zerstörte es die israelische Armee zum vierten Mal in Folge. Nachdem er jahrelang vergeblich versucht hatte eine Baugenehmigung auf seinem Grundstück zu erhalten, entschloss er sich – wie viele Palästinenser – das Haus trotzdem zu bauen. Kaum war es fertig gestellt und die Familie eingezogen, kamen über dreihundert Soldaten in der Früh mit Bulldozern, scheuchten die Familie mit Gewehren aus dem Haus und zerstörten es. Dreimal wurde es daraufhin mit Unterstützung des Komitees von Jeff Halper und mehreren hundert Freiwilligen immer wieder aufgebaut und jedes mal nach Fertigstellung wieder von der Armee dem Erdboden gleichgemacht. Salime würde es ein fünftes Mal aufbauen, aber seine Familie ist durch die Vorkommnisse inzwischen so verstört, dass er ihr das nicht mehr zumuten kann.

Ramallah und Bir-Zeit-Universität – beschwerlicher Alltag für die PalästinenserInnen

Den Checkpoint nach Ramallah konnten wir nur zu Fuß mit unserem Gepäck passieren. Auf beiden Seiten der Kontrollstelle hatten sich – wie jeden Tag – lange Ketten von Menschen gebildet, die darauf warteten von den israelischen Soldaten kontrolliert zu werden, ohne zu wissen, ob sie dann tatsächlich passieren können oder aus fadenscheinigen Gründen daran gehindert werden. Auf der anderen Seite wurden wir schon erwartet und mit dem Auto zum Gebäude der *Union of Health Work Committees* (UHC) in Ramallah gebracht.

Dort wurden wir von VertreterInnen verschiedener palästinensischer Menschenrechtsorganisationen empfangen: Addameer (Gefangenenhilfsorganisation), DCI (Komitee zur Verteidigung der Kinder), UHC und PAC (Popular Art Center). Sie alle schilderten uns die aktuellen Auswirkungen der Besatzung, die das palästinensische Leben immer mehr einschnürt und auch die Arbeit dieser Organisationen drastisch erschwert.

Die Bir-Zeit-Universität liegt außerhalb der Stadt auf einem Berg und ist nur zu Fuß zu erreichen. Der Serpentinweg dorthin ist zwar befahrbar aber immer wieder von links und rechts durch Hindernisse verengt, wodurch Fahrzeuge zu einer langsamen Slalomfahrt gezwungen werden. Außerdem haben die Wenigsten – eigentlich nur Ambulanz- und Arbeitsfahrzeuge – dafür eine offizielle Genehmigung. Wer es dennoch versucht, läuft Gefahr von israelischen Soldaten mit Militärjeeps verfolgt zu werden. Ohne Genehmigung fahrenden Autos werden die Reifen zerschossen und die Scheiben eingeschlagen. Außerdem wird der Autoschlüssel kassiert, der Fahrer

vorübergehend festgenommen und mit einer hohen Geldstrafe belegt.

Es handelt sich hier wie bei vielen anderen Maßnahmen um willkürliche Schikanen, die den palästinensischen Alltag erschweren und nur schwer planbar machen. Die StudentInnen sind durch das erzwungene Zu-Fuß-Gehen genötigt um fünf Uhr aufzustehen, wenn sie um zehn Uhr Vorlesung haben, wie sie uns verbittert erzählten.

Die größte Universität im Westjordanland ist international ausgerichtet und hat einen sehr hohen Frauenanteil in allen 29 Fakultäten. Englisch ist die Hauptsprache und die StudentInnen kommen auch aus verschiedenen anderen Ländern. Gegen die ständigen Ausgangssperren verbunden mit Abriegelungen hat die Bir-Zeit-Universität im Internet ein einfaches System der Kommunikation geschaffen, das den Vorlesungsbetrieb aufrecht erhalten kann, wie uns die StudentInnen stolz erzählten. Tägliche politische Treffen sind hier kein Luxus sondern pure Notwendigkeit um sich gegen die ständig neuen Besatzungsschikanen zur Wehr zu setzen.

Auf dem Rückweg hielten wir bei Arafats ehemaligem Amtssitz, der letztes Jahr von der israelischen Armee mit F-16-Flugzeugen, Apache-Hubschraubern und Panzern in ein Trümmerfeld verwandelt worden war. Wir trafen ein paar Mitglieder von Arafats Leibgarde (Force 17) in den Ruinen, die uns von der Belagerung letztes Jahr erzählten. Einer von ihnen wurde dabei zum Krüppel geschossen und sitzt seitdem im Rollstuhl. Wir durften sie nicht fotografieren, da sie immer noch auf der Fahndungsliste der israelischen Armee stehen.

Dass die israelische Zerstörungspolitik sich nicht nur gegen die Bevölkerung richtet, sondern auch gezielt gegen deren gesamte Kultur und Tradition und damit gegen die palästinensische Identität, erfuhren wir beim Besuch im *Popular Art Center* (Jugendkulturzentrum) in der Innenstadt von Ramallah. Dort wurde uns stolz das größte Archiv für palästinensische Musik (traditionell und modern) gezeigt. Außerdem befindet sich hier das einzige Kino in Ramallah mit einem großen Filmarchiv und die einzige palästi-

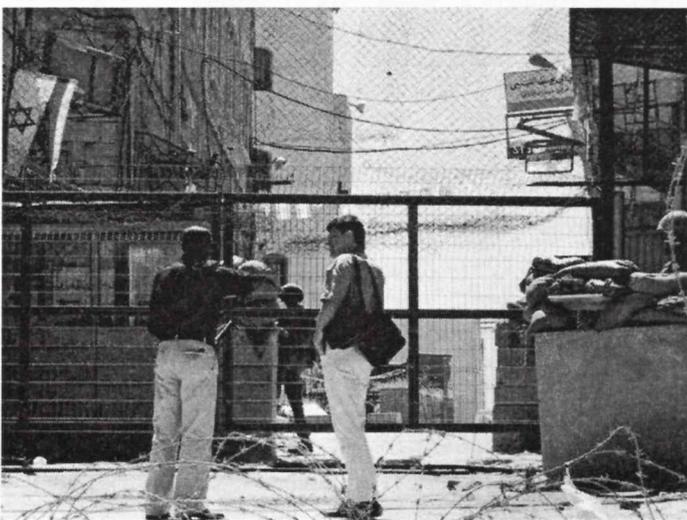
nensische Kindertanzschule im Westjordanland. Die Räumlichkeiten mussten neu renoviert werden, nachdem die israelische Armee hier letztes Jahr grundlos alles verwüstet hatte.

Nablus – eine Stadt im permanenten Belagerungszustand

Wir standen noch ganz unter dem Eindruck der Festnahme unseres Begleiters Jihad, der uns in der Frühe bei unserem Schlafplatz abgeholt hatte. Auf dem Weg nach Nablus waren wir in einer Militärkontrolle gestoppt worden. Jihad, der erst vor kurzem wegen seiner studentischen Aktivitäten inhaftiert gewesen war, musste aussteigen um erneut festgenommen zu werden. Die willkürliche Festnahme des gestern noch ausgelassen fröhlichen jungen Mannes zeigte uns, wie schnell man in Palästina von der brutale Besatzungsrealität eingeholt wird.

Am Checkpoint mussten wir aussteigen und zu Fuß weitergehen. Mit einem Taxi fuhren wir Richtung Nablus weiter. Auch den dortigen Checkpoint konnten wir nur zu Fuß passieren. In Nablus empfingen uns mehrere Mitglieder des örtlichen Gesundheitskomitees (UHC). Diese Komitees betreiben Gesundheitsstationen in einigen Städten, da die wenigen Krankenhäuser meist aufgrund der israelischen Absperrungen nicht rechtzeitig zu erreichen sind. Die meisten arbeiten ehrenamtlich und oft unter Lebensgefahr, weil die Ambulanzfahrzeuge häufig von den IOF (Israeli Occupation Forces) beschossen werden. Auf dem Weg durch die letztes Jahr schwer zerstörte Altstadt erzählten uns unsere Begleiter, dass die IOF fast jede Nacht Häuser nach jungen Leuten durchsuchen, immer wieder Häuser zerstören, wobei es oft zu Schiessereien mit dem palästinensischen Widerstand (Tanzim) kommt. An den Hauswänden zeugen Märtyrerplakate von den Opfern der permanenten Auseinandersetzungen mit den IOF. Zu jedem konnten uns unsere Begleiter eine Heldengeschichte erzählen. Sie bleiben auch nach ihrem Tod für alle präsent.

In einem Häuserkomplex, wo letztes Jahr zu Ostern nach dem Überfall der IOF schwere Gefechte gewütet hatten und über sechzig Menschen gestorben waren, besuchten wir eine palästinensische Familie, die insgesamt zu sechzehnt über 13 Stunden lang als menschliche Schutzschilder in ihrer Wohnung von israelischen Soldaten missbraucht worden waren – in einem kleinen Raum von zwölf Quadratmetern. Die Kinder sind seitdem schwer traumatisiert und in psychotherapeutischer Behandlung. In der Wohnung ist nach wie vor alles zer-



Erfolgreiche Verhandlungen an einem Checkpoint im Zentrum von Hebron

stört. Rund um die Trümmer einer bombardierten ehemaligen Seifenfabrik, in der 120 Menschen beschäftigt waren, sahen wir eine Schneise, durch die sich die IOF mit Bulldozern und Merkava-Panzern letztes Jahr den Zugang in die Altstadt gebahnt hatte. Ein ganzes Stadtviertel war auf diese Weise zerstört worden. Auf dem Weg zum Auto kamen wir an einer Mädchenschule vorbei, die von den IOF zuerst als Verhörzentrum später als Gefängnis missbraucht wurde.

In al-Ain, einem der Flüchtlingslager rund um Nablus, besuchten wir eine Märtyrerfamilie. Die Angehörigen eines örtlichen Führers der PFLP (Volksfront zur Befreiung Palästinas) erzählten uns, wie er vergangenes Jahr von den Soldaten auf dem Dach seines Familienhauses gestellt und von hunderten Kugeln durchsiebt wurde. Überall in dem Flüchtlingslager sahen wir sein Antlitz auf den Wänden gesprüht. Die Volksfront hat hier offensichtlich viele AnhängerInnen.

Als nächstes waren wir zu Gast bei der Familie von Shaden Abu Hijleh, einer 62-jährigen palästinensischen Friedensaktivistin, die am 1. Oktober 2002 aus heiterem Himmel von israelischen Soldaten beschossen wurde, als sie zusammen mit ihrem Mann auf der Terrasse saß. Aufgrund der Weigerung, eine Ambulanz zu rufen, starb Shaden an ihren schweren Verletzungen, wie uns Said, ihr Sohn erzählte. Die IOF stritten jegliche Schuld ab, behaupteten zunächst, in Notwehr gehandelt zu haben und dann, nie dort gewesen zu sein. Die Familie hat Anzeige erstattet und eine Internet-Seite zu dem tragischen Vorfall eingerichtet (www.remembershaden.org).

Auch der ehemalige Bürgermeister von Nablus, Bassam Shak'a, hatte uns viel zu erzählen. Er hat sich in den 70er und 80er Jahren mit seinem heldenhaften Widerstand gegen die israelische Bevormundung von Gemeindebelangen nicht nur in Palästina sondern auch international einen Namen gemacht, indem er allen Versuchen der israelischen Behörden ihn zu entmachten oder ihn zu isolieren trotzte. Weder Gefängnis noch Hausarrest oder Misshandlungen konnten ihn von seinem selbstlosen Einsatz für die Gemeinde von Nablus abbringen. 1980 schließlich verlor er bei einem Attentat extremistischer Siedler beide Beine und sitzt seitdem im Rollstuhl.

Auf dem Weg zu unserem Schlafplatz erfuhr einer unser Begleiter über Handy, dass sein Haus gerade vom israelischen Militär umstellt sei und er besser nicht nach Hause kommen solle. Nach einigen Stunden kam die Nachricht, dass sie wieder abgezogen waren. In der Nacht konnten auch

wir ansatzweise spüren, welche Ängste die BewohnerInnen der Stadt hier jede Nacht durchzustehen haben. Gegenüber unserem Schlafplatz auf dem Berg war eine israelische Siedlung, die in der Nacht nur durch die gelben Lichter erkennbar ist. In der Ferne war Flugzeuggrollen zu vernehmen. Ab und zu brauste ein Auto mit höchster Geschwindigkeit durch die ausgestorbenen Straßen. Schließlich wurden Leuchtraketen abgeschossen, welche die ganze Gegend taghell erleuchteten. Sie schwebten an kleinen Fallschirmen herunter. Von Ferne waren Schüsse zu hören. Vor welchem Haus hielten die Patrouillen, welche Häuser hatten F16-Bomber gerade im Visier und wensuchten sie heute?

Am nächsten Morgen erfüllte sich die Luft mit ohrenbetäubendem Lärm. An unserem Haus donnerten zwei Merkava-Panzer vorbei. Kurze Zeit später kamen sie wieder zurück und blieben einige hundert Meter weiter stehen. Später erfuhren wir, dass in der Nacht im Flüchtlingslager Balata ein Palästinenser getötet wurde und zehn Merkava und zwanzig Militärjeeps in der Stadt unterwegs seien. Am Checkpoint war auch für uns diesmal kein Durchkommen. Unser Begleiter wurde verwarnet, weil er uns in seiner Ambulanz mitnahm, aber ihn ließ das kalt, denn diese Schikanen gehören hier zum palästinensischen Alltag. Auch am nächsten Checkpoint gab es für uns kein Durchkommen, so dass wir schließlich auf einem staubigen Pfad unser Glück versuchten, zusammen mit einem Arzt, der im Krankenhaus von Tubas arbeitet. Als wir um die Ecke bogen, tauchte in einiger Entfernung ein einzelner Merkava-Panzer auf und eine Lautsprecherstimme forderte uns auf nicht weiterzugehen. Ein Mitglied unserer Delegation, amerikanischer Jude und des Hebräischen mächtig, konnte aber erfolgreich verhandeln, so dass wir mit unserem Gepäck weitergehen konnten. Unser palästinensischer Begleiter, der Arzt, musste zurückbleiben. Auf der anderen Seite trafen wir drei Lehrer von Nablus, die daran gehindert wurden an diesem Tag zu unterrichten. Palästinenser sollten Nablus anscheinend weder verlassen noch betreten dürfen. Am gleichen Tag tötete die israelische Armee dort einen Journalisten.

Jenin – fast jeden Tag kommen die israelischen Panzer

In Jenin, das wir auf ziemlich abenteuerlicher Piste endlich erreicht hatten, waren wir mit Omar Siete verabredet, der uns dann in das Flüchtlingslager brachte, welches durch das Massaker der israelischen Armee an Ostern letzten Jahres traurige

Berühmtheit in der internationalen Öffentlichkeit erlangt hatte. Omar koordiniert hier die Arbeit der Notfall-Komitees, in denen sich die BewohnerInnen organisiert haben. Auf dem Weg durch das Lager erzählte er uns von den schrecklichen Ereignissen. Im April 2002 waren hier 13'000 israelische Soldaten in das Flüchtlingslager eingefallen. 12.000 EinwohnerInnen beobachteten, wie sich etwa 150 bewaffnete palästinensische Kämpfer elf Tage gegen die Invasion wehrten. Die Soldaten zerstörten dabei fünfhundert der insgesamt 2.500 Häuser. Wo einst enge Gassen waren, sahen wir große freie Flächen und Straßen und versuchten uns vorzustellen, wie die IOF hier mit Panzern, F-16-Bombern und riesigen Bulldozern ein Haus nach dem anderen ohne Rücksicht auf deren BewohnerInnen dem Erdboden gleich gemacht haben. Keine einzige Familie ist von den Folgen der Invasion verschont geblieben: zerstörte Häuser, 54 Tote, ungezählte Verletzte, zahlreiche Verstümmelte, hunderte Verhaftete, von denen noch über zweihundert ohne Anklage im Gefängnis sitzen.

Dem Krankenhausdirektor im Lager war einen Tag vor der Invasion gedroht worden: „Wir erschießen jeden Arzt und Patienten, der in das Haus hineingeht oder herauskommt. Jeder Krankenwagen, der sich bewegt, wird in die Luft gejagt.“ Tagelang blieben die Toten unbestattet, Verletzte mussten sich in die benachbarte Stadt Tubas retten. Viertausend Menschen leben jetzt außerhalb des Lagers und wollen wieder zurück. Omar erzählte uns verbittert, wie viele Organisationen gekommen waren und Hilfe versprochen, um dann nichts mehr von sich hören zu lassen. „Es fehlt nach wie vor an medizinischen Versorgungsmitteln aller Art, um die vielen Verletzten und Behinderten zu versorgen. Auch die Beschaffung von Nahrungsmitteln bereitet große Probleme. Das größte Problem ist der Mangel an Geld“, so Omar, bevor wir die zwei Märtyrerfriedhöfe besuchten, auf denen nicht nur die Opfer des Massakers, sondern auch die bisherigen Toten der beiden Intifadas bestattet sind. „Seit über fünfzig Jahren wollen die Menschen hier nur eins: Ohne Angst in Frieden leben. Aber es ist uns nicht einen Tag vergönnt gewesen“, beklagte Omar, der längst das Lächeln verlernt hat. Hier fühlt man sich von der Welt im Stich gelassen und baut ganz auf die eigene Kraft. Auch die Palästinensische Autonomiebehörde kümmernt sich wenig um die katastrophale Situation. Der Widerstand ist jedoch nach wie vor ungebrochen, auch wenn die IOF fast jeden Tag das Lager heimsucht – immer mit Merkava-Panzern. Anders wagen sich

die Soldaten nicht in das Lager. Mit dem Versprechen die Situation bei uns bekannt zu machen und unsere wenigen Möglichkeiten zu nutzen verabschiedeten wir uns schließlich – tief ergriffen von dem Gehörten und Gesehenen. Nachdem es uns erneut nicht gelang die Stadt über die zahlreichen Checkpoints zu verlassen, blieb uns wieder nichts als „die palästinensische Art“ zu reisen. Mehrere Stunden später erreichten wir so über schlecht ausgebaute Straßen und Feldwege mit dem Taxi die „grüne Linie“ (Grenze von 1967) um das Westjordanland zu verlassen.



Zerstörte und nicht anerkannte palästinensische Dörfer in Israel

In Haifa trafen wir uns mit Iris Bar von *Abna al-Balad* (Söhne des Landes) und Dani von der Kommunistischen Partei Israels. Beide arbeiten auch bei *Ta'ayush* (arabisches Wort für „Zusammenleben“) mit. Dieses Aktionsbündnis wurde nach Beginn der Zweiten Intifada von jüdischen und arabischen Menschen in Israel gegründet. Es hat kein festes politisches Programm, arbeitet nach dem Konsensprinzip und ist in erster Linie aktionsorientiert. So organisiert *Ta'ayush* neben Demonstrationen mit anderen Gruppen auch immer wieder Transporte von Lebensmitteln, Medikamenten und anderen notwendigen Dingen in die besetzten Gebiete oder hilft bei der Olivenernte zum Schutz gegen die Angriffe von israelischen Siedlern.

Abna al-Balad ist ebenfalls eine gemischte Organisation, die vor allem in den 48er Gebieten (also im Kernland Israel) arbeitet und sich seit 1969 für die Rechte der dort diskriminierten arabischen Minder-

heit einsetzt und für das Rückkehrrecht der Flüchtlinge kämpft. Obwohl 1,2 Millionen Araber offiziell die israelische Staatsbürgerschaft besitzen, werden sie nicht nur auf der Straße sondern auch per Gesetz systematisch diskriminiert und benachteiligt. Iris und ihr Mann Yoav sind Juden. Ihre Kinder gehen auf arabische Schulen, weil sie in den jüdischen immer wieder wegen ihren Kontakten zu Arabern beleidigt wurden.

Mit Iris fuhren wir nach al-Ghabsiyya, eines von fünfhundert Dörfern, die während und nach der großen Vertreibung von

tete. „Sie zerstören alles, nur unsere Moral können sie nicht zerstören,“ fügte der alte Mann trotzig hinzu.

Eine andere Form mit den „unliebsamen arabischen MitbürgerInnen“ umzugehen, die sich weigern ihr Dorf zu verlassen, konnten wir in einem von mehreren hundert nicht anerkannten Dörfern in Israel erleben. Diese existieren auf keiner israelischen Landkarte und werden von den israelischen Behörden ignoriert. Mit Iris fuhren wir zu einem solchen Dorf und besuchten dort eine Familie, die ohne Strom und fließendes Wasser mit zehn Kindern in einer Wellblechhütte haust. Ebenso wie im Westjordanland werden auch hier immer wieder palästinensische Wohnhäuser zerstört um die BewohnerInnen zu vertreiben. Und auch hier haben sich die Menschen dagegen organisiert, bauen die Häuser wieder auf und leisten mit Unterstützung von *Abna al-Balad* und anderen Organisationen Widerstand.

„Die meisten Organisationen sind lediglich in den besetzten Gebieten aktiv, ohne die Apartheid innerhalb von Israel zu sehen,“ kritisierte Iris und fügte hinzu: „Solange sich dieser Staat als exklusiv jüdisch definiert, wird diese Diskriminierung sich fortsetzen und kein wirklicher Friede mit den Arabern möglich sein.“

Achim

(Delegationsteilnehmer aus Hamburg)

Nähere Informationen: Palästina Solidaritätsbündnis Hamburg (E-Mail: PalAK.HH@hamburg.de)
Treffen: Jeden Dienstag um 19.30 Uhr im B5-Café – Brigittenstr. 5 (St. Pauli) in Hamburg oder bei der Ortsgruppe von Solidarität International in Nürnberg.

Die Ortsgruppe hat auch ein Spendenkonto eingerichtet, um vor Ort unbürokratisch und direkt dringende Hilfe und Unterstützung zu leisten: Solidarität International, Konto 6100 800 584, Frankfurter Volksbank, BLZ: 501 900 00. Unter dem Stichwort „Jenin“ werden Spenden für die „Emergency Committeees im Flüchtlingslager Jenin“ gesammelt. Unter dem Stichwort „HWC“ können die Health Work Committeees (Gesundheitskomitees) finanziell unterstützt werden.

Kontakt für weitere Infos dazu: Solidarität International

Ortsgruppe Nürnberg: A. Grünwaldt – Schanzenstr., 18 – 90478 Nürnberg – Tel: 49 98 66

1948 zerstört wurden. Insgesamt 750.000 PalästinenserInnen wurden damals vertrieben. Der alte Dahoud Bader erzählte uns die traurige Geschichte seines Dorfes. In al-Ghabsiyya hatten die israelischen Soldaten im Mai 1948 auf die gehisste weiße Fahne und freundliche Kaffeeangebote mit der Erschießung von elf BewohnerInnen reagiert. Die übrigen wurden vertrieben. Als der höchste israelische Gerichtshof ihnen das Recht gab, zurückzukehren, zerstörte die israelische Armee zwischen 1955 und 1956 sämtliche Häuser. Lediglich die Moschee wurde verschont. 1995 begann die israelische Armee, auch dieses Gebäude zu attackieren, um es anschließend einzuzäunen, nachdem die ehemaligen DorfbewohnerInnen sich jede Woche dort zum Gebet versammelt hatten. Bei den Auseinandersetzungen wurden zahlreiche EinwohnerInnen verletzt und inhaftiert, aber die Menschen geben bis heute nicht auf. Nach wie vor findet das wöchentliche Gebet statt – inzwischen auf dem Platz hinter der Moschee, wie uns Dahoud berich-

Raffiniert verdeckter „Transfer“ der Palästinenser

Am Vorabend des Krieges gegen den Irak wurden in verschiedenen Kreisen Befürchtungen laut, dass Israel unter dem Deckmantel des Krieges einen „Transfer“ der Palästinenser an der „Saumlinie“ (Qalqilya, Tulkarm) des nördlichen Westjordanlands versuchen könnte. Eine Szene dieses Szenarios wurde letzte Woche von der Armee aufgeführt. Am 2. April um drei Uhr morgens fiel ein großer Truppenverband in das Flüchtlingslager von Tulkarm ein, blockierte alle Straßen und Pfade mit Stacheldraht und verkündete über Lautsprecher, dass alle Männer im Alter zwischen 15 und 40 Jahren sich zu einem bestimmten Gelände im Zentrum des Lagers zu begeben hätten. Um neun Uhr begann die Armee die zusammengetriebenen Männer in ein nahegelegenes Flüchtlingslager abzutransportieren. Diesmal war es nur eine demonstrativ vorgeführte Szene, und den Einwohnern wurde gestattet nach wenigen Tagen zurückzukehren. Aber die Prozedur dieser Show sorgte dafür, dass ihre Bedeutung den Teilnehmern und Zuschauern nicht entgehen konnte. Man achtete insbesondere darauf, dass die Evakuierung mit Lastwagen erfolgte – eine exakte Wiederholung des Traumas von 1948. Einer der Einwohner beschrieb seine Gefühle, als er auf den Lastwagen verfrachtet wurde, so: „Alle Erinnerungen und Kindheitsgeschichten meines Vaters und Großvaters von der Nakba tauchten wieder auf.“ (Ha'aretz, 4. März 2003)

Viele interpretieren diese Show als „Generalprobe“ für die Möglichkeit eines bevorstehenden Transfer. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die gegenwärtige Regierung konzeptionell auf den Transfer vorbereitet ist, aber es ist nicht sicher, dass die „internationalen Bedingungen“ reif sind dies in der Weise, wie gerade vorgeführt, durchzuführen. Der Krieg im Irak hat für die USA zu einer Situation geführt, die zu verwickelt ist, als dass ein weiterer Brennpunkt eröffnet werden könnte. Aber Transfer bedeutet nicht einfach nur Lastwagen. In der israelischen Geschichte der „Landnahme“ gibt es auch ein anderes Modell, das verdeckter und raffinierter ist. Im Rahmen des Projekts der „Judaisierung von Galiläa“ (*yibud galili*), das in den 50er Jahren begonnen wurde, wurden die Palästinenser, die in Israel verblieben, der Hälfte ihres Landes beraubt. Sie wurden in kleinen Enklaven, von israelischen Siedlungen umgeben, isoliert und verloren nach und

nach die Bindungen, die sie als Nation zusammenhielten. Ein solcher innerer Transfer findet nun in den besetzten Gebieten statt, und er ist während des Krieges noch ausgeweitet worden.

Am 24. März drangen die Bulldozer auf die Ländereien des Dorfes Mas ha vor, das nahe der Siedlung Elqana liegt, und begannen den neuen Verlauf der Grenzmauer zu markieren, welche das Dorf von all seinen Ländereien abschneiden wird, genau so wie Tausende von Dunams, die zu Bidya und anderen Dörfern des Gebietes gehören. Elqana liegt etwa fünf Kilometer von der Grünen Linie entfernt, aber der Verlauf des Zauns wurde im Juni 2002 geändert, so dass er auch Elqana innerhalb der israelischen Seite einschließen wird. Allerdings ist es selbst nach diesem Plan nicht erforderlich, diese Ländereien von den Dörfern wegzunehmen.

Es war nicht nur Gier nach Land, welche die Bulldozer auf die Ländereien von Bidya und Mas ha vorstoßen ließ. Diese Ländereien liegen im westlichen Teil des Berggrundwasserbassins – des großen Wasserreservoirs, das seinen Ursprung im Westjordanland hat und dessen Wasser unterirdisch auch ins Zentrum von Israel fließen. Von den 600 Millionen Kubikmeter Wasser, welches das Bergreservoir jährlich liefert, entnimmt Israel in verschiedenen Gebieten etwa 500 Millionen.¹ Die Kontrolle über die Wasserreserven war immer ein zentrales israelisches Motiv für die Aufrechterhaltung der Besatzung. Die Labour-Regierungen der 70er Jahre legten die ersten Siedlungen, die sie genehmigten in Gebiete, die für Bohrungen als „kritische Stellen“ definiert wurden. Elqana war eine dieser Siedlungen, die aufgrund eines Planes gegründet wurden, der den (irreführenden) Namen „Schutz der Quellen des Yarkon“ erhielt.² Seit der Besetzung 1967 hindert Israel die Palästinenser daran, neue Brunnen zu bauen, aber auf den Ländereien von Mas ha und Bidya, wie auch auf den Ländereien, die bereits von Qalqilya und Tulkarm abgeschnitten sind, gibt es noch viele funktionierende Brunnen aus der Zeit vor 1967. Deren fortgesetzte Nutzung könnte die Menge des Wassers etwas vermindern, welches von Israel entnommen werden kann.

Die Einwohner von Mas ha und Bidya, die dafür kämpfen ihr Land und ihren Lebensunterhalt zu retten, haben entlang den Pfaden der Bulldozer aus Pro-

test Zelte errichtet. „Friedenszelte“ werden sie von ihnen mit einem Schimmer von Hoffnung genannt. Palästinenser, Israelis und internationale Unterstützer haben sich Tag und Nacht in diesen Zelten aufgehalten und stellen sich vor den Bulldozern auf. Ich war letzten Sonntag dort. Ringsum in alle Himmelsrichtungen, Hügel und Hügel mit Olivenbäumen – weite Gebiete mit Grün und Weideland, das man nur dort findet, wo Menschen seit Generationen auf ihrem Land leben, sich seiner Kostbarkeit und Schönheit bewusst sind. Und all dies Land gerät nun in die gierigen Hände der Landnehmer, die seine Brunnen austrocknen und es an Immobilieninvestoren verkaufen möchten.

Tanya Reinbart

¹ Dies sind die Vor-Oslo-Zahlen für 1993, zitiert in Haim Gvirzman „Two in the same basin“, in Ha'aretz vom 16. Mai 1993. Nach Angaben der palästinensischen Hydrologiegruppe beläuft sich die gesamte palästinensische Wasserentnahme aus einer jährlichen Ergiebigkeit des westlichen Teils des Berggrundwasserbassins von gewärtig 362 Millionen Kubikmeter pro Jahr beläuft sich lediglich auf 22 Millionen Kubikmeter pro Jahr (www.pengon.org, Report #1.)

² Gvirzman, a.a.O.

Aus: Yediot Achronot vom 10. April 2003

Übersetzung: Klaus von Raussendorff nach einer aus dem Hebräischen übersetzten englischen Fassung von Irit Katriel

Licence to Kill

Eskalation der Gewalt gegen Friedensaktivisten

Am 16. März 2003 wurde Rachel Corrie, eine 23-jährige Friedensaktivistin aus den USA, in Rafah von einem israelischen Militärbulldozer überrollt und getötet, als sie die Zerstörung eines palästinensischen Hauses verhindern wollte. Sie konnte nicht „übersehen oder überhört werden“, denn sie kommunizierte mit dem Fahrer des Bulldozers über ein Megaphon.

Am 5. April 2003 wurde Brian Avery, ein 24-jähriger US-Amerikaner, der mit erhobenen Händen und Reflektorenweste in Jenin auf der Straße stand, Opfer schweren Maschinengewehrfeuers israelischer Soldaten in einem Schützenpanzer. Die Salve schlug im Boden vor Avery ein. Ein Regen von Geschosssplintern und Steinen zerfetzte sein Gesicht. Avery befand sich bei einer Gruppe eindeutig unbewaffneter Aktivisten des *International Solidarity Movement* (ISM).

Tom Hurndall, ein 21-jähriger Engländer, ist klinisch tot. Israelische Scharfschützen eröffneten am 11. April in Rafah das Feuer auf Gebäude in unmittelbarer Nähe von Friedensaktivisten, die eine Straßensperre entfernen wollten. Kinder standen in der Schusslinie und Tom Hurndall konnte einen kleinen Jungen in Sicherheit bringen. Als er zwei weitere Kinder holen wollte, schoss ein Scharfschütze in seinen Hinterkopf.

Hunderte von palästinensischen Zivilisten, unter ihnen viele Kinder, sind von israelischen Soldaten ermordet worden. Häuser und Ackerland werden zerstört – die Lebensgrundlagen des palästinensischen Volkes werden zerstört. Da will man keine Zeugen. Die internationalen Aktivisten des ISM sind solche Zeugen. Und sie sind Menschen, die sich gemeinsam mit den Pa-

lästinensern der israelischen Besatzungsmacht gewaltfrei entgegenstellen. So versuchen sie durch ihre Gegenwart Häuser vor der Zerstörung zu retten, Straßensperren zu beseitigen oder Übergriffe auf Palästinenser zu erschweren oder zu verhindern. Ihre Gegenwart ist unerwünscht und daher geht das israelische Militär schon seit längerem brutal gegen die gewaltfreien Proteste vor – wie etwa mit Tränengas und Plastikgeschossen gegen Demonstrationen, Verhaftungen, Ausweisungen oder Hausdurchsuchungen. Mit der Ermordung von Rachel Corrie und den lebensbedrohenden Angriffen wurde jedoch eine neue Stufe der Eskalation erreicht. Neu ist nicht die Gewalt, neu ist die Zielgruppe.

Der britische Außenminister Mike O'Brien verlangte von der israelischen Regierung eine Untersuchung der Umstände, in denen Tom Hurndall lebensgefährlich verletzt wurde und James Miller, ein britischer Kameramann, in einem Flüchtlingslager in Gaza erschossen wurde.

Die Antwort ist einerseits Schweigen und andererseits menschenverachtender Zynismus: Jeder Ausländer, der in den Gazastreifen fährt, ist selbst schuld, wenn er erschossen wird.

Das ist die Kernaussage eines Erlasses, der Anfang Mai 2003 in Kraft getreten ist.

Es handelt sich dabei um Klärung, die Ausländer – Besucher sowie medizinisches Personal oder auch Mitarbeiter von UN-Hilfsprogrammen – unterschreiben müssen. Sie müssen unterschreiben, dass sie in eine Gefahrenzone reisen und die israelische Armee in keiner Weise belangen können, wenn sie verletzt oder getötet werden. Wörtlich heißt das: „Ich bin mir der Gefahren bewusst und akzeptiere, dass die

Operationen verantwortlich gemacht werden können.“

Weiters verpflichten sich die Einreisenden mit ihrer Unterschrift, dass sie sich nicht den Sicherheitszäunen um die jüdischen Siedlungen oder der militärischen Zone in Rafah (Flüchtlingslager) nähern werden. Die Einreisenden müssen erklären, dass sie dem ISM nicht nahe stehen.

Gegen diese Erklärung, die der israelischen Armee die Lizenz zum Töten gibt, hat es heftige Proteste gegeben und viele Menschen weigern sich sie zu unterschreiben. Auch wenn der Erlass von den israelischen Behörden unterschiedlich und willkürlich gehandhabt wird – einige dürfen einreisen, anderen wird die Einreise ver-



weigert – er steht in Einklang mit allen anderen Maßnahmen der Besatzungsmacht. Israels „Sicherheit“ rechtfertigt für Israel jede Form von Terror und Gewalt.

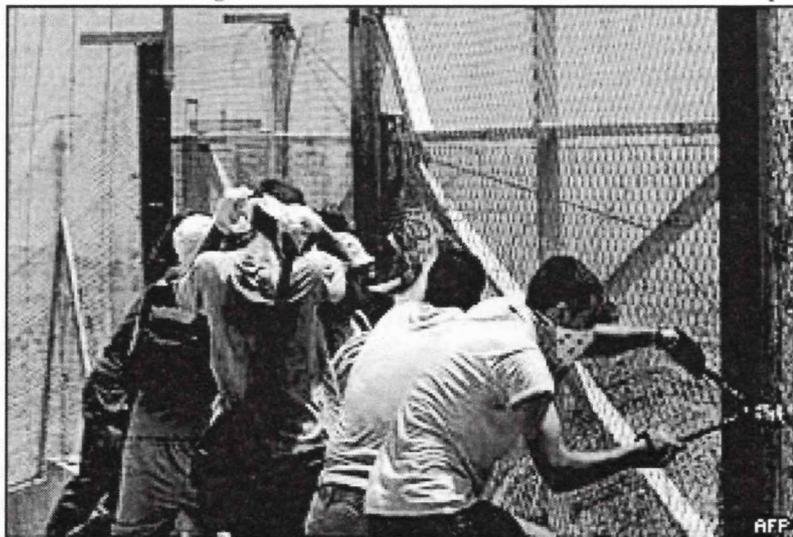
So wurden beispielsweise im Juli 2003 acht internationale Aktivisten des ISM mit der Begründung verhaftet, dass ihre Aktivitäten die Sicherheitsinteressen Israels gefährden würden. Gewaltfreie Demonstrationen gegen die Apartheidmauer werden immer wieder mit Tränengas und Plastikgeschossen aufgelöst.

Trotz der Morde, Verhaftungen und Verfolgungen bleiben die Aktivisten, denn sie anerkennen nicht die Besatzungsmacht, sondern den Willen der Palästinenser. Wenn diese sie in Palästina willkommen heißen, bleiben sie.

Elisabeth Lindner-Riegler
30. Juli 2003

Quellen:

www.palsolidarity.org
www.guardian.co.uk
www.alternativenews.org



Regierung des Staates Israel und seine Organe weder für einen Todesfall, noch für Verletzungen und/oder Verlust oder Zerstörung von Eigentum als Folge von militärischen

Die Apartheid-Mauer

Im Juni 2002 beschloss die Regierung Barak eine Barriere entlang der Grenze zwischen Israel und dem Westjordanland zu errichten. Der genaue Verlauf der Mauer wurde zunächst geheim gehalten, doch bald begannen die israelischen Behörden im besetzten Westjordanland palästinensisches Land für die Realisierung dieses Projekts zu enteignen und der geplante Verlauf der Mauer wurde nach und nach bekannt.



Nur ein geringer Teil der Mauer verläuft tatsächlich entlang der „Grünen Linie“ zwischen Israel und dem Westjordanland. Der Großteil der Befestigungsanlage ist kilometerweit nach Osten, ins besetzte Westjordanland verschoben. An den Stellen, wo die Mauer entlang der „Grünen Linie“ verläuft, ist eine zweite Barriere einige Kilometer weiter östlich geplant. Die Mauer macht einen großen Bogen nach Osten, um israelische Siedlungen mitten im Westjordanland zu umfassen. 25 Prozent des Westjordanlands – 80 Prozent des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens – und 65 Prozent des Wassers werden sich auf der „israelischen“ Seite befinden. Eine zweite Mauer soll die palästinensischen Reserven im Osten begrenzen, gegenüber den israelischen Siedlungen im Jordantal. Damit wird Israel sich 55 Prozent des Westjordanlands angeeignet haben.

Die israelische PR-Maschinerie versucht mit seltsamen semantischen Spielereien von den Folgen des Bauwerks abzulenken: „Sicherheitszaun“ sei die korrekte Bezeichnung für die Anlage, nicht „Mauer“. Die israelische Journalistin Amira Hass schreibt dazu: „Die Israelis verwenden noch immer das praktische und irreführende Wort *gader* (Zaun) für das Befestigungssystem, das derzeit auf palästinensischem

Boden im Westjordanland errichtet wird. Selbst ‚Mauer‘ – der Begriff, der in ausländischen Berichten meist verwendet wird – ist nicht ausrechend um zu beschreiben, was in Wirklichkeit gerade gebaut wird: eine acht Meter hohe Betonmauer, elektrisch geladene Drahtzäune und elektronische Sensoren, vier Meter tiefe Gräben auf beiden Seiten, ein Sandstreifen um Fußspuren zu erkennen, eine Sperrzone, eine zweispurige Straße für Armeepatrouillen und

Wachtürme und Unterstände alle zweihundert Meter über die gesamte Strecke. Das sind die Bestandteile des ‚Zauns‘.“

Die israelische Re-

gierung nennt die Mauer eine „vorläufige Sicherheitsmaßnahme“. Doch wer gibt 1,5 Milliarden Dollar für eine „vorläufige“ Maßnahme aus?

Das Konzept der „*hafrada*“ oder „Trennung“ ist eine populäre Vorstellung in der israelischen Öffentlichkeit, die genug von der militärischen Auseinandersetzung mit den PalästinenserInnen hat. Mit Shalom Achshaw (Peace Now) hat der Großteil der israelischen Friedensbewegung diese Forderung aufgenommen. Der Bau einer Mauer entlang der „Grünen Linie“, die Schaffung einer

befestigten Grenze zwischen Israel und dem Westjordanland ist in den Augen der Mehrheit der Israelis Schritt in Richtung mehr Sicherheit und zu einer Zwei-Sta-

ten-Lösung. Mit diesem Konzept ist die Vorstellung verbunden, einigen isolierten israelischen Siedlungen im besetzten Westjordanland die Unterstützung zu entziehen. Der gewaltige budgetäre und militärische Aufwand für extremistische Siedler findet in der israelischen Öffentlichkeit kaum noch Unterstützung.

Die Siedler-Organisationen waren jedoch integraler Bestandteil jeder israelischen Regierung seit 1967, und viele der Siedlungen – insbesondere die größeren um Ostjerusalem – werden von den meisten Israelis nicht mehr als solche gesehen.

Die Siedlerorganisationen und die rechtsextremen Parteien in Sharons Koalitionsregierung waren zunächst gegen den Bau der Mauer, doch da nun langsam die genaueren Pläne bekannt werden, ist die Kritik von jener Seite verstummt.

Die Mauer entwickelt sich zur größten Enteignungsaktion von PalästinenserInnen seit 1967. Fünfhundert Bulldozer sind im Einsatz. Schon in der ersten Phase des Mauerbaus wurden über 1.100 Hektar Boden im Westjordanland enteignet. Dreizehn palästinensische Dörfer mit insgesamt 11.700 Einwohnern werden zwischen der Grenze zu Israel im Westen und der Mauer im Osten eingeklemmt, 210.000 PalästinenserInnen sind in Enklaven gefangen, 67 Dörfer von ihrem Land mit Feldern, Glashäusern, Obst- und Olivenbäumen abgeschnitten; 83.000 Olivenbäume wurden vernichtet, dreißig Brunnen enteignet und 35 Kilometer Wasserleitungen zerstört.

Die israelische Regierung versprach zwar, Tore in der Mauer zu öffnen damit die Bauern Zugang zu ihrem Land auf der anderen Seite haben, doch die letzten Wochen haben einmal mehr gezeigt,



was von solchen Versprechen zu halten ist. Drei Tore wurden geöffnet, doch schon in den ersten vier Wochen wurden an diesen Übergängen PalästinenserInnen von den Besatzungstruppen aufgehalten, erniedrigt, geschlagen und erschossen – palästinensischer Alltag.



Ein Beispiel: Das Dorf Mas ha liegt sieben Kilometer von der „Grünen Linie“ entfernt im Westjordanland. In unmittelbarer Nähe befindet sich die israelische Siedlung Elqana. Im April 2003 rückten israelische Bulldozer an. Ein drei Meter tiefer Graben, ein 80 bis 130 Meter breiter gerodeter „Sicherheitsstreifen“, elektrische Zäune und schließlich eine acht Meter hohe Betonmauer wurden errichtet. 98% des Landes der Dorfbewohner lag plötzlich auf der „israelischen“ Seite der Mauer. Gleichzeitig durchtrennt die Mauer die Straßenverbindung von Jenin nach Ramallah.

Ein extremes Beispiel: Die Stadt Qalqilya wird vollkommen von der Mauer eingeschlossen, mit nur einem Ausgang. Qalqilya war einst ein blühendes Handelszentrum, nun ist es eine Gefängnisstadt mit 400.000 Insassen, gefangen hinter einer Mauer, die nur ein Tor hat, das die israelische Armee morgens öffnet und abends schließt. Qalqilya ist von 32 palästinensischen Dörfern mit ca. 72.000 Einwohnern und 19 israelischen Siedlungen mit ca. 50.000 Bewohnern umgeben. Durch die Siedlungen ist um Qalqilya eine extreme Knappheit an Land entstanden. Die Belagerungen durch die israelische Armee seit dem Beginn der Neuen Intifada haben die Abhängigkeit von der Landwirtschaft weiter ansteigen lassen – 37,5% der Bevölkerung leben ausschließlich davon.

Doch es steckt noch mehr dahinter. Unter Qalqilya verläuft einer der drei großen Grundwasserströme des Westjordanlands, der die Hälfte der Wasserversorgung des ganzen Westjordanlands bildet. Die

ser Grundwasserstrom verläuft entlang der „Grünen Linie“ und die Verschiebung der Mauer nach Osten, ins besetzte Gebiet gibt Israel nahezu vollständige Kontrolle über diese Wasserressource.

Die Arbeitslosigkeit in Qalqilya beträgt mittlerweile 65%. Der israelische Strom-

versorger drohte mehrmals, der ganzen Stadt den Strom abzustellen, da die Gemeinde nicht mehr in der Lage ist, die Gebühren zu entrichten. 15% der Einwohner von Qalqilya haben die Stadt auf Grund der Situation verlassen.

Das Land, das mit dem Bau der Mauer „auf israelischer Seite“ zu liegen kommt, also de facto annektiert wird, ist das fruchtbarste Gebiet im Westjordanland und intensiv bewirtschaftet. Die Mauer dient weniger dazu, Israelis und PalästinenserInnen voneinander zu trennen, als PalästinenserInnen von ihrem Land und von ihrem Wasser zu trennen und die Zersplitterung des Westjordanlands durch die israelischen Siedlungen weiter (buchstäblich) zu zementieren.

Nebenbei wird mit dem Mauerbau gegen mehrere Artikel der Vierten Genfer Konvention verstoßen: „Es ist der Besatzungsmacht untersagt, bewegliches oder unbewegliches Vermögen zu zerstören ... außer in Fällen, in denen die Kampfhandlungen solche Zerstörungen unbedingt erforderlich machen.“ (Artikel 53) „Es ist verboten, für die Zivilbevölkerung lebensnotwendige Objekte wie Nahrungsmittel, zur Erzeugung von Nahrungsmitteln landwirtschaftlich genutzte Gebiete, Ernte- und Viehbestände, Trinkwasserversorgungsanlagen und -vorräte sowie Bewässerungsanlagen anzugreifen, zu zerstören, zu entfernen oder unbrauchbar zu machen, ... gleichviel ob Zivilpersonen ausgehungert oder zum

Fortziehen veranlasst werden sollen oder ob andere Gründe maßgebend sind.“ (Erstes Zusatzprotokoll, Artikel 54)

Das Projekt der Apartheid-Mauer fügt sich in die langfristigen Pläne der israelischen Regierung ein. Das Konzept, das manche schon hinter Oslo und Camp David vermutet hatten, nimmt immer klarere Konturen an. Die palästinensische Bevölkerung soll in Reservaten oder Homelands konzentriert werden. Vor drei Jahren sprach Sharon gegenüber dem italienischen Ministerpräsidenten D'Alema offen von einem Bantustan-Plan. Der Gaza-Streifen – eines der am dichtesten bevölkerten Gebiete der Welt – ist bereits vollständig eingeschlossen, es gibt nur einen Übergang, den billige palästinensische Arbeitskräfte für die israelische Landwirtschaft und Industrie – je nach israelischem Bedarf – passieren können. Der Plan für das Westjordanland sieht vor, die palästinensischen Städte vom Rest des Landes abzuschotten, drei bis vier Bantustans zu schaffen und das übrige Land für Israel nutzbar zu machen.

„Was den Palästinensern bleibt, ist ein Leben in großen Pferchen und Arbeit in den Industriezonen, die in den [israelischen] Siedlungen an den Toren dieser Pferche gebaut werden“, schreibt Meron Rappaport. „Ihr wollt, dass wir wie Sklaven leben“, schreibt Jamal Juma, „doch das wird nicht funktionieren.“

Georg Kreisel

Quellen:

- Jamal Juma: The Wall in Palestine (Electronic Intifada, 20. August 2003)
- Homepage des International Women's Peace Service
- Yechezkiel Lein: Ha-geder ha-ra'a (B'tselem, April 2003)
- Meron Rappaport: A wall in the heart (Yediot Achronot, 23. Mai 2003)
- Amira Hass: The misleading term 'fence' (Ha'aretz, 16. Juli 2003)
- Ran HaCohen: The Apartheid wall (antiwar.com, 21. Mai 2003)



Der irakische Widerstand und die schiitische Frage

Ist ein stabiles US-Marionettenregime möglich?

In ihrer tagtäglichen Propaganda behaupten die Vereinigten Staaten, dass die zahllosen Anschläge auf ihre Truppen einzig von „ewiggestrigen“ Saddam-Anhängern sowie von der wahhabitischen al-Qa'ida getragen würden. Doch das ist eine glatte Lüge, denn die Guerilla besitzt ganz offensichtlich breite Unterstützung in der Bevölkerung. Sie bewegt sich nach den Worten Maos „wie ein Fisch im Wasser“. Zahlreiche Demonstrationen und sonstige öffent-

liche Meinungsbekundungen zeigen die Ablehnung der Besatzungsmacht durch die übergroße Mehrheit der Bevölkerung. Selbst die Kinder, von denen die Invasoren hofften, dass sie ihnen mit dem Sternenbanner zujubeln würden, tanzen vor ausgebrannten amerikanischen Militärfahrzeugen.

Eine Differenzierung muss jedoch gemacht werden. Während die arabisch-sunnitische Bevölkerung den Widerstand auch in seiner bewaffneten Form aktiv mitträgt, blieb die schiitische Mehrheit trotz ihrer Opposition zu den USA bisher weitgehend passiv. Spricht man dieser Tage mit Vertretern der Oppositionsströmungen – ganz gleich ob nationalistischer oder islamischer Provenienz –, so versuchen sie diesen Unterschied zu minimieren und auf den Einfluss der USA zurückzuführen. So sehr diese Spaltung den amerikanischen Interessen entspricht und ihre Förderung durch die USA daher nur logisch erscheint, so greift diese Erklärung entschieden zu kurz. Hier ist mehr der – verständlich und politisch vernünftige – Wunsch Vater des Gedankens.

Der sunnitisch-schiitische Riss in der irakischen Gesellschaft ist viel älter als die amerikanische Hegemonialpolitik in der Region. Seine Wurzeln können bis auf das Osmanische Reich zurückverfolgt werden, die später von der britischen Kolonialpolitik staatlich institutionalisiert wurden. Die alles entscheidende Frage sowohl für die Perspektiven der amerikanischen Herrschaft im Zweistromland als auch für die Widerstandsbewegung gegen die Okkupation läuft auf die Frage hinaus, welche politische Führung sich die schiitische Mehrheit geben und wie sich diese zur Besatzung verhalten wird.

USA revidieren die britische Weichenstellung von 1920

Als die Briten im Laufe des Ersten Weltkriegs den heutigen Irak eroberten, dachten sie zuerst an eine direkte Kolonialverwaltung. Erst die Revolte von 1920, die im Kern von der schiitischen Bauernschaft getragen wurde, die allerdings auch von der schiitischen Ulama, dem mächtigen Klerus, sowie der sunnitischen Offizierskaste unterstützt wurde, überzeugte London davon, dass der Irak nur mittels des indirect rule zu beherrschen wäre.

Man entschied sich für eine klassische Teile-und-Herrsche-Politik. Ein ortsfrem-

der König wurde an die Spitze eines aus den Resten des osmanischen Apparates gebildeten Staates gestellt. Die Monarchie Faisals stützte sich auf die sunnitische Elite aus ehemaligen osmanischen Offizieren, Verwaltungsbeamten, Großgrundbesitzern und reichen Händlern.

Schon das Osmanische Reich hatte die Schiiten systematisch benachteiligt. Obwohl grundsätzlich multinational verfasst und auch religiösen Minderheit über das Millet-System wichtige Rechte einräumend, verfolgte die Hohe Pforte die Schiiten einerseits als soziale Opposition und andererseits als Handlanger des persischen Feindes. So blieb ihnen beispielsweise der Zugang zu dem durch die Tanzimat-Reformen geschaffenen modernen Schulwesen verwehrt – einer der vielfältigen Gründe, warum sie später keinen Platz in der von den Kolonialherren errichteten modernen staatlichen Verwaltung fanden.

Während die schiitischen Mujtahids (Rechtsgelehrten), die nicht nur die religiöse sondern auch die politische Führung der Schiiten innehatten, weiter gegen die Briten rebellierten, zeigte sich die sunnitische Elite – nachdem sie die Fassade der britischen Macht stellen durfte – als überaus kooperationsbereit.

Trotz der grundlegenden Veränderungen in der irakischen Gesellschaft nach dem fortschrittlichen Staatsstreich von 1958 blieb die Hegemonie der Sunniten über den Staatsapparat bis zur Besatzung durch die USA 2003 ungebrochen. Nachdem General Qasim (Kassem) 1963 gestürzt und ermordet wurde, zuerst pronasseristische Offiziere und ab 1968 die Ba'th-Partei die Macht inne hatten, verstärkte sich diese sunnitische Dominanz noch weiter.

Zumindest seit 1991 war der vom Ba'th-Regime geschaffenen im wesentlichen sunnitischen Bourgeoisie dieses zum Alptraum geworden und widersprach mit seinem antiwestlichen Konfrontationskurs deren grundlegenden Interessen. Politisch entmündigt konnte die moderne sunnitische Elite ihre Kooperationsbereitschaft mit den USA erst unmittelbar vor und während des angloamerikanischen Angriffs unter Beweis stellen. Es war nicht die schiitische Armut, die zum von der west-



liche Meinungsbekundungen zeigen die Ablehnung der Besatzungsmacht durch die übergroße Mehrheit der Bevölkerung. Selbst die Kinder, von denen die Invasoren hofften, dass sie ihnen mit dem Sternenbanner zujubeln würden, tanzen vor ausgebrannten amerikanischen Militärfahrzeugen.

Eine Differenzierung muss jedoch gemacht werden. Während die arabisch-sunnitische Bevölkerung den Widerstand auch in seiner bewaffneten Form aktiv mitträgt, blieb die schiitische Mehrheit trotz ihrer Opposition zu den USA bisher weitgehend passiv. Spricht man dieser Tage mit Vertretern der Oppositionsströmungen – ganz gleich ob nationalistischer oder islamischer Provenienz –, so versuchen sie diesen Unterschied zu minimieren und auf den Einfluss der USA zurückzuführen. So sehr diese Spaltung den amerikanischen Interessen entspricht und ihre Förderung durch

lichen Medienmaschine herbeigeschriebenen Aufstand schritt, sondern die Stützen des Regimes selbst, das Offizierscorps der Republikanischen Garden und der Armee, die ein Abkommen mit den USA schlossen und Bagdad kampflos an die Invasoren übergaben.

Der schnelle militärische Erfolg der amerikanischen Militärmaschine kann weitgehend mit diesem Verrat erklärt werden, der jedoch nicht auf einzelne Generäle beschränkt blieb, sondern eine gesellschaftliche Tendenz zum Ausdruck brachte. Das in diesem Verhalten implizit eingeschlossene historische Angebot, den alten ba'histischen Staatsapparat unter amerikanische Kontrolle zu stellen, schlug Washington indes aus. Die Ministerien wurden durch die von den Siegern tolerierten Plünderungen



zerstört, die Polizei und die Armee lösten die neuen Herren gänzlich auf.

Der alte ba'histische Staat, auf den sich die USA in Anknüpfung an ihre britischen Vorgänger bei der Errichtung eines ihnen hörigen neuen Staatsapparates hätten schützen können, wurde geschliffen. So hat sich Washington selbst auf absehbare Zeit um die Möglichkeit des indirect rule gebracht und muss einen signifikanten Teil ihrer globalen Militärmaschine im Irak konzentrieren. Dies ist nicht nur mit hohen Kosten und einer militärischen Überdehnung verbunden, sondern kann auch politisch unabsehbare Folgen zeitigen.

Die Strömungen des sunnitischen Widerstands

Die dauerhafte direkte militärische Herrschaft der USA über den Irak muss auch dem Pentagon und dem Weißen Haus als politisches Übel erscheinen. Alle direkten kolonialen Versuche im arabischen Raum – abgesehen vom zionistischen Sied-

lerkolonialismus – scheiterten bisher. Das gilt natürlich auch für den Irak. Jeder Tag der Besatzung bringt die große Masse der Bevölkerung mehr und mehr gegen die Okkupanten auf.

Insbesondere im sunnitischen Bereich umfasst der Widerstand fasst den gesamten sozialen Stufenbau, denn selbst die kooperationswillige Elite wurde von den Amerikanern davongejagt. Ein grundlegender Faktor der militärischen Stärke des Widerstands ist die Tatsache, dass große Teile der ehemaligen Streitkräfte in den Untergrund gedrängt wurden.

Der politische und militärische Widerstand begann bereits wenige Tage nach der amerikanischen Einnahme Bagdads. Bisher sind hunderte unterschiedliche Gruppierungen in Erscheinung getreten. Noch

ist alles im Fluss und täglich erscheinen neue Organisationen auf der Bildfläche. Bisher konnte noch keine ihre Hegemonie etablieren. Bis sich die verschiedenen po-

litischen Richtungen organisatorisch klar kristallisiert haben werden, wird noch einige Zeit vergehen müssen. Für eine Bestandsaufnahme hat es daher wenig Sinn, auf einzelne Gruppen hinzuweisen. Es soll genügen, die verschiedenen Tendenzen zu nennen:

Laut Abd al-Jabbar al-Kubaisi, dem Führer der linksba'histischen *Patrotischen Opposition*, kann von drei großen Strömungen ausgegangen werden. Erstens jene um Saddam Hussein gruppierte, bestehend aus Offizieren, deren Loyalität sich stark aus Stammestradiation und regionalem Zusammenhalt speist. Dementsprechend konzentrierten sich ihre Aktivitäten auf Tikrit und entlang des Tigris. Zweitens verschiedene zu Saddam Hussein kritische nationalistische Offiziere, deren Zentrum sich in Fallujah befindet, deren Aktionsradius aber von Bagdad entlang des Euphrats sich bis an die syrische Grenze erstreckt. Beide können jedoch nicht auf ehemalige Angehörige der irakischen Streitkräfte reduziert

werden. Diese bilden zwar das militärische Rückgrad des Widerstands, doch verfügen sie über feste Wurzeln in der lokalen Bevölkerung. Politisch wurde Strömung zwar vom Ba'thismus geprägt, doch nachdem es keine zentrale Machtinstanz mehr gibt, differenziert sie sich und schließt nun alle historischen Strömungen des Nationalismus ein. Und drittens gibt es einen islamisch inspirierten Widerstand. Wahabistische Gruppierungen in der Umgebung der al-Qa'ida sind zwar existent, sie spielen aber nur eine untergeordnete Rolle. Vielmehr handelt es sich um einen irakisch-arabischen Nationalismus mit islamischer Färbung. Letztlich ist der gesamte Widerstand ein Kontinuum unterschiedlich gefärbten Nationalismus.

Es soll jedoch nicht unterschlagen werden, dass beispielsweise die sunnitischen Moslembrüder mit der Besatzungsmacht kollaborieren und einen Vertreter in den „Übergangsrat“ entsandt haben.

Die große Unbekannte

Vielfach hört man, dass die gänzliche Zerschlagung des ba'histischen Staatsapparates und damit die grundlegende Revision der britischen Modells der sunnitischen Herrschaft schlicht der amerikanischen Dummheit geschuldet wäre. Das scheint durchaus möglich. Indes, ob gewollt oder ungewollt, könnte dieser Zug Washington zu einer grundlegenden Änderung des *Grand Design* des Irak und der Region zwingen. Dabei kann ein auf die schiitische Mehrheit abgestelltes Marionettenregime nicht von vornherein ausgeschlossen werden.

Yitzhak Nakash, Professor an der Brandeis-Universität in Massachusetts, deutet in der Sommerausgabe 2003 von *Foreign Affairs*, dem offiziellen Sprachrohr des US-Außenressorts, eine mögliche Entfaltungsrichtung amerikanischer Politik an: „Die mit dem Wiederaufbau befassten Beamten müssen mit den moderaten religiösen und tribalen schiitischen Führern zusammenarbeiten, die radikalen isolieren und sich Mühe geben, die säkulare Mittelklasse und Intelligenz, die oftmals schiitisch ist, wiederzubeleben.“

In dieser überaus programmatischen Aussage werden die zentralen Fragen der schiitischen Gesellschaft angesprochen. Über Jahre oder gar Jahrzehnte war jede selbstständige politische Regelung stark behindert oder gänzlich verunmöglicht. Welche politische Rolle kann der Klerus spielen? Werden die stark säkularisierten städtischen schiitischen Unter- und Mittelklassen ihm folgen oder geben sie sich eine eigene Führung? Zu welchen sozialen Veränderungen hat das Embargo geführt und

wie wird sich die soziale Pyramide unter der Besatzung entwickeln? All diese Fragen können nur mit größten Schwierigkeiten beantwortet werden.

Die europäischen Medien identifizieren den Schiitismus automatisch mit wildgewordenen religiösen Eiferern, wie sie sie aus dem Libanon und dem Iran zu kennen vermeinen. Ganz abgesehen davon, dass solche primitiven Vereinfachungen nichts erklären, können sowohl der Libanon als auch der Iran nur sehr bedingt als Analogie herangezogen werden.

Die Grenzen des schiitischen Klerus im Irak

In den irakischen Städten Najaf und Kerbala befinden sich die höchsten schiitischen Heiligtümer, die das Ziel von Pilgern aus aller Welt bilden. Sie stellten einst auch das Zentrum der schiitischen Gelehrsamkeit dar.

Dennoch konnte der schiitische Klerus des Iraks niemals die gleiche Rolle wie jener des Irans spielen, der einige Zeit lang im Irak dominierte. Über mehr als ein Jahrhundert waren die Mehrzahl der Mujtahids im Irak sogar Perser. Die arabischen Ayatollahs hingegen verfügten nie über vergleichbare Wurzeln in der irakischen Gesellschaft. Ihnen fehlten einerseits die Waqf-Besitztümer (religiöse Stiftungen), die im Irak gänzlich in sunnitischer Hand verblieben. Andererseits konnten sie auch nicht wie im Iran auf die Zuwendungen der wohlhabenden Basaris zählen, die in Bagdad zumindest bis zur Gründung Israels vorwiegend jüdisch waren. Diese finanzielle Schwäche konnten auch die Abgaben der schiitischen Bauern nicht ausgleichen. Die materielle Basis der schiitischen Ulama blieben vor allem die persischen Pilger sowie die direkten Zuwendungen aus dem Nachbarland. Als diese Verbindung im 20. Jahrhundert zunehmend erschwert wurde, spiegelte sich das im Niedergang der Rolle des Klerus wieder.

Nach der gescheiterten Revolte von 1920 setzten die Mujtahids ihren Konfrontationskurs gegenüber den Briten und der von ihnen protegierten Monarchie fort. Nach einem gescheiterten Aufstandsversuch 1923 fühlte sich die sunnitische Herrschaft stark genug, das bisher Undenkbare zu wagen und die wichtigsten rebellischen Ayatollahs einfach in den Iran auszuweisen. Von dieser Niederlage sollte sich der schiitische Klerus so schnell nicht mehr erholen.

Die Emigration von Millionen von verarmten schiitischen Bauern des Südens in die Städte, die Auflösung der Stammesbindungen und die zunehmende Säkulari-

sierung als Folge der Urbanisierung sowie die Entstehung einer schiitischen Intelligenz bildeten die Grundlage für das gewaltige Anwachsen der kommunistischen Bewegung in den 1950er Jahren. Tatsächlich hatte die KP Irak den Klerus als politische Führung der Schiiten ersetzt und stieg zur stärksten Kraft in der irakischen Gesellschaft auf.

Wollte der Klerus nicht gänzlich seiner historischen Rolle verlustig gehen, bedurfte es einer grundlegenden Erneuerung. Der seit der Niederlage von 1923 gepflegte traditionelle Quietismus musste überwunden werden. Ein Teil des Klerus, geführt von Ayatollah Muhammad Baqir al-Sadr unter dessen Anhängerschaft sich auch der spätere geistige Führer der libanesischen Hizbullah, Muhammad Hussein Fadlallah befand, proklamierte die Notwendigkeit der politischen Mobilisierung und Organisation der Schiiten. Der zu bewältigende Spagat bestand darin, der KP mittels eines partizipativen politischen Konzept Paroli zu bieten, ohne die führende Rolle des Klerus in Frage zu stellen.

Erst nachdem die KP durch ihre zögerliche Politik bewiesen hatte, dass sie die Macht nicht übernehmen konnte und sie 1963 beim ersten Putsch der Ba'th-Partei entscheidend geschwächt wurde, begann der politische Islam Sadrs zuerst in den schiitischen Intelligenz und den städtischen Mittelschichten Fuß zu fassen. Das war die Geburtsstunde der Dawa-Partei.

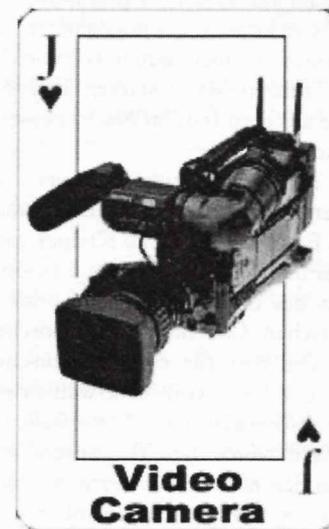
Doch der quietistische Flügel der Ulama blieb einflussreich. Als Ayatollah Sadr in den 70er Jahren mit Saddam Hussein auf Konfrontationskurs ging, gelang es

ihm nicht, die Mehrheit der Schiiten hinter sich zu vereinigen. Ein gewichtiger Teil blieb passiv. Er verlor die Kraftprobe und wurde exekutiert.

Der Irak-Iran-Krieg zeigte das grundlegende Dilemma des schiitischen Islamismus im Irak auf. Alle seine Strömungen stellten sich ausnahmslos auf die Seite des Irans, während die einfachen schiitischen Soldaten und mit ihnen der Großteil der schiitischen Bevölkerung den Irak verteidigten, das heißt ihre Zugehörigkeit zum arabischen Irak über ihre schiitische Identität stellten.

Im Libanon konnte der politische Islam aus zwei Gründen zur dominanten Kraft der schiitischen Bevölkerungsegments aufsteigen. Einerseits engagierte sich die Hizbollah als wichtigste Verteidigerin des Libanons gegen die zionistische Aggression, während der irakische Klerus als Feind des Irak erschien. Andererseits handelt es sich beim Libanon um eine explizit konfessionalistisch organisierte Gesellschaft. Der religiösen Führung der konfessionellen Gruppe drängt sich so fast automatisch eine entscheidende politische Rolle auf.

Während im Libanon jede konfessionelle Gruppe nur eine Minderheit stellt und ohne Bürgerkrieg niemals den alleinigen Führungsanspruch zu stellen vermag, ist das im Irak grundlegend anders. Zwar ist der Irak de facto ebenfalls konfessionalistisch konstituiert, doch erhoben alle politischen Strömungen immer einen überkonfessionellen, allgemeinen Anspruch, selbst die religiös inspirierten. Zwischen den Polen des vorwiegend sunnitischen



„Unsere Soldaten schossen auf eine Person, die scheinbar einen Granatwerfer (RPG) auf sie richtete. Es stellte sich heraus, dass es ein Reuters-Kameramann war“, erklärte Kapitän Frank Thorp, der Sprecher des Generalstabsvorsitzenden, gegenüber Reuters in Washington

Panarabismus und des impliziten schiitischen Partikularismus etablierte sich der irakisch-arabische Nationalismus als umfassender gemeinsamer Nenner – eine politische Identität, alles dessen Vorkämpfer und Anführer sich der schiitischen Klerus kaum eignet.

Die heutigen schiitischen Strömungen

Dass die quietistische Fraktion der Ulama weiterhin existiert, steht außer Zweifel. Nicht umsonst flogen die Amerikaner bald nach Eroberung Bagdads Ayatollah al-Khufi ein, der von seinen Gegnern umgehend ermordet wurde. Weiters gilt Ayatollah al-Sistani als Exponent dieser Richtung. Diese Vertreter der *Taqiya*, des stillen Ertragens einer feindlichen weltlichen Herrschaft, können zwar durchaus zur Stabilisierung eines bestehenden Regimes dienen, zu dessen Aufbau sind sie aber ungeeignet.

Ayatollah al-Hakim repräsentiert in jeder Hinsicht die pro-iranische Strömung des Klerus. Er verfügt über enge familiäre Bindungen mit Ayatollah Khomeini, dem höchstrangigen Führer der Islamischen Republik. Sein *Oberster Rat der Islamischen Revolution im Irak* (SCIRI) vertritt das politisch-theologische Prinzip Khomeinis, *velayat-e faqih*, der direkten politischen Herrschaft der Rechtsgelehrten, also des schiitischen Klerus, wie es im Iran der Fall ist – ein Konzept, dass im Irak nicht nur aufgrund der Bedeutung der Sunniten, sondern auch wegen der stark säkularisierten städtischen Schiiten als kaum durchsetzbar erscheint. Die USA nahmen seinen Bruder in ihren Übergangsrat auf. Doch der politische Einfluss des SCIRI darf nicht überschätzt werden und rührt zu einem guten Teil von der mehrere Tausend Mann starken Badr-Miliz her, die aus dem Iran im Nachkriegschaos einsickerte.

Auch die Dawa-Partei akzeptierte einen Posten im amerikanischen Übergangsrat. Nach Ende des Iran-Irak-Krieges wich sie von der iranischen Linie ab und betonte angesichts des massiven Einflussverlustes den arabischen Charakter der irakischen Schiiten. Die tritt für einen islamischen Staat auf der Basis von Volkswahlen ein, stellt sich also gegen das *velayat-e faqih*. Organisatorisch wurde bereits während des Krieges in den 80er Jahren vernichtet und konnte in den 90er Jahren scheinbar nicht mehr Fuß fassen. Über welchen Einfluss die Partei heute verfügt, ist schwer zu sagen, doch scheint sie mit dem amerikanischen Projekt kompatibel und könnte den Besatzern als Instrument zur Organisierung der säkularen schiitischen Mit-

teltschichten dienen, um so mehr als sie gegenüber dem Klerus eine gewisse Selbständigkeit aufweist.

Als politisch am bedeutsamsten hat sich in den letzten Monaten die radikale Strömung um Muqtada al-Sadr erwiesen, der aus der einflussreichen Mujtahid-Familie der Sadrer stammt und sich auf deren Prestige stützen kann. Obwohl zu jung um selbst ein anerkannter Ayatollah zu sein, scheint seine Ablehnung der US-Besatzung, die sich in der Weigerung ausdrückt, den Übergangsrat zu unterstützen, in der schiitischen Bevölkerung auf offene Ohren zu stoßen. Medienberichten zufolge dominierten unmittelbar nach der amerikanischen Eroberung des Iraks die Bild der al-Hakims, vielerorts sollen diese aber bald von den Konterfeis al-Sadrer abgelöst worden sein. Die schiitischen Armenviertel Bagdads scheinen gänzlich unter seiner Kontrolle zu stehen. Laut al-Kubaisi von der Patriotischen Opposition könnte al-Sadr bereit sein, mit den anderen Strömungen des Widerstands einschließlich der säkular-nationalistischen Kräfte, ein Bündnis zu schließen.

Nachdem der schiitische Klerus über keine strenge Hierarchie verfügt und auch keinen formalisierten Modus kennt, den *Marja' l-a'la*, die oberste religiöse Instanz, auszuwählen, gibt es sehr viele verschiedene Abstufungen und Zwischentöne. Es setzen sich letztendlich jene Strömungen des Klerus durch, die die öffentliche Meinung am besten für sich zu mobilisieren und instrumentalisieren verstehen. So scheint es auch innerhalb des offen antiamerikanischen Lagers mehrere konkurrierende Imame zu geben.

Die Scheichs und die Mittelklassen

Nicht umsonst weist Yitzhak Nakash auf die Bedeutung der Stammescheichs und der säkularen Mittelklassen für den Aufbau eines proamerikanischen Regimes hin, die gegenüber dem Klerus politisch selbständig auftreten könnten. Es wird sich zeigen, ob die USA beim social engineering die britische Tradition fortzusetzen und sich sichere soziale Stützen zu schaffen in der Lage sein werden.

Die schiitischen Großgrundbesitzer bildeten eine wesentliche Stütze der pro-britischen Monarchie, insbesondere nachdem die nationalistischen sunnitischen Offiziere während des Zweiten Weltkriegs mit Deutschland liebäugelten und sich das Vereinigte Königreich 1941 gezwungen sah militärisch zu intervenieren. Durch die Landreformen von Qasim und später der Ba'ath wurde Macht der Scheichs zwar we-

sentlich eingeschränkt, jedoch nicht gänzlich gebrochen. Es ist nicht auszuschließen, dass die USA und ihre Quislinge versuchen werden, die Großgrundbesitzer zu stärken und sie so zu einer ruralen Stütze ihrer Herrschaft zu machen – um so mehr als durch den Niedergang des sekundären und tertiären Sektors der Wirtschaft der Landwirtschaft eine gesteigerte Bedeutung zukommt.

Die Reislamisierung der von traditionellen Bindungen gelösten und bereits säkularisierten urbanen Mittelklassen erfolgte vor dem Hintergrund des Scheiterns des irakischen Kommunismus, der strukturellen Benachteiligung der Schiiten im ba'athistischen Staatsapparat und der Perspektive, die die iranische Revolution zu bieten schien. Während in der sunnitischen Welt der politische Islam nach 1989 als wichtigste Kraft des antiimperialistischen Widerstands aufsteigen konnte, hat der Iran als Vorbild des schiitischen Islam viel an Anziehungskraft verloren. Zwar gibt es auch im Irak unter der schiitischen Bevölkerung außer dem politischen Islam keine gegen die US-Okkupation gerichtete Kraft, doch wenn die USA es schaffen in einem neu zu schaffenden Staatsapparat diese Mittelklassen aus der Deklassierung zu heben und ihnen einen sozialen Perspektive zu geben, könnten sie ebenfalls zu einer Stütze ihres Regimes werden.

Das Spiel ist offen

Der Kampf um die Mehrheit der Schiiten ist noch nicht entschieden. Ihr Verhalten hängt wesentlich von Fähigkeit und Bereitschaft der Besatzungsmacht ab, glaubwürdige schiitische Vertreter in ihr Regime zu integrieren und diesem einen Teil der Macht abzutreten, so dass es nicht offen kolonial erscheint. Erst durch eine solche Stabilisierung kann auch wieder die Ölproduktion in Gang gebracht werden, die zur Verbesserung der elenden sozialen Lage der Mehrheit der Bevölkerung unabdingbar ist.

Doch für USA kommt es im Irak immer mehr zu einem Wettlauf mit der Zeit. Einerseits fürchten sie die kooperationsbereiten Teile des schiitischen Klerus, denen sie eine pro-iranische Haltung unterstellen. Andererseits treibt ihre Arroganz und ihr brutales Vorgehen gegen die Guerilla und die Zivilbevölkerung auch die schiitische Bevölkerung zunehmend in den Widerstand.

Gelingt es in den nächsten Monaten eine breite politisch-militärische Front des Widerstands einschließlich schiitischer Gruppierungen zu bilden, so könnte das die amerikanischen Versuche ein Mario-

nettenregime zu installieren vereiteln und sie in einen ungewinnbaren Kolonialkrieg hineinziehen, der die Kräfteverhältnisse in der Region und damit in der ganzen Welt zu ihren Ungunsten verändern könnte. So könnte der Irak zum einem neuen Vietnam und damit zu einem Fanal für den globalen Kampf gegen das amerikanische Reich werden.

Für einen islamischen Staat?

Für die antiimperialistischen Kräfte muss klar sein, dass die Schaffung und Unterstützung einer breiten *Nationalen Widerstands- und Befreiungsfront* wie sie al-Kubaisi propagiert, oberste Priorität zukommt.

Der skrupellose Kampf gegen die Besatzung und die Ablehnung des Übergangsrates bilden die politische Grundlage dieser Front. Die Stabilisierung des letzteren muss mit allen Mitteln verhindert werden, denn wenn ein proamerikanisches Regime sich einmal in die Lage versetzt die Ölproduktion massiv anzukurbeln, so fiele ihm auch die Isolierung des Widerstands viel leichter.

Doch welche weitergehenden Perspektiven hinsichtlich der anzustrebenden Staatsform müssen revolutionäre

Kommunisten verfolgen? Natürlich ist ihr letztendliches Ziel ein sozialistischer Staat, doch ein solcher ist unter den heutigen Kräfteverhältnissen in weiter Ferne. Die USA sprechen vor allem von einem säkularen Staat, denn sie wollen die islamistischen Kräfte von der Macht ausschließen. „Demokratie“ soll nur soweit gelten, solange sie die amerikanischen Interessen nicht verletzt. Allgemeine Volkswahlen werden erst dann in Aussicht gestellt, wenn der Irak als „reif“ dafür gilt, also wenn das proamerikanische Regime so fest im Sattel sitzt, dass es entsprechend vorbereitete Wahlen überstehen würde.

Im Kampf gegen den europäischen

Feudalismus kam dem Säkularismus eine revolutionäre Rolle zu. Doch im Irak hat er sich zum Werkzeug des Imperialismus verwandelt, gegen den die Massen unter der Fahne des Islam ankämpfen. Sich unter diesen Umständen frontal gegen eine islamischen Staat auszusprechen, hieße in einer Front mit den USA zu stehen. Das notwendige Bündnis mit den gegen die Okkupation kämpfenden Islamisten zerbräche.

Vielmehr müssen die kommunistischen Antiimperialisten für einen demokratischen Staat kämpfen, in dem alle Macht dem Volk, also letztlich den armen Klassen zukommt. Wenn ein solcher Staat auch



über eine islamische Legitimation verfügt, so kann das von den Kommunisten nur Recht sein. Nicht kulturelle und religiöse Fragen stehen im Vordergrund – da sind durchaus Kompromisse möglich –, sondern die Auseinandersetzung darüber, ob wie im Iran der Klerus als Souverän auftritt oder die Volksmassen. Darüber muss mit den Islamisten die Auseinandersetzung geführt werden. Wenn dafür islamische Argumente gefunden werden können, um so besser.

Willi Langthaler
Wien, 22. August 2003

Intifada in Zahlen

Seit 28. September 2000
Daten vom 8. Juli 2003

Opferbilanz:

2572 palästinensische Tote

Hinrichtungen durch israelisches Militär ohne Gerichtsverfahren: 253

Getötete Palästinenser unter 18 Jahren: 475

Verletzte Palästinenser: 41 000 (Richtwert)

Kinder: ca. 25%

Durch scharfe Munition: ca. 35%

Durch Treffer in den Oberkörper: ca. 60%

Mangel- und Fehlernährung:

Kinder unter fünf Jahren, die unter chronischer Mangelernährung leiden: 30%

Kinder unter fünf Jahren, die unter akuter Mangelernährung leiden: 21%

Palästinenser, die nur mit externer Hilfe ihren Ernährungstagesbedarf decken können: 50%

Wirtschaft

Arbeitslosenrate im Westjordanland: 48%

Arbeitslosenrate im Gazastreifen: 67%

Palästinenser unter der Armutsgrenze im Westjordanland: 57,8%

Palästinenser unter der Armutsgrenze im Gazastreifen: 84,6%

Verluste für die palästinensische Wirtschaft: Rückgang des BNP um 51%

Siedlungen

Westjordanland: 145 offiziell registrierte israelische Siedlungen, 105 „Außenposten“, 380.000 Siedler

Ostjerusalem: 12 offiziell registrierte israelische Siedlungen, 220.000–250.000 Siedler

Gazastreifen: 19 offiziell registrierte israelische Siedlungen, 7.500 Siedler (kontrollieren 30% des Landes)

115 Siedlungen wurden über wichtigen Wasserressourcen gebaut.

Der Pro-Kopf-Wasserverbrauch der Siedlungen ist sechs Mal höher als der der Palästinenser.

Seit Februar 2001 wurden 44 neue Siedlungen gebaut.

Mindestens 47 Personen wurden seit September 2000 von israelischen Siedlern getötet.

Quelle: Palestine Monitor



Poster und Graffiti in Jerusalem: „Minister Kleiner hat recht: für jedes jüdische Opfer – tausend palästinensische Opfer“; „Wir oder sie. Die Lösung: vertreibt den arabischen Feind“; „Sicherheit herstellen, die PNA stürzen“; „Araber raus“

Teil der Palästinensischen Gefangenen freigelassen – nach israelischen Kriterien

Am 4. August 2003 veröffentlichte die für die israelischen Gefängnisse zuständige Behörde auf ihrer Homepage eine Liste mit den Namen palästinensischer Gefangener, die 6. August freigelassen werden sollten. Von diesen 342 palästinensischen Gefangenen waren 159 in Administrativhaft und 183 waren verurteilt worden. Nach eingehender Untersuchung der veröffentlichten Liste stellt Addameer fest, dass alle in Administrativhaft festgehaltenen ihre Haftzeit innerhalb kurzer Zeit abgeschlossen hätten. Ein Gefangener hatte seine Strafe heute abgesessen. Administrativhaft ist ein Form willkürlichen Freiheitsentzuges, die Gefangenen werden ohne Anklage oder Gerichtsverhandlung festgehalten. Alle Personen in Administrativhaft sollten innerhalb kurzer Zeit wieder freigelassen werden. 52 der Personen auf besagter Liste hätten ihre Strafe im Jahre 2004 beendet, drei Gefangene im Jahr 2005. (...)

Die Gefangenen waren unter anderem wegen Vergehen wie Waffenbesitz, Benützung von Steinschleudern und Verwendung von Waffen ohne Körperverletzung inhaftiert. (...)

Folgende politische Gefangene befinden sich auf der Liste: 52 Angehörige der Hamas oder des Islamischen Blocks (Studentenbewegung); 15 Angehörige des Islamischen Jihad; vier Mitglieder der Fatah, drei Mitglieder der PFLP und jeweils ein Mit-

glied der *Democratic Front for the Liberation of Palestine* (DFLP) und der *Force 17* (PA-Sicherheitsdienst – Präsidentengarde); ein Mitglied der Volkswiderstandskomitees. Sieben Gefangene werden unbestimmten Gruppen zugerechnet und 99 sind politischer Aktivitäten ohne spezifische Zugehörigkeit angeklagt.

Die Liste der freizulassenden Gefangenen enthält keine Palästinenser aus Jerusalem oder von den 1948 besetzten Gebieten. Sie enthält auch keine der 75 weiblichen Gefangenen. Von den 360 palästinensischen Kinder in Israels Gefängnissen wurden nur 13 zur Freilassung bestimmt.

Derzeit werden mehr als 5.400 Palästinenser in israelischen Gefängnissen festgehalten. (...) Rund 750 befinden sich in Administrativhaft.

Addameer betrachtet die Auswahl der freizulassenden Gefangenen als eine leere und bedeutungslose Geste, die nichts mit den vermeintlichen vertrauensbildenden Maßnahmen und Beweisen des guten israelischen Willens gemein hat. In seinem Auswahlverfahren hat Israel lediglich seine eigenen Kriterien verfolgt. Addameer fordert weiterhin die bedingungslose und umgehende Freilassung aller palästinensischer Gefangener aus Israels Gefängnissen.

Pressemittteilung von Addameer
5. August 2003

Israelische Armee verwendet zivile „Schutzschilder“

Seit Mai 2002 bemühen sich sieben palästinensische und israelische Menschenrechtsorganisation Klage gegen die Praxis der israelischen Armee zivile Palästinenser als Schutzschilder zu verwenden zu erheben. Sowohl Palästinenser als auch die israelischen Soldaten selbst bezeugen, dass palästinensische Zivilisten dazu verwendet werden gefährliche Handlungen auszuführen. Der Anwalt Marwan Dallal von der Organisation Adalah spricht beispielsweise von einem Fall, als im April 2002 sechst israelische Soldaten die al-Baq-Moschee in der Altstadt von Nablus stürmten, wobei sie ihre Maschinengewehre auf den Schultern von palästinensischen Zivilisten abstützten.

Diese Praxis werde von den Vorgesetzten nicht nur geduldet, sondern auch angeregt und gefördert. Die israelische Armee weist alle Anschuldigungen zurück. Die Klage ist mehrfach, zuletzt im Juli 2003 abgewiesen worden.

Quelle: Middle East Times

US-Schutzschilder gerichtlich belangt

Voices in the Wilderness, eine pazifistische Organisation aus den USA, sowie etliche der menschlichen Schutzschilder, die sich vor und teilweise während des US-Angriffs im Irak befunden haben, werden gerichtlich verfolgt. Den Friedensaktivistinnen und -aktivisten drohen nun hohe Geldstrafen. Grundlage der Klage ist, laut Gericht, der Bruch der UN-Embargobestimmungen gegen den Irak.

Quelle: www.nonviolence.org/vitw



Graffiti in Hebron: „Araber in die Krematorien“
Peace-Non-Flugblatt: „Die Schrift ist an der Wand: Die jüdischen Siedlungen in den palästinensischen Gebieten bringen Erinnerungen zurück ...“

Rassistische Gesetze

Am 18. Juni 2003 beschloss die israelische Knesset ein Gesetz, dass dem Innenminister die Vergabe der israelischen Staatsbürgerschaft sowie Aufenthaltsgenehmigungen an PalästinenserInnen aus den besetzten Gebieten, die israelische Staatsbürger heiraten, untersagt. Im Klartext: StaatsbürgerInnen Israels, die PalästinenserInnen heiraten, müssen Israel verlassen. Das Gesetz gilt explizit ausschließlich für PalästinenserInnen.

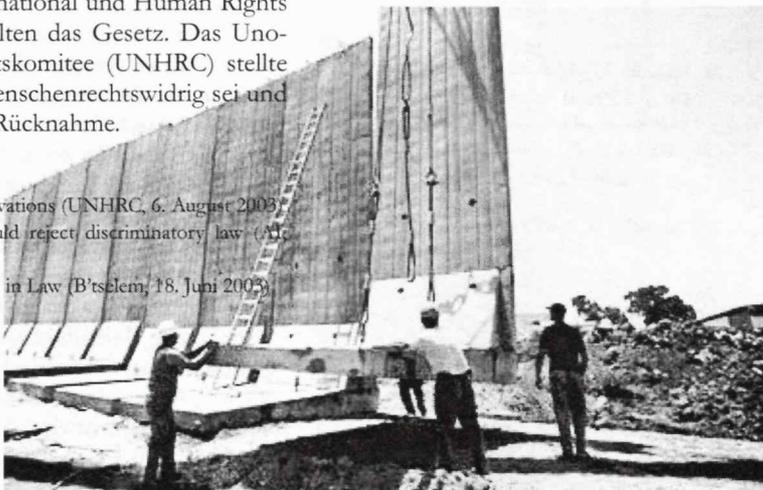
Das Gesetz betrifft Tausende Ehepaare in Israel und ihre Kinder. Besonders betroffen sind PalästinenserInnen in Ostjerusalem, das von Israel annektiert wurde. Sie haben in der Regel nicht die israelische Staatsbürgerschaft. Wenn sie sich für längere Zeit im übrigen Westjordanland aufhalten, wird ihnen auch die Aufenthaltserlaubnis für Ostjerusalem entzogen.

Der Staat Israel hat keine Verfassung, denn in einer Verfassung für die „einzige Demokratie des Nahen Ostens“ müssten Staatsgrenzen festgelegt werden (was den Status der besetzten Gebiete klären müsste und Expansionsbestrebungen behindern würde) sowie die Tatsache gerechtfertigt werden, dass PalästinenserInnen (die heute ca. 20% der Staatsbürger Israels ausmachen) nicht die gleichen Rechte haben wie jüdische Israelis.

Diskriminierung innerhalb Israels, zwischen israelischen Staatsbürgern, funktioniert großteils auf bürokratischem Weg: Mit Flächenwidmungsplänen, Enteignungen, getrennte Schulen und Budgets etc. wird ein ähnliches Ziel wie im Apartheid-Regime in Südafrika erreicht – Trennung der Bevölkerungsgruppen.

Ganz offen rassistische Gesetze wie dieses sind in Israel eher selten. Es wurde von der Knesset mit 53 gegen 25 Stimmen angenommen. Israelische und palästinensische Menschenrechtsorganisationen, Amnesty International und Human Rights Watch verurteilten das Gesetz. Das Unmenschensrechtskomitee (UNHRC) stellte fest, dass es menschenrechtswidrig sei und forderte seine Rücknahme.

Quellen:
 Concluding Observations (UNHRC, 6. August 2003)
 The Knesset should reject discriminatory law (AI, 28. Juli 2003)
 Enshrining Racism in Law (B'tselem, 18. Juni 2003)



Neue Siedlungen, neue Siedler

Während die israelische Regierung beteuerte, die Vorgaben der US-amerikanischen „Roadmap“ zu befolgen, setzt sie gleichzeitig Maßnahmen, die der Roadmap offen zuwiderlaufen.

Junge Ehepaare, die sich in der Siedlung Givat Ze'ev bei Ostjerusalem – im besetzten Westjordanland – niederlassen, erhalten staatliche Unterstützung in Form einer Einmalzahlung von € 10.200 und einem Kredit in gleicher Höhe. Das kündigte der israelische Wohnbauminister Efraim Eitam von der rechtsradikalen Moledet-Partei Anfang August an. Die Siedler-Führer von Givat Ze'ev sagten, diese Anreize würden helfen, die 1.300 geplanten neuen Wohnungen an israelische Siedler zu vergeben.

Eine der Erweiterungen der Siedlung liegt auf einem Hügel in einigen Kilometern Entfernung von der ursprünglichen Siedlung, ist also eigentlich eine neue, eigene Siedlung. Givat Ze'ev hat geräumige Häuser mit grünen Gärten und sieht eher wie ein moderner Vorort von Jerusalem aus als wie ein Außenposten radikaler Siedler. Dennoch ist es ein israelischer Vorposten, gebaut auf enteignetem Land, um einen Keil zwischen Ramallah, Jerusalem und umliegende palästinensische Dörfer zu treiben.

Quelle: Israel pays young couples to move to settlements (The Scotsman, 16. August 2003)

Folter wieder Routine

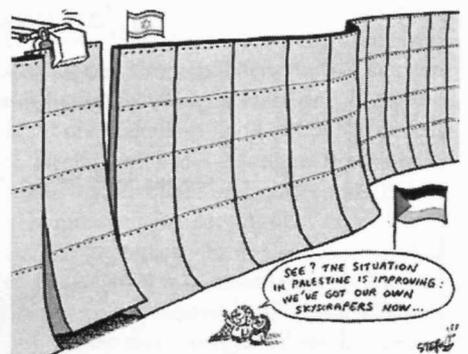
Das israelische Public Committee Against Torture stellte fest, dass Folter palästinensischer Gefangener in Israel in den letzten zwei Jahren wieder stark zugenommen hat. Hunderte Fälle von Folter wurden allein von Januar bis Juni 2003 dokumentiert.

Laut PCAT wurden von September 2000 bis Anfang April 2003 28.000 PalästinenserInnen verhaftet. Im Mai 2003 wurden 5.362 PalästinenserInnen in israelischen Gefängnissen und Lagern festgehalten, davon 1.107 unter „Verwaltungshaft“, d.h. ohne Anklage und Urteil, auf Grund einer Verfügung der Sicherheitsdienste.

Im Juli 2002 erklärte der israelische Geheimdienst Shin-Bet gegenüber der Presse, dass 90 PalästinenserInnen als „tückende Bomben“ während der Haft gefoltert wurden – was nach israelischer Gesetzgebung legal ist. Ein guter Teil der Folter erfolgt „ordnungsgemäß“ und systematisch auf Antrag der verhörenden Beamten bei ihren Vorgesetzten.

71% der von PCAT interviewten PalästinenserInnen waren während der Gefangenschaft drei oder mehr verschiedenen Foltermethoden ausgesetzt; jedes Monat werden Dutzende Häftlinge gefoltert. Die israelische Organisation folgert, dass Folter an palästinensischen Gefangenen routinemäßig und methodisch angewendet wird. Der israelische Generalstaatsanwalt stellte fest, dass in keinem der Fälle PalästinenserInnen „unnötig“ gefoltert wurden; sämtliche Klagen von Folteropfern und Menschenrechtsorganisationen wurden bisher abgewiesen.

Quellen:
 Yuval Ginbar: Back to a routine of torture (PCAT, Juli 2003)
 Moshe Reinfeld: Torture in Israel has again become routine (Ha'aretz, 20. August 2003)
 Amos Harel: GSS used 'exceptional interrogation means' 90 times since 1999 HCJ ruling (Ha'aretz, 25. Juli 2002)



„Die Situation in Palästina bessert sich: Wir haben nun unsere eigenen Wolkenkratzer ...“

Ethnische Säuberung Jerusalems

Die Partei Moledet („Vaterland“) war im Wahlkampf mit dem Slogan „Jetzt ist die Zeit für den Transfer“ aufgetreten. („Transfer“ ist ein israelischer Euphemismus für die Massendeportation von PalästinenserInnen.)

Moledet ist jedoch keine faschistische Splittergruppe am Rand der israelischen Gesellschaft sondern Teil der Koalitionsregierung von Ariel Sharon. Der zentrale Punkt des Programms von Moledet ist die ethnische Säuberung, die Vertreibung aller PalästinenserInnen aus Israel und den besetzten Gebieten.

Die langfristige Vision von Moledet geht noch weiter: „Das Land zu beiden Seiten des Jordans – das Israel der Bibel und das Israel der Balfour-Deklaration – gehört uns.“

Moledet ist die Nachfolgeorganisation von Kach, die nach dem Massaker in der Ibrahim-Moschee in Hebron verboten wurde. Der israelische Präsident Weizmann drückte damals sein Bedauern über die palästinensischen Opfer aus, verhandelte jedoch gleichzeitig mit der Familie des Mörders über ein würdiges Begräbnis für diesen.

Zur Rechtfertigung der ethnischen Säuberung zitiert Moledet auf ihrer Homepage u. a. die Bibel: „Ich will Frieden geben in eurem Lande, dass ihr schlafet, und euch niemand schrecke. Ich will die bösen

Tiere aus eurem Lande tun, und soll kein Schwert durch euer Land gehen.“

Die PalästinenserInnen sind also „böse Tiere“. In Reden von Moledet-Abgeordneten werden PalästinenserInnen stets mit Tieren und „Ungeziefer auf zwei Beinen“ gleichgesetzt. Der Abgeordnete Michael Kleiner forderte, den palästinensischen Knesset-Abgeordneten 'Azmi Bishara zu erschießen.

Die Moledet-Partei legte Ende Juli einen Gesetzesantrag vor, der eine Volksabstimmung in Israel über die „Evakuierung der arabischen Bezirke Jerusalems“ fordert. Die oppositionelle Merez-Fraktion möchte eine Debatte über die rassistische Vorlage in der Knesset verhindern.

Trotz der Annexion Ostjerusalems durch Israel und der schleichenden ethnischen Säuberung durch administrative Maßnahmen (Entzug des Aufenthaltsrechts und Abschiebung, keine Vergabe von Baugenehmigungen für PalästinenserInnen, Beschlagnahmung von Land und Bau israelischer Siedlungen) leben in Jerusalem immer noch 200.000 PalästinenserInnen.

Quellen:

Israeli Ruling Party Incites for Expulsion of Palestinians from Jerusalem (Palestine Media Center, 28. Juli 2003

Binyamin Elon: We must offer an alternative (Moledet-Homepage)

USA setzen im Irak Napalm und DU-Munition ein

Die USA haben im Irakkrieg offenbar außer Atombomben jede verfügbare Waffe eingesetzt, ungeachtet, wie umstritten sie ist. Der großflächige Einsatz – auch in dichtbesiedelten Gebieten – von Munition, die abgereichertes Uran enthält ist allgemein bekannt. Insgesamt wurden 1.000 bis 2.000 Tonnen Uran im Irak verschossen. Immer noch sterben Kinder oder werden verkrüppelt, weil Streubomben auch in Wohngebieten eingesetzt worden sind und einige der Bomben nicht wie vorgesehen explodiert sind, sondern erst, wenn sich die Kinder nähern.

Auch der Einsatz von „Daisy-Cutter“-Bomben (BLU-82) gegen irakische Truppen wurde bereits dokumentiert. Ein knapp über dem Boden gezündeter „Daisy Cutter“ taucht mehr als einen Quadratkilometer in einen Feuerball. Wer weder verbrannt wird noch erstickt, dessen innere Organe werden durch das von der Verbrennung verursachte Vakuum zerrissen.

Der San Diego Union Tribune berichtet, dass auch Napalm gegen irakische Truppen zum Einsatz gekommen ist.

Bisher war dies vom Pentagon mehrfach bestritten worden (...). Nach Ansicht des Pentagons handelte es sich bei den im Irak eingesetzten Waffen nicht um „Napalm“ sondern um „Mark-77-Brandbomben“, die allerdings eine „bemerkenswert ähnliche“ Funktion und Wirkung wie Napalm aufweisen. Allerdings bestätigte Generalmajor Jim Amos den Aufwurf von Bomben, die er und andere Marines immer noch als „Napalm“ bezeichnen.

6. August 2003

Quelle: www.Freace.de



Diesen Brief verteilt die israelische Armee an die Palästinenser, die sich auf ihrem Weg nach Jordanien befinden. Aus dem Inhalt: „Wir wünschen Ihnen eine Gute Reise nach Palästina, wo 75% der Bevölkerung Palästinenser sind. Sie haben die richtige Wahl getroffen, dorthin zu fahren, wo es keine Besatzung gibt und wo Sie an den Wahlen teilnehmen können. Die internationale Gemeinschaft wird Ihnen, im Rahmen eines Wirtschaftsplanes für die Region, helfen, Ihre Wirtschaft und Landwirtschaft aufzubauen ...“

Quelle: Al-Awda News

Syrien: Zwischen Ohnmacht und Volkszorn

Heftige Verhandlungen am Busbahnhof in Damaskus über den Preis einer Taxifahrt. Der Einfachheit halber nennen wir unser Angebot in Dollar. Der Fahrer, sichtlich unzufrieden, schimpft: „Warum Dollar, das ist schlechtes Geld, genauso wie Bush und ganz Amerika schlecht sind. Ihr seid doch Europäer, nicht?“ Diese Vorlage lassen wir uns nicht nehmen und zücken unsere Euro, die wir während des gesamten Aufenthalts noch kein einziges Mal benutzen konnten. Und tatsächlich hat sich der gewiefte Verhandler ein Eigentor geschossen. „Leider, Euro kann ich nicht nehmen, nur Dollar.“ Die Szene ist symptomatisch für die Stimmung zwischen Wut und Ohnmacht.

Allein der Blick auf das unmittelbar westlich der Stadt liegende noch schneebedeckte Golan-Massiv scheint dieses Dilemma deutlich zu machen. Von den über der Stadt förmlich thronenden seit 1967 von Israel besetzten Höhen können dessen Streitkräfte ohne größeren Aufwand die Hauptstadt mit Artillerie beschießen, ohne sich selbst der geringsten Gefahr auszusetzen. Syrien ist wirtschaftlich wie militärisch der israelisch-amerikanischen Allianz hoffnungslos unterlegen. Daher auch die allorts geäußerten irrationalen Hoffnungen auf die EU.

Besonders vor den Kopf gestoßen ist man vom US-amerikanischen Kampf der Kulturen, des christlichen Abendlandes gegen den islamischen Orient. Denn nicht nur das säkulare Ba'th-Regime, sondern auch die Muslime sind stolz auf die integrierte christliche Bevölkerung. Am Brunnen im Hof der Omayyaden-Moschee, dem wichtigsten Wahrzeichen Damaskus, spricht uns eine Studentin mit Kopftuch an und fragt, wie es uns hier gefiele. Als wir voll des Lobes antworten, sichtliche Freude auch bei den Umstehenden. Wie an einen Grashalm hängt man sich an jede positive Äußerung aus dem Westen, von dem man glaubt, dass er die moslemische Welt pauschal als barbarisch verurteilt. Ungefragt setzt sie nach: „Bei uns gibt es zahlreiche Kirchen und die Frauen können mit oder ohne Kopftuch gehen. Wir waren immer tolerant und es gibt keinen Grund gegen uns Krieg zu führen.“

Nicht verwunderlich sind daher die täglichen Demonstrationen gegen den US-Krieg in den Straßen von Damaskus. Während in vielen arabischen Ländern nur einige wenige Großdemonstrationen zum

Dampfablassen zugelassen wurde, beschränkte die Ba'th-Partei den Volkszorn nicht. Palästinenser, Kommunisten, Nationalisten sowie islamisch inspirierte marschierten Schulter an Schulter – trotz der gebotenen Vorsicht ein unerhörtes Novum.

Denn die Öffnung die Bashir al-Assad, der Sohn des langjährigen Präsidenten Hafiz, nach dessen Tod einleitete, ist nur begrenzt. Im ersten Überschwang bildete sich unter den Intellektuelle eine richtiggehende Bewegung für demokratische Reformen, in der es sowohl prowestliche als auch linke

Strömungen gab. Langjährige Dissidenten, oft Kommunisten oder Islamisten, wurde unter der stillschweigenden Auflage aus den Gefängnissen entlassen, das Regime nicht anzugreifen. Doch als der 71-jährige Riyad al-Turk, bekannter Kommunist und scharfer Kritiker Hafiz al-Assads, der nach mehr als 17 Jahren hinter Gittern frei gekommen war, abermals öffentlich zum Übergang von „Despotismus und Tyrannei der Erbrepublik zur Demokratie“ aufrief, wanderte er kurzerhand mit samt einigen seiner Verteidiger wieder ins Gefängnis. Dennoch scheint die spürbare politische Lockerung dem Regime eher genutzt als geschadet zu haben.

Gleichzeitig versteht man unter „Liberalisierung“ wie überall auf der Welt auch Öffnung zum Weltmarkt, kapitalistische Reformen und eine verstärkte soziale Differenzierung. Noch gibt es in Damaskus keine Elendsviertel, die mit jenen Kairo oder Bagdads vergleichbar wären. Aber die karge Hänge hinaufwachsenden Viertel, die sich mit vom Land emigrierten, oft kurdischen Bauern füllen, zeigen die ersten Ansätze dazu.

Auf der anderen Seite der sozialen Pyramide sind die Söhne der Ba'th-Generäle, die sich in eine Klasse von reichen Geschäftsleuten umgewandelt haben. Sie sind es, die dem Druck des Westens nachgeben wollen. Ein hochrangiger Funktionär der palästinensischen *Volksfront zur Befreiung Palästinas* (PFLP), die in Damaskus einige Büros unterhält, berichtet allerdings, dass sie seitens der Behörden bis dato noch nicht unter Druck gesetzt worden seien. „Ein bruchloses Hineinwachsen des Ba'th-Regimes in die westliche Regionalarchitektur ist zwar nicht ausgeschlossen, aber nicht sehr wahrscheinlich.“

Eine mögliche Bruchlinie und daher auch ein strenges Tabu-Thema bleibt die De-Facto-Herrschaft der religiösen Minderheit der Alawiten. Nicht nur als Zeichen der Schwäche Bashirs erscheint in diesem Licht die überall im Land zur Schau gestellte Dreifaltigkeit des heutigen Präsidenten, seines Vaters Hafiz und seines ums Leben gekommenen Bruders Basil.

Nachdenklich stimmt indes eine Aufforderungen am Grenzübergang zum Libanon: „Sie verlassen nun Assads Syrien. Zögern sie nicht sich mit ihren Beschwerden an unseren Präsidenten zu wenden.“



„Der Zauber hat sich gegen den Meister gewendet“

Die Palästinenser in Syrien

Der Springbrunnen am Hauptplatz des „Camps“ ist trocken, offensichtlich schon seit Jahren – dafür dient das integrierte Monument, das sich realsozialistisch ausnimmt, dessen Botschaft uns aber verschlossen bleibt, den verschiedenen Palästinenserorganisationen als Anschlagfläche für ihre Plakate und Kundmachungen. Das ist schon der einzige Unterschied zu anderen armen Vierteln in Damaskus. Nur der Namen, der englisch geblieben ist, erinnert noch an seine Entstehungsgeschichte.

Tatsächlich ist die Lage der Flüchtlinge im Vergleich zu allen Nachbarländern Palästinas in Syrien mit Abstand am besten. Sie genießen die meisten Bürgerrechte, haben das uneingeschränkte Recht zu arbeiten und könnten formal bis an die Spitze des Staates aufsteigen. Einzig die Staatsbürgerschaft besitzen sie nicht, aber das ist eine Forderung der palästinensischen Befreiungsbewegung selbst, denn eingebürgerte Flüchtlinge verwirkten das Recht auf Rückkehr.

Politisch lässt die Ba'ath-Partei die Widerstandsorganisationen gewähren. Denn Damaskus sieht als Voraussetzung für einen eventuellen Friedensschluss die vollständige Rückgabe der Golan-Höhen sowie der damit verbundenen Wasserressourcen einschließlich des Zugangs zum See Genezareth. Es ist mehr diese Inter-

senkongruenz als politische Solidarität mit der palästinensischen Sache, die Syrien als Refugium der Bewegung erscheinen lässt. Denn als in den ersten Phasen des libanesischen Bürgerkriegs die Linke gemeinsam mit den Palästinensern die Oberhand zu gewinnen schien, verbündete sie sich mit der maronitischen Rechten. Das Massaker im Flüchtlingslager Tall Zatar geht so auf das Konto Hafiz al-Assads.

Dem amerikanischen Druck, die Büros der „Terrorgruppen“ zu schließen und diese zu verfolgen, scheint Syrien vorerst nicht nachkommen zu wollen. Im Büro der Hamas klingelt unentwegt das Telefon und Journalisten geben sich die Türklinke in die Hand. Auch bei der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP), der wichtigsten Partei der Linken, gibt man sich gelassen. „Sollen sie ein paar unserer Büros schließen. Politisch werden wir hier weiter arbeiten können.“

Die „Roadmap“ wird von allen einheitlich abgelehnt. Sie reflektiere einzig die Interessen der USA und Israels, denn sie fordere zu allererst ein Ende des Widerstands. Der Teilrückzug der Besatzungsmacht sei erst nach der palästinensischen Kapitulation vorgesehen. Auf die Gründe, die den Friedensprozess von Oslo haben scheitern lassen, namentlich die israelische Weigerung Ostjerusalem zurückzugeben, die Siedlungen zu schleifen, das Rückkehr-

recht, ein zusammenhängendes Territorium und die volle Souveränität zu gewähren, würde in keiner Weise eingegangen. Der Plan sei nicht zufällig genau während des Angriffs auf den Irak lanciert worden. „Jetzt müssen wir einmal durchhalten. Doch der zu erwartende irakische Widerstand gegen die US-Besatzung kann auch unsere Situation verändern,“ meint ein Mitglied des Politbüros der PFLP.

Die Partei gibt dem „Friedensplan“ keine große Chance. Ganz im Gegensatz zu Oslo lehne die übergroße Mehrheit der Bevölkerung diesen Diktatfrieden ab. Abu Mazen habe kaum Unterstützung und könne sich nur auf eine kleine Clique von Kollaborateuren stützen. „Mohammed Dahlan ist bereit den von Israel gewünschten Bürgerkrieg zu führen. Die Palästinenser sollen sich selbst gegenseitig töten. Er ist nichts als ein Gangster.“

Die Rolle des Palästinenserpräsidenten wird da schon zwiespältiger gesehen. „Arafat trägt die volle Verantwortung für das, was er als kluge Taktik bezeichnete, nämlich Zugeständnisse mit der vagen Versprechung auf spätere Gegenleistungen. Er hat radikalere Meinungen, jede demokratische Debatte und andere Führer unterdrückt, während er sich mit kollaborationsbereiten Leuten vom Schlage eines Erekat, Abu Rabbo oder Rajoub umgab, die keine eigene Verankerung besaßen und daher in seiner Hand waren. Dagegen hat damals das Volk Reformen gefordert. Jetzt sind viele seiner Schachfiguren zu Abu Mazen gewechselt.“

Arafat konnte und wollte die in Camp David von ihm geforderte Kapitulation nicht unterschreiben. Genauso wenig will er den Bürgerkrieg. Deswegen wurde er unter dem Titel „demokratischer Reformen“ beiseite geschoben, die genau jenes Ziel anstreben, gegen das sich die Reformbewegung der späten 90er Jahre richtete, nämlich gegen die Entstehung einer korrupten Verwaltung von Bantustans.

„Arafat ist die Geister, die er rief, nicht mehr losgeworden. Vielleicht ist er nach Saddam der zweite Rais, der dem Druck der USA zum Opfer fällt. Unser Volk wird sich von Abu Mazen jedoch nicht auf die Schlachtbank führen lassen, sondern die Intifada fortsetzen.“

*Willi Langthaler
Mai 2003*



Krieg und Kolonialismus sind die Geißel der Menschheit!

**Stoppt den US-Feldzug! Schluss mit der Besetzung des Iraks!
Freiheit für Palästina!**

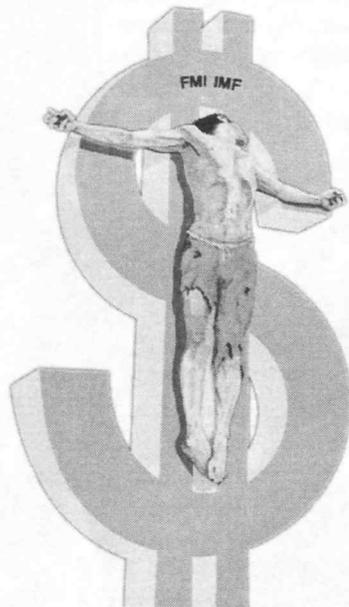
**Internationaler Aktionstag am 27. September
Aufruf für die Demonstration in Wien**

Der Widerstand im Irak ist ungebrochen. Kein Tag vergeht ohne Demonstration und ohne Angriff auf die Besatzungstruppen. Die Wut richtet sich gegen die undemokratisch von den USA eingesetzte und mit Zustimmung von Uno und EU herrschende Militär- und Zivilverwaltung in Bagdad.

Die USA – das größte Imperium in der Menschheitsgeschichte – und ihre Verbündeten haben den unterdrückten Völkern den ewigen Krieg erklärt. Es ist ein Weltkrieg ohne Recht und Gnade – geführt auf allen Ebenen: politisch, militärisch, wirtschaftlich und ideologisch. Es ist ein Weltkrieg, dessen einzelne Feldzüge und Kolonialbesetzungen in Afghanistan und Irak bloß den Auftakt für weitere Massaker darstellen, der den palästinensische Volksaufstand zu ersticken droht und in dessen Visier sich bereits Iran, Syrien, Nordkorea, Kuba und Kolumbien befinden. Es ist ein Welthandelskrieg, dessen Waffen Weltbank und Internationaler Währungsfond heißen und dessen Spielregeln Freihandel für die Länder des Südens und Protektionismus für den reichen Norden lauten. Hungerepidemien, AIDS-Genozid und Massenarmut sind die Folgen für die Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas.

Wer sind die neuen Kolonialherren in Washington? Es sind jene, die Menschenrechte verkünden und gleichzeitig den auf der Basis von Vertreibungen und Apartheid basierenden Staat Israel finanzieren. Es sind jene, die sich als Herolde der Demokratie und Transparenz aufspielen und deren Ämter auf Wahlfälschungen und Handlangerdiensten für Erdöl- und Rüstungskonzerne beruhen. Es sind jene, die vor Terrorismus und den „neuen Barbaren aus der Dritten Welt“ warnen und die gleichzeitig im Irak Kulturschätze plündern und ihre neuesten Waffentypen an wehrlosen Völkern austesten. Es sind jene, die Recht und Gesetz einfordern, die aber ihre eigenen Soldaten der Kontrolle des internationalen Gerichtshofs entziehen und in Guantánamo Bay Gefangene ohne Anklage, ohne auch nur eine formale Rechtsgrundlage festhalten, foltern und nun auch exekutieren wollen. Kurz: Bush, Cheney

& Co. verkörpern die modernen apokalyptischen Reiter, die Krieg und Kolonialismus über die Menschheit bringen. Sie sind die Mensch gewordene Heuchelei, die den Krieg zum Friedensprinzip und die Kolonialbesetzung zur Demokratie erklären! George Orwells Minister für Wahrheit erscheint neben Rumsfeld und Powell als Stümper. Und Kriegsherr Bush hat sich redlich den Titel „Pinocchio der Gro-



ße“ verdient.

Aber trotz ihrer mit Milliarden US-Dollar geschmierten Propagandamaschinerie gelingt es Bush und seinem Wahrheitsminister nicht, die Menschheit vor ihren Karren zu spannen. Dem verweigern sich sogar schon wachsende Teile der eigenen Bevölkerung. Weltweit nimmt der Widerstand gegen die Barbaren im Nadelstreif zu. Millionen gingen in London, Athen, Rom, Washington, Kairo, Amman und vielen anderen Städten auf die Straße, und die Völker im Irak, in Afghanistan und in Palästina wehren sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln. Wir wissen, auf welcher Seite wir stehen: Wir stehen auf der Seite der Unterdrückten. Wir solidarisieren uns mit ihrem Kampf um Selbstbestimmung, denn dieser Widerstand ist gerecht.

Anlässlich des dritten Jahrestags des

Beginns der palästinensischen Intifada ruft die weltweite Bewegung gegen Krieg und kapitalistische Globalisierung zu einem internationalen Aktionstag am 27. September auf. Im Rahmen dieser weltweiten Mobilisierung werden wir am Samstag, den 27. September 14.00, in Wien eine Demonstration abhalten (Treffpunkt Westbahnhof).

Im Einklang mit den Millionen Gegnerinnen und Gegnern von Krieg und Kolonialismus fordern wir:

- Für das Recht auf Selbstbestimmung und Widerstand der unterdrückten Völker!
- Sofortiger Abzug der US-amerikanischen Besatzungstruppen und ihrer Verbündeter aus dem Irak und Afghanistan! Keine Anerkennung der von den USA eingesetzten „Regierungsrates“ im Irak!
- Sofortiger und umfassender Abzug der israelischen Armee aus den besetzten Gebieten! Weg mit der Apartheid-Mauer! Auflösung aller israelischen Siedlungen! Rückkehrrecht für alle palästinensischen Flüchtlinge in ihre Heimat! Bedingungslose Solidarität mit der Intifada!
- Bush, Blair & Co: Hände weg von Iran, Syrien, Nordkorea, Kuba und Kolumbien!
- Auflösung der weltweit mehr als 600 US-Militärbasen!
- Schluss mit der Folter an politischen Gefangenen in der Türkei! Sofortige Auflösung der F-Typ-Gefängnissen! Weg mit der „Terrorliste“ der EU!
- Schluss mit dem Welthandelskrieg! Nieder mit der WTO! Solidarität mit den Protesten gegen die Konferenz der Welthandelsorganisation WTO in Cancún (Mexiko) zwischen dem 8.-14. September!

Krieg und Kolonialismus sind mehr denn je die Geißel der Menschheit. „No justice, no peace“ lautet eine bekannte Losung der schwarzen BürgerrechtsaktivistInnen in den USA. Dies gilt heute umso mehr angesichts des nicht enden wollenden US-Feldzugs: Solange Krieg und koloniale Besatzung anhalten, wird es für die neuen Herrenmenschen keinen Frieden geben!

Das Antiimperialistische Lager in Assisi als Sammelpunkt des Antiamerikanismus

Das Antiimperialistische Lager wird dieses Jahr in der ersten Septemberwoche in Assisi, Italien stattfinden. Zentrales Thema wird der Widerstand des irakischen Volkes gegen die illegitime US-Besatzung sein. Zur Entwicklung des irakischen Widerstands wird Awni al-Kalamji von der Patriotischen Opposition, die gerade dabei ist

Schwerpunkt Nahost

Überhaupt steht wieder der antiimperialistische Kampf im Vorderen Orient im Zentrum unserer Aufmerksamkeit. Dass der palästinensische Kampf gegen die zionistische Okkupation mit dem irakischen gegen die amerikanische Besatzung zusammenhängt, liegt auf der Hand. Delega-

tioniert haben. Bayan unterstützt das Selbstbestimmungsrecht der islamischen Moro-Bevölkerung und wird über die Zusammenarbeit mit der Befreiungsbewegung berichten.

Erstmals wird auch ein Vertreter der nepalesischen Maoisten, die seit 1996 einen Volkskrieg gegen die Monarchie füh-



mit allen gegen die Besatzung kämpfenden Kräften Gespräche über eine breite „Nationale Widerstands- und Befreiungsfront“ zu führen, sprechen.

Jihad Hussein, ein arabischer Fedayin, der an der Schlacht um Bagdad teilnahm, wird vom Verrat der Armeeführung und von der ersten Periode des Widerstands berichten.

Wir haben der Friedens- und Antiglobalisierungsbewegung den Vorschlag einer Kampagne „10 Euro für den irakischen Widerstand“ gemacht. In Assisi wird diese Kampagne gemeinsam mit Vertretern des irakischen Widerstands und antiimperialistischer arabischer Organisationen besprochen und geplant werden. Sie soll in der nächsten Periode das Zentrum der internationalen antiimperialistischen Bewegung bilden.

tionen der wichtigsten revolutionären Organisationen, der *Volksfront zur Befreiung Palästinas* (PFLP) und *Abna al-Balad* (Söhne des Landes) werden ihren Kampf vorstellen und ihre Ablehnung der „Roadmap“ begründen. Des Weiteren haben sich Delegationen aus Marokko, Tunesien und dem Libanon angekündigt.

Wie bereits die Jahre zuvor wird der Debatte mit und über den politischen Islam sowie den westlichen Kreuzzug gegen ihn breiter Raum gewidmet.

Nepal und Philippinen

Auch heuer wieder wird eine Delegation der philippinischen Bayan in Assisi anwesend sein. Das Archipel ist wegen seiner strategischen Lage in das Zentrum der Aufmerksamkeit der USA gerückt, die dort rund sechstausend Truppen sta-

ren, anwesend sein. Neben einem Bericht über die Situation im Land und ihre Konzeption einer demokratischen Konstituante (verfassungsgebenden Versammlung), gibt die nepalesische Teilnahme auch Anlass in Form einer Podiumsdiskussion kritisch Bilanz über die maoistische Bewegung weltweit zu ziehen.

Lateinamerika

Ebenfalls zum ersten Mal nimmt mit Mario Maestri ein Vertreter der revolutionären Bewegung Brasiliens, dem weitaus größten Land Lateinamerikas, teil. Der unabhängige Professor analysiert die Lage nach der Machtübernahme der Arbeiterpartei Lulas. Obwohl die PT als Inspirator und Förderer der Antiglobalisierungsbewegung gilt – Porto Alegre, wo das Weltsozialforum stattfand wird von der PT ver-

Der irakische Widerstand im Zentrum

So vielversprechend die Friedensbewegung schien, die sich vor allem in Europa gegen den neuerlichen US-Krieg formierte, kann man heute sagen, dass sie an ihren politischen Schwäche zugrunde ging. Die Millionen, die auf die Straße gingen, hatten all ihre Hoffnungen auf die diplomatische Opposition Frankreichs und Deutschlands gesetzt. Doch angesichts der Übermacht der amerikanischen Militärmaschine und des schnellen Zusammenbruchs des irakischen Staatsapparates zog das „alte Europa“ den Schwanz ein. Die seither verabschiedeten UN-Resolutionen stellen den Vereinigten Staaten zwar keinen Blankoscheck aus, aber sie sprechen den Besatzern das Recht zu eine Übergangsregierung zu bilden. Folgerichtig begrüßte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen dann auch den „Übergangsrat“, der dem US-Besatzungsregime als Fassade dienen soll.

Man war geneigt anzunehmen, dass – nachdem die ersten Bomben gefallen sein würden – sich die Demonstrationen intensivieren würden. Tatsächlich war das Gegenteil der Fall. Europa hatte sich als unfähig erwiesen den amerikanischen Kriegstreibern etwas entgegenzusetzen. Ihrer Hoffnungen beraubt, bleiben die Kriegsgegner

zu Hause vor dem Fernseher. Sie meinten nichts mehr ausrichten zu können. Sie hatten auf das fasche Pferd gesetzt.

Als Antiimperialisten nahmen wir an der Anti-Kriegsbewegung teil, jedoch nicht ohne auf eine gänzlich andere Orientierung zu drängen. Unsere Eckpfeiler dabei: Einerseits stellen für uns das irakische Volk und die arabischen Massen die Hauptkraft des Widerstands dar. Andererseits konnten wir im Krieg nicht neutral sein, sondern stellten uns bedingungslos auf die Seite des Iraks – ungeachtet unserer Opposition zum Regime Saddam Husseins und seiner Unfähigkeit das Land zu verteidigen.

Die Entwicklung bestätigte die antiimperialistische Linie: Einerseits bedingte die schnelle Niederlage des Iraks den Zusammenbruch der Friedensbewegung und den weiteren Niedergang aller fortschrittlichen Bewegungen weltweit. Ein längerer Widerstand seitens des Ba'th-Regimes hätte den gegenteiligen Effekt gehabt – die Interessenvertretung des irakischen Volkes musste also die Unterstützung des ba'thistischen Militärs gegen die Aggressoren mit einschließen. Andererseits belegte die schnelle Entwicklung des irakischen Widerstands die entscheidende Bedeutung des Volkswi-

derstandes. Das Propagandageschrei, das die USA als Befreier darzustellen versuchte, blieb den Aggressoren unter den Eindruck der Schüsse des Widerstands im Mund stecken. Nicht nur im Irak, sondern weltweit war klar, dass die USA den Irak zu unterwerfen und in ihr Weltreich einzugliedern versuchten. Selbst wer die amerikanischen Propaganda von einer Welt des Friedens, der Demokratie und des Wohlstands – wie sie Clinton versprochen hatte – einmal ernst genommen haben mag, dem musste es jetzt wie Schuppen von den Augen fallen. Wer elementare demokratische Ziele verfolgt, muss sich nun, will er nicht inkonsequent sein, gegen die Besatzung aussprechen und die Seite des Widerstands beziehen. Dabei handelt es sich um eine Partisanenbewegung, welche die Unterstützung der Bevölkerung genießt. Die Behauptung, dass es sich um „ewiggestrige Saddam-Anhänger und al-Qa'ida-Terroristen“ ohne Unterstützung im Volk handelte, ist billige Propaganda. Denn sonst wären die überlegenen Besatzer ihrer schon Herr geworden. Tatsächlich bewegt sich aber die Guerilla wie ein Fisch im Wasser, während die US-Soldateska gemeinhin als Feind betrachtet wird.

Schwarze Liste terroristischer Organisationen

Im Gefolge des von Bush ausgerufenen Terrorkrieges gegen all jene, die nicht bereit sind sich dem amerikanischen Reich zu unterwerfen, hat auch die Europäische Union die wichtigsten Befreiungsbewegungen der Welt, inklusive des palästinensischen Widerstands gegen die israelische Besatzung, zu Terrororganisationen erklärt – viele von diesen kooperieren mit dem Antiimperialistischen Lager. Damit wird nicht nur das in der UN-Charta verbiefte Recht auf bewaffneten Widerstand gegen fremde Besatzung mit Füßen getreten, sondern auch ein wichtiger Schritt zur Kriminalisierung der Solidaritätsbewegung gemacht. Zur Verteidigung der politischen Grundrechte und zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen organisierte das Antiimperialistische Lager gemeinsam mit der türkischen DHKC, der palästinensischen PFLP, der baskischen Batasuna, der philippinischen Bayan und anderen am 26. Oktober 2002 eine Protestdemonstration gegen die Schwarze Liste der EU in Brüssel.

Da viele der verfolgten Organisationen in Assisi anwesend sein werden, schlagen wir ein Internationales Tribunal gegen die Schwarze Liste vor, dessen Grundlini-

en am Antiimperialistischen Lager diskutiert werden sollen. Die Gegenwehr gegen die Hetzkampagne und Verfolgung der europäischen Muslime wird ebenfalls thematisiert werden.

Antiamerikanismus

Das, was in der „Dritten Welt“ selbstverständlich erscheint und keiner Diskussion mehr bedarf, ist in Europa heiß umstritten: der Antiamerikanismus als konkrete Formulierung des Antiimperialismus. Nach dem Krieg gegen den Irak muss auch dem letzten Zweifler klar geworden sein, dass die USA dabei sind ein amerikanisches globales Imperium zu errichten. Das Imperium americanum ist die konkrete Form, die der imperialistische Kapitalismus heute annimmt. Die europäischen herrschenden Klassen – gewollt oder wider Willen, das ist sekundär – sind fest darin eingebunden. Unser Vorschlag an die antiimperialistischen Kräfte der Welt besteht darin, eine breite anti-amerikanische Bewegung zu gründen, die den Antiimperialismus konkretisiert. Nur in dem wir die amerikanische Weltherrschaft brechen, stoßen wir das verschlossene Tor zur demokratischen Volksmacht und zum Sozialismus wider auf.

*Antiimperialistisches Lager
August 2003*

waltet – zieht sie nun ein mit den Auflagen des IWF konformes Sparprogramm durch. Die brasilianische Linke scheint angesichts dieser Entwicklung, die nicht ohne Auswirkungen auf die seit dem 11. September 2001 in die Krise geratene Antiglobalisierungsbewegung bleiben kann, wie gelähmt.

Neben Vertretern der verschiedenen Strömungen der kolumbianischen Volksbewegung werden heuer auch Teilnehmer der boliviarischen Bewegung in Venezuela anwesend sein. Sosehr ihr radikaler Flügel, zu dem sich die *Nationale Bewegung für Union der Unabhängigen Kräfte* zählen, den Präsidenten Hugo Chávez gegen die von den USA unterstützte Oligarchie, verteidigt, so sehr will er doch weiter fortschreiten. Die Genossen fordern den Kompromiss mit den reaktionären Putschisten aufzukündigen, diese frontal anzugreifen, sie aus dem Staat zu säubern und ihren Besitz zu enteignen – das heißt revolutionäre Maßnahmen zu ergreifen, die aus den chilenischen Ereignissen von 1973 die Lehren ziehen und den Gegner zu vernichten bevor dieser die Gelegenheit bekommt, dies seinerseits zu tun. Nur so kann der Übergang zu einer auf die Volksmassen gestützten antikapitalistischen und antiimperialistischen Staatsmacht eingeleitet werden.

10 Euro für den irakischen Widerstand

Vor wenigen Monaten hat der Imperator im Weißen Haus das Ende der Kampfhandlungen im Irak erklärt. Der schnelle Sieg über die Armee von Saddam, deren militärische Führung bei der alles entscheidenden Verteidigung Bagdads kampfflos kapitulierte, hat die USA glauben gemacht, dass sie einen totalen Sieg errungen hätten. An der Schwelle zu Bagdad haben sie die Prahlerei der Fürsprecher Saddams lächerlich gemacht. Jetzt ist das irakische Volk an der Reihe sich über ihre Arroganz lustig zu machen. Der Krieg ist noch nicht beendet, im Gegenteil, er beginnt gerade erst. Schon zwei Wochen nach der Kapitulation des Baath-Regimes haben Partisanen angefangen die US-Söldner anzugreifen und ihnen Verluste zugefügt, welche die Moral der Besatzer in politischer und psychologischer Hinsicht zersetzen. Bei den amerikanischen Soldaten verbreitet sich nicht nur schwarzer Humor, sondern auch Angst. Es zeigt sich, dass ihr Cyber war, ihre High-

sche Widerstand ein Hoffnungsschimmer, dass dem amerikanischen Streben nach unumschränkter Macht endlich Einhalt geboten werden könnte. Ihr Traum ist es, dass eines Tages die Besatzer gezwungen sein werden, sich erniedrigt zurückzuziehen. Wir unterstützen diese Hoffnung und wollen sie durch unsere Solidarität nähren.

Daher laden wir alle Demokraten und Antiimperialisten, alle die sich gegen das amerikanische Reich stellen, ein, ohne Unterschied ihrer Ideologie oder Religion, sich diesem internationalen Aufruf anzuschließen und dem nationalen irakischen Widerstand mit 10 Euro pro Person zu helfen.

Wen unterstützen wir?

Der nationale Widerstand im Irak befindet sich noch in der ersten Phase der Formierung. Die verschiedenen Strömungen mit arabisch-nationalistischem, islamistischem oder kommunistischem Hintergrund sind dabei eine „Widerstands- und Befreiungs-

den Herbst ins Auge gefasst wird.

Terrorunterstützung?

Einige werden vielleicht fragen, ob es sich dabei nicht um „Unterstützung des Terrorismus“ handelt. Denn für die Weltenlenker im Washington ist alles, was nicht für sie ist, gegen sie und damit terroristisch. Aber nicht nur für uns, sondern auch für das Völkerrecht war die US-Aggression ein Verbrechen und ist der Widerstand mit dem Ziel der Selbstbestimmung ein legitimes demokratisches Menschenrecht. Wir sind jedenfalls bereit unsere politischen Freiheitsrechte auch vor Gericht zu verteidigen – da wird sich zeigen, wie sehr Europa zur Provinz des US-Reiches geworden ist.

Internationales Antiimperialistisches Lager

In Assisi, Italien, wird in der ersten Septemberwoche 2003 das jährliche Antiimpe-



tech-Waffen, wie schon in Beirut und in Mogadischu, unpassend und wirkungslos sind. Selbst der amerikanische Befehlshaber im Irak musste eingestehen: Es handelt sich um einen organisierten Guerilla-Krieg. Geführt von Hunderten Kämpfern, wächst dieser Widerstand und wird stärker. Die Guerilleros halten aufgrund einer breiten Unterstützung in der Bevölkerung aus und die Medien sind nicht in der Lage dies zu verstecken. Kinder jubeln vor den zerstörten amerikanischen Panzern. Die Besatzer hatten hingegen geglaubt, dass das irakische Volk bei ihrer Ankunft jubeln und das Sternenbanner schwenken würde.

Im Gegenteil durchleben sie aber gerade den Alptraum eines zweiten Vietnams: Selbst im Angesicht drückender militärischer Überlegenheit gibt das besetzte und angeblich besiegte Volk nicht auf. Für die unterdrückten Völker der Welt ist der iraki-

front“ zu bilden. Dieser kommt unsere politische wie materielle Solidarität zu gute. In der Zwischenzeit, solange die Front noch nicht offiziell gegründet wurde, geht unsere Unterstützung an die „Patriotische Opposition“ von Abd al-Jabbar al-Kubaisi. Dabei handelt es sich um eine antiimperialistische Oppositionsgruppe, die gegen die US-Kriege von 1991 und 2003 sowie gegen das Embargo gekämpft hat, aber gleichzeitig die Demokratisierung ihrer Heimat fordert – jedoch nicht unter der Knute der US-Armee und des Weltwährungsfonds, sondern unter der Souveränität des irakischen Volkes selbst.

Solidaritätsdelegation

Die gesammelten Spenden werden in Form einer internationalen Solidaritätsdelegation für den Widerstand gegen die amerikanische Besatzung übergeben werden, die für

rialistische Lager stattfinden, auf dem sich verschiedene Initiativen gemeinsam mit Vertretern des irakischen Widerstands treffen werden, um ein internationales Solidaritätskomitee zu bilden.

Konto

Überweisungen bitte unter dem Stichwort „Irak“ mit Namensangabe auf:

RKL

Kto-Nr. 92725137

PSK, Bankleitzahl: 60000

BIC: OPSKATWW

IBAN: AT64600000092125137

Hinweis: Ab 1. Juni 2003 kommen für Überweisungen auf Konten innerhalb der EU in Euro dieselben Entgelte wie im Inland zur Anwendung, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

- Überweisungsbetrag max. € 12.500,-
- BIC und IBAN korrekt angegeben
- Auftraggeber und Empfänger übernehmen die eigenen Inlandsentgelte.

Ein Zionist zwischen allen Stühlen

Rabbi Jeremy Milgrom

Die israelische Rechte möchte die Palästinenser am liebsten in die arabischen Staaten vertreiben, die so genannte Linke plädiert für zwei Staaten, notfalls getrennt durch einen Elektrozaun (Echud Barak). Nur noch eine winzige unbedeutende Splittergruppe plädiert in Israel für einen binationalen gemeinsamen Staat für Juden und Palästinenser. Einer von ihnen ist der Rabbiner Jeremy Milgrom, Mitglied der jüdischen Friedensgruppe *Rabbis für Menschenrechte*.

„Haben Sie nie Indianerfilme angeschaut?“, ruft Rabbiner Jeremy Milgrom in sein Publikum in der Nürnberger Begegnungsstube *Brücke-Köprü*. „Wer von Ihnen meint, dass Indianer Terroristen sind, der soll die Hand heben!“ Damit ist er bei dem Thema, das derzeit das Leben im Heiligen Land zur Hölle macht.

Aber was will dieser Mann, der im gleichen Atemzug Verständnis für den palästinensischen Widerstand äußern und sich selbst als glühenden Zionisten bezeichnen kann? Wer ist dieser Mann, der es sich in seinem Engagement für Frieden und Menschenrechte sogar mit der israelischen Linken gründlich verscherzt hat, weil seine Forderung, die rund vier Millionen palästinensischen Flüchtlinge zurückkehren zu lassen, auf viele existenzbedrohend wirkt?

„Ich bin Rabbi geworden, weil ich damals schon gesehen habe, was los ist“, sagt Milgrom, der ordiniert Rabbiner der so genannten konservativen Richtung des Judentums ist. „Wir haben ein großes Problem, und es muss sich etwas grundlegend ändern!“

Eine Binsenweisheit – auf den ersten Blick. Doch wer seine bedächtigen Worte hört und seine Erscheinung sieht, ahnt bereits Tiefgründigeres. Die bunte Kippa, die langen, wilden Haare und die ausgewaschene Jeans strahlen den Charme der 68er-Generation aus. Seinen Vortrag an diesem Freitag beginnt er, indem er sich mit der Gitarre zu einem Teil der Sabbat-Liturgie begleitet.

Nicht „verheißenes Land“, sondern „Land der Verheißung“

1968 war es, als er nach Israel kam. Eigentlich hatte der damals 15-jährige amerikanische Jude bei einem Bibelwettbewerb nur eine Reise ins Heilige Land gewonnen – doch er blieb für immer. „Ich habe gespürt, dass ich in dieses Land gehöre“, bekennt er.

Er hat aber auch gespürt, dass etwas nicht stimmt, nämlich als palästinensische Kinder die Reisegruppe mit Steinen bewarfen und riefen: „Geht heim!“ „Zionismus ist nichts Schlechtes“, sagt Milgrom. „Worum sollten wir als Juden unsere besonde-

re Beziehung zu diesem Land nicht spüren und leben?“

Das Problem aber beschreibt Jeremy Milgrom so: In Europa, besonders in Deutschland, war es für Juden nicht mehr möglich, als selbstverständlich akzeptierter Teil der Gesellschaft zu leben. Also sind sie in das Land ihrer Vorfahren, nach Palästina ausgewandert. Sie kamen aus Europa als Europäer. Das heißt, sie kamen nicht als Teil der Bevölkerung dieser Region, sondern haben letztlich die einheimische Bevölkerung beherrscht und verdrängt. Milgrom vergleicht diese Entwicklung mit der Geschichte der USA, Australiens und Neuseelands. „Ich spreche als Amerikaner und Israeli, wenn ich das sage!“

In Israel, nein da kann er nicht so offen sprechen. Am ehesten in Deutschland. Auch in anderen Ländern mag man seine Einschätzungen kaum hören. Dabei bezieht er sich doch nur auf Abraham: „Gott hat Abraham aus seiner Heimat in dieses Land geführt und gab ihm die Verheißung, ein Segen für alle Völker zu sein.“ Milgrom bezieht dies nun als hohen mora-

lischen Anspruch auf sich und sein Volk. „Wenn wir spüren, dass wir in dieses Land gehören, dann müssen wir auch ein Segen sein!“

Jeremy Milgrom spricht nicht vom „verheißenen Land“, sondern vom „Land der Verheißung“. Und diese Verheißung, den anderen dort zum Segen zu werden, sieht er allein in einem partnerschaftlichen Umgang miteinander, in einem tieferen Verständnis beider Völker füreinander.

Das Haupthindernis dafür sieht Milgrom in der Verbindung von Religion und Nationalismus. Zionismus, das Streben von Juden, im Land ihrer Vorfahren zu leben, sei zu einer nationalen Ideologie geworden. Dabei, sagt er, könne Zionismus, diese besondere Beziehung von Juden zu diesem Land, doch etwas so Wunderbares sein!

Neue Olivenbäume für die Palästinenser

Der Rabbiner Milgrom lebt vor, was er mit dieser Form des Zionismus meint. Als Field-Director der *Rabbis für Menschenrechte* sammelt er Geld um palästinensischen Bauern neue Olivenbäume zu pflanzen, deren Plantagen von der Armee zerstört wurden. Dafür muss er sich vorwerfen lassen, „Terroristen“ mit einem Hinterhalt auszustatten, von dem aus sie auf Siedler schießen. Sicher, auch in der Thora sei davon die Rede, dass Bäume auch im Krieg nicht



verletzt werden dürften, gestehen seine Gegner ein. Aber ob menschliches Leben in diesem Fall nicht wichtiger sei?

„Wir müssen herausfinden, wie wir ganz deutlich machen können, dass wir diese Gewalt ablehnen“, sagt Milgrom. Wenn wir etwa an einer Straßensperre protestieren, dann sieht die Öffentlichkeit uns als pro-palästinensisch an, womit wir kein Problem haben. Aber man sieht uns auch als welche, die palästinensische Gewalt nachsehen, und das ist nicht zutreffend.“ Manchmal wünscht sich Milgrom mehr internationale Unterstützung für die israelische Friedensbewegung, insbesondere für die wachsende Zahl an Kriegsdienstverweigerern in der israelischen Armee. „Die Europäer sollten sich da mehr einmischen“, sagt er.

Zwischen alle Stühle setzt sich Milgrom nicht nur, wo er sich im israelisch-palästinensischen Konflikt engagiert. Sein humanitäres Lieblingsprojekt hilft Menschen, die weder auf israelischer noch auf palästinensischer Seite eine Lobby haben. „Die arabischen Jahalin-Beduinen sind doppelt benachteiligt. Weder die Palästinenser noch die Israelis interessieren sich für sie“, erläutert er. An beiden Intifadas waren sie nicht beteiligt. Wurden sie 1950 von Israel ins Westjordanland umgesiedelt, so mussten sie in den vergangenen Jahren ihr Weideland verlassen, um der Erweiterung der Siedlung Ma'ale Adumim Platz zu machen. „Sie sind ein Opfer des Oslo-Friedensprozesses“, sagt Milgrom. „Der Ausbau der Straßen, durch den ihr Weideland durchschnitten wird, wurde von den Verträgen akzeptiert.“

Jetzt vegetieren die etwa 100 Familien in der Nähe einer Müllhalde ohne angemessene Lebensgrundlage vor sich hin und sehen ihre uralte Nomadenkultur bedroht. Die Rabbis für Menschenrechte unterstützen sie in ihren Ansprüchen auf das Land, fördern ihre Infrastruktur und die Ausbildungskosten für die Kinder.

Wie der berühmte Tropfen auf den heißen Stein wirkt dieses Engagement. Doch damit setzt die Gruppe im kleinen Rahmen ein Konzept um, das sie sich für die Zukunft ihres Landes vorstellen kann: Sicherheit durch Gerechtigkeit!

Wie der partnerschaftliche Umgang miteinander in einem größeren Rahmen konkret werden könnte, das deutet Milgrom nur an: Ja, einen langen Weg mit viel Arbeit auf allen Ebenen würde das bedeuten, gesteht er ein. Am Ende könne er sich einen gemeinsamen Staat für Juden und Palästinenser vorstellen.

Als er als Antwort auf seine Vision auf einen umstrittenen Mitdenker hingewiesen

wird, scheint er kurz zu erschrecken, zumindest sehr zu staunen: Libyens Staatschef Mu'ammarr al-Qaddhafi schlug kürzlich die Bildung eines gemeinsamen Staates „Isratin“ (aus „Israel“ und „Palästina“) vor. Doch dann schmunzelt Milgrom. Vielleicht denkt er sich, dass die „Spinner“ von heute die Realisten von morgen sein könnten. Es wäre nicht das erste Mal ...



Europäische Juden fordern Sanktionen gegen Israel

Im März 2003 fand in Brüssel eine Konferenz von 17 jüdischen Gruppen aus neun europäischen Ländern statt. Die meisten Teilnehmer kamen vom Verband *European Jews for a Just Peace* (EJJP, Europäische Juden für einen gerechten Frieden), der im September 2002 unter dem Motto „Sagt nicht, dass ihr es nicht gewusst habt“ seine Gründungserklärung veröffentlicht hatte. Die Berlinerin und Deutsch-Amerikanerin Audrey Berlowitz sieht in den Initiativen „Anlass zur Hoffnung“, dass sich eine neue jüdische Stimme in Europa Gehör verschafft: „Wir ertragen es nicht mehr, uns von konservativen jüdischen Gemeinden das Wort diktieren zu lassen.“ Bei seiner Gründung verdeutlichte der Verband, dass ein „gerechter Frieden“ nur dann möglich sei, wenn Israel sich aus den besetzten Gebieten zurückziehe, einer palästinensischen Staatsgründung zustimme mit Jerusalem als doppelter Hauptstadt. Jetzt auf der Konferenz in Brüssel veröffent-

lichten die gut hundert Teilnehmer einen offenen Brief an die Außenminister der EU und forderten sie auf, das Sonderabkommen mit Israel auszusetzen. Nach diesem Assoziationsvertrag von 2000 darf Israel wie ein EU-Staat zollfrei Waren in die Europäische Union einführen. Explizit weist Artikel 2 auf die Einhaltung der Menschenrechte und internationale Rechte hin. Nach Überzeugung vieler europäischer Juden werden genau „diese Rechte täglich in den besetzten Palästinensischen Gebieten gebrochen“, durch Tötungen, willkürliche Festnahme und Zerstörung von Wohnhäusern sowie durch Abriegelung von Dörfern und Städten. EJJP-Chef Richard Kuper fordert dagegen mit vielen gleichgesinnten jüdischen Europäern eine „einzig den Menschenrechten verpflichtete Moral, die auch bei Israel keine Ausnahme machen darf“. (...)

Quelle: Reutlinger Generalanzeiger

Rauchbombe gegen Palästina-Veranstaltung

Zum zweiten Mal innerhalb von 14 Tagen wurde eine Veranstaltung der Spartakist-Jugend an der Humboldt-Uni am Donnerstag, 3. Juli, von „Antinationalen“ durch Schlägertruppen und eine Rauchbombe angegriffen. Das Treffen hatte das Thema „Verteidigt das palästinensische Volk“. Vier Schlägertypen brachen gewaltsam durch eine Gruppe der Veranstalter. Sie zerrissen Zeitungen und versuchten den Veranstaltungsraum zu stürmen.

Dieser Gewaltakt ist kein Einzelfall: Am 15. März diesen Jahres versuchten die „Antinationalen“ ein gemeinsames Treffen der PDS, der palästinensischen Gemeinde

und Linksruks in Frankfurt/Main zu zerstören. Ein Attac-Treffen am 5. Februar in Berlin wurde ebenfalls gestört. Im Sommer 2002 wurde in Hamburg in der FSK-Radiostation (Freies Sender Kombinat) eine Immigrantengruppe zusammengeschlagen für das „Verbrechen“, die jüdischen Kämpfer gegen die Nazis im Warschauer Ghetto mit den palästinensischen Kämpfern in Jenin, die gegen das rassistische zionistische Israel kämpften, zu vergleichen!

Quelle: Spartakist-Jugend, 6. Juli 2003

Das Wiener Volksstimme-Fest als Jubelfeier für die Besetzung des Irak

Ausschluss der AIK vom KPÖ-Fest

Mitte Juli wurde ein „offener Brief“ des Vereins „Wadi“ veröffentlicht, der die KPÖ dazu aufruft die AIK und deren „Vorfelddorganisationen“ vom diesjährigen Volksstimmefest auszuschließen. Begründung für den Wunsch nach Ausschluss: Unterstützung des „faschistischen Ba'th-Regimes“ und „Antisemitismus“.

Die KPÖ hat der AIK schließlich eine Teilnahme an ihrem Fest gestattet, allerdings mit einem Maulkorb:

„Wir bringen Euch folgenden Beschluss der Geschäftsführung des Volksstimme-Festes zur Kenntnis:

„(...) Den von der Friedensbewegung in Wien bei den großen Demos gegen den Irak-Krieg und den beteiligten Gruppen im Frühjahr erzielten Konsens, auf das Mittragen und Anbringen von Symbolen und Fahnen des Saddam-Hussein-Regimes zu verzichten, halten wir auch für das diesjährige Volksstimmefest im Rahmen seiner Pluralität als verbindliche inhaltliche Vorbedingung für die Gestaltung aller beteiligten Gruppen fest.“

Die offizielle irakische Fahne wäre demnach ein Symbol des ba'thistischen Regimes, während diejenige von der Besatzungsmacht gnädig zugelassene abgeänderte Version scheinbar gestattet ist.

Damit überholt die KPÖ den UN-Sicherheitsrat weit rechts, der die Verantwortung für das 12-jährige Embargo trägt, das über einer Million Menschen das Leben gekostet hat. In dem die KPÖ die amerikanische Version der irakischen Fahne als allein gültige zulässt, gesteht sie der kolonialen Besatzungsmacht die Souveränität über den Irak zu, wie es nicht einmal das imperialistische Frankreich macht. Es handelt sich dabei um nichts weniger als eine volle Rechtfertigung der Besatzung.

Im übrigen flattert bis dato bei der Uno in Wien die offizielle irakische Fahne, die die KPÖ untersagen will.

Nach ihrem Einzug in Mosul schmückten die Besatzer das Rathaus mit einer amerikanischen und einer um den Schriftzug „Gott ist groß“ gesäuberten irakischen Flagge. In einer nächtlichen Aktion wurden die Fahnen entfernt, während Bewohner der Stadt auf Hunderten Häusern die offizielle irakische Flagge befestigten. Stellt sich die KPÖ nicht nur gegen den bewaffneten, sondern auch gegen den zivilen Widerstand gegen die Besatzungsmacht? Ihre irakische Schwesterpartei, welche die Petition des notorischen antitarabischen Rassisten Schmidinger gegen

die AIK unterzeichnete, tut es. Sie diffamiert den Widerstand als Saddam-Terror. Sie wurde sogar Mitglied des amerikanischen Übergangsrates.

Was ist gegen die offizielle irakische Fahne einzuwenden? Die Gruppe der Kriegstreiber und Zionisten um Karl Pfeifer, Thomas Schmidinger und Herbert Schiedl, die der KPÖ in ihrer eigenen Zeitung „Volksstimme“ den Marsch bläst, in dessen Takt sie gegen die Antimperialisten loszuziehen hat, glauben gleich zwei Fliegen auf einen Schlag erledigen zu können: Einerseits hat Saddam Hussein den Spruch „Allah akbar“ Anfang der 1990er Jahre in die Fahne aufnehmen lassen, weil er damit hoffte, auf die sich zunehmend re-islamisierende Bevölkerung auf billige Art und Weise zugehen zu können (Pfu! Saddam, wenn er den Stimmungen der Massen nachkommt!); andererseits meinen sie damit gleich auf der Welle des antiislamischen Chauvinismus schwimmen zu können – schlägt die Muselmanen, wo ihr sie trifft! Da wird zusammengemischt, was nicht zusammen gehört, mit dem Ziel, nochmals den „neuen Hitler“ in Bagdad zu bemühen, gegen den mit allen Mitteln, auch jenen des zivilisatorischen Kolonialkrieges, vorgegangen werden müsse.

Tatsächlich war das Ba'th-Regime bis auf die Knochen säkular, oft sogar in brachialer Weise. Der Spruch „Gott ist groß“ bedeutet im modernen arabischen Kontext eigentlich nichts mehr als ein Kampfschrei, eine Selbstaffirmation. Er wird selbst von ausgewiesenen Marxisten wie der PFLP auf Demonstrationen mitgeschrien.

Die Forderung nach einem säkularen Irak entspricht heute den Interessen der Besatzungsmacht. Sie will damit die Mehrheit der schiitischen Bevölkerung, die einer religiösen Führung folgt, möglichst von der Macht fernhalten. Wer für einen demokratischen Irak mit einem souveränen Volk eintritt, muss eine islamische Verfassung als mögliche Variante zulassen. So opportunistisch der schiitische Klerus gegenüber den Besatzern auch sein mag, das Volk könnte ihm die offizielle Fahne des Iraks als National-Insignie aufzwingen. Die irakische KP hat hingegen jede Glaubwürdigkeit im Volk verloren. Sie repräsentiert mit ihrem prowestlichen Säkularismus die „Zivilgesellschaft“ von Amerikas Gnaden.

Konsens der Anti-Kriegsbewegung?

Die KPÖ hat unter dem Druck der pro-israelischen „Linken“ die AIK von der Demonstration vom 15. Februar 2003 ausgeschlossen. Der Vorwurf lautete auch damals, wir würden Saddam unterstützen. In Wirklichkeit weigerten wir uns als Antimperialisten zwischen den Fronten zu stehen, sondern bezogen die Seite des Iraks – ungeachtet seines Regimes. Ein unterdrücktes Land muss immer und prinzipiell gegen den imperialistischen Würgegriff verteidigt werden – völlig unabhängig vom seinem Regime. Denn erst die umfassende Befreiung vom Imperialismus stößt das Tor zur Emanzipation der unterdrückten Volksmassen auf. Die Plattform und in ihr federführend die KPÖ negierte mit unserem Ausschluss dieses Prinzip.

Die unter dem Druck der „Antinationalen“ stehende Plattform diskutiere im Vorfeld der Demonstration vom 15. Februar sogar jegliche Nationalflaggen und damit das nationale Selbstbestimmungsrecht prinzipiell zu verbieten. Als die Palästinenser auszuziehen drohten, nahm man „nicht existierende Staaten“ aus – als bedeutete die formale Selbstständigkeit bereits reale Souveränität.

Wir hingegen bleiben dem grundlegenden emanzipatorischen Prinzip des Rechts auf nationale Selbstbestimmung gegen den Imperialismus, das für jeden Kommunisten selbstverständlich sein sollte, treu und unterstützen den irakischen Widerstand gegen die angloamerikanische Okkupation in all seinen Formen. Die von der Résistance gewählten Symbole betrachten wir als die unseren – einschließlich der offiziellen irakischen Flagge – und behalten uns das Recht vor, diese zu Schau zu stellen. Unsere internationale Kampagne „10 Euro für den irakischen Widerstand“ werden wir selbstverständlich auch auf am Volksstimmefest entfalten!

Auf eine Jubelfeier für das amerikanische Reich wollen wir natürlich nicht stören. Wenn uns die KPÖ ausschließt, so ist das ihr gutes Recht. Wir entlassen sie jedoch nicht aus der Pflicht, das politisch zu begründen und damit offen Partei für die Kriegstreiber und israelischen Apartheid-Fanatiker zu ergreifen.

*Antimperialistische Koordination,
12. August 2003*

Antisemitismus im linken Gewand?

Offener Brief an Dr. Wolfgang Neugebauer, Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands

Sehr geehrter Dr. Neugebauer!

Einige der Unterzeichner des vorliegenden Offenen Briefes haben unter Einsatz ihres Lebens gegen das nationalsozialistische Regime Widerstand geleistet, gegen seinen Antisemitismus ihr Leben riskiert. Andere sind Opfer oder Nachkommen von Opfern des Faschismus. Wieder andere von uns haben sich schlicht ihr Leben lang gegen Faschismus und Rassismus eingesetzt. Nun müssen wir uns die Etikettierung „antisemitisch“ gefallen lassen. Warum? Weil das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands, eine Institution deren Arbeit wir bislang als höchst wertvoll und unentbehrlich betrachtet haben, eine neue Kategorie des Antisemitismus entdeckt zu haben glaubt: Kritik an der israelischen Politik.

Wir, die Unterzeichner des vorliegenden Briefes, haben die unterschiedlichsten politischen Weltanschauungen. Wir gehören unterschiedlichsten Organisationen und Vereinen an oder sind parteilose Privatpersonen. Auch teilen viele von uns die Positionen der in Ihrer Aussendung kritisierten Antimperialistischen Koordination (AIK) in keinsten Weise. Uns verbindet im Grunde nichts anderes als die Tatsache, dass wir in – in unterschiedlichster Form – Kritik an der Besatzungspolitik des israelischen Staates üben.

Mit Bestürzung mussten wir die Aussendung des DÖW „Die Antimperialistische Koordination (AIK) – Antisemitismus im linken Gewand“ vom 28. Jänner 2003 zur Kenntnis nehmen. Sie betrifft zwar in erster Linie die AIK, doch ist aus dem Dokument unschwer abzulesen, dass der Angriff gegen alle gerichtet ist (oder in Zukunft gerichtet werden soll), die in der einen oder anderen Form Kritik an der israelischen Politik üben. Wie sonst soll die kommentarlose Apostrophierung als antisemitisch von Aussagen, welche die (Un)taten der israelischen Armee im Flüchtlingslager Jenin oder die systematische Diskriminierung der arabischen Staatsbürger Israels thematisieren, aufgefasst werden.

In der Tat scheint die Aussendung des DÖW festschreiben zu wollen, was wir seit längerer Zeit mit großem Bedauern in einigen Medien (nicht nur in kommerziellen, sondern auch in sogenannten alternativen, sich als links verstehenden wie etwa „In-

dymedia“) sowie im öffentlichen Auftreten der Israelitischen Kultusgemeinde und nun auch des DÖW beobachten mussten: 1) Jedwede Kritik an Israel ist per se antisemitisch; 2) Eine Diskussion um die Inhalte dieser Kritik ist weder erwünscht noch möglich, sondern muss verhindert werden; 3) Zu diesem Zwecke bedient man sich unlauterer Methoden wie aus dem Zusammenhang gerissener und oft unüberprüfter Zitate, Halbwahrheiten, Behauptungen, unzulässiger Vergleiche und Gegenüberstellungen sowie Diffamierungen.

Wir halten dazu fest: 1) Wir weisen die Gleichsetzung von Kritik an Israel mit Antisemitismus zurück; 2) Wir haben uns immer gegen Antisemitismus, Faschismus und Rassismus eingesetzt; 3) Aus eben diesem Grund kritisieren wir die völkerrechtswidrige Besatzungspolitik Israels und setzen uns für eine Lösung des Nahostkonfliktes ein, die allen in der Region lebenden Menschen gleiche Rechte garantiert; 4) Eine inhaltliche Auseinandersetzung zu diesem Thema wurde von uns immer begrüßt und gesucht. Von Seiten jener, die Kritik an Israel als antisemitisch bezeichnen, wurde sie hingegen immer abgelehnt und verhindert; 5) Wir werden trotz dieser bedauerlichen Entwicklungen an unserem Engagement festhalten und fordern weiterhin zu einem Dialog über die Inhalte unserer Kritik an Israel auf.

„Diejenigen, die jede Kritik an Israel verurteilen, schaden Israel damit. Die einzige Möglichkeit die nationale, ethnische und konfessionelle Existenz der jüdischen Bevölkerung im Nahen Osten zu sichern, ist zu zeigen, dass es keine vollkommene Identität zwischen der israelischen Politik und dem israelischen Volk gibt. Hingegen ist der Versuch Kritik an Israel zum Schweigen zu bringen und Solidarität mit den Palästinensern zu verurteilen das schlimmste Geschenk, das man dem israelischen Volk machen kann. (...)“

Wenn die Solidaritätsbewegungen mit dem palästinensischen Volk in Europa eine klare Linie ziehen zwischen ihrem gerechten Kampf auf der einen und jedweder Art von Rassismus und Faschismus auf der anderen Seite und wenn sie sich dann in ihrem Kampf nicht beirren lassen, so ist dies das größte Geschenk, das sie dem israelischen Volk machen können. Darum appelliere ich an Sie: Lassen Sie sich nicht in die Defensive drängen, fahren Sie in Ihrem

Kampf fort. Es ist der beste Weg, die jüdische Existenz im Nahen Osten zu sichern.“ (Michel Warschawski vom *Alternative Information Center* in Jerusalem während seines Vortrags „Ist Antizionismus gleich Antisemitismus?“ in Wien am 12. Jänner 2003)

Wien, 12. Juni 2003

UnterzeichnerInnen:

Paula Abrams-Hourani, *Frauen in Schwarz, Wien*
 Tom Allahyari, *Wien*
 Johann Anthofer, *antifaschistischer Widerstandskämpfer, Seniorsprecher des Antifaschistischen Personenkomitees Burgenland*
 Wilfried Bader, *parteionabhängiger Gemeinderat Angerberg, Tirol*
 Gunnar Bernhard, *Sozialarbeiter, Wien*
 Dr. Andrea Bertolini, *Journalist, Wien*
 Daniel Buell
 Gerhard Drexler, *KPÖ Wien*
 Manfred Ebner, *Landesvorsitzender KPÖ Tirol*
 Juno Sylva Englander, *Global Mothers, Wien*
 Jürgen Enser, *KSV Linz*
 Mag. Andreas Fabisch, *KPÖ*
 Helmut Fellner, *Arbeiterkammerrat, Wien*
 Margarethe Gal, *antifaschistische Widerstandskämpferin*
 Werner Gilits, *Berufsschullehrer, Wien*
 Rudolf Glanz, *KPÖ Wien*
 Dr. Günther Grabner, *KPÖ Oberösterreich*
 Beatrix Grasenick, *Angestellte, Wien*
 Elisabeth Gschaidner, *Angestellte, Wien*
 Sonja Jamkojian-Huber, *Friedensbüro Wien*
 Dr. Haimo Handl, *Politikwissenschaftler, Wien*
 Angelika Hipfinger, *Studentin, Wien*
 Dr. Hannes Hofbauer, *Verleger, Wien*
 Irmgard Hubauer, *Projektbeauftragte Wirtschaftsuniversität Wien*
 Oliver Jonischkeit, *ÖGB-Sekretär*
 Elke Kahr, *Gemeinderätin Graz*
 Ernst Kaltenecker, *KPÖ-Stadtrat, Graz*
 Martin Khull-Kholwald, *Gemeinderat Graz*
 Etsuko Kondō, *Musikerin, Mitglied der japanischen Kampagne „Kinder für Palästina“, Wien*
 Angela Kreilinger, *Schriftstellerin, Wien*
 Elisabeth Lindner-Riegler, *Lehrerin AHS-Vereinsgasse, Wien*
 Gerhard Mack, *KPÖ Wien*
 Peter Melvyn, *Frauen in Schwarz, Wien*
 Prof. Hans Mikosch, *Technische Universität Wien*
 Dr. W. Murgg, *Gemeinderat Leoben*
 Alexander Muth, *Übersetzer, Wien*

Vom Pazifismus zum Antiamerikanismus

Überlegungen zum Stimmungswandel

angesichts der angloamerikanischen Aggression gegen den Irak

Der amerikanische Angriffskrieg hat eine in den meisten Medien mit Sorge zur Kenntnis genommene antiamerikanische Stimmung auch in Europa erwachsen lassen. Wir veröffentlichen im Folgenden eine Analyse zu Hintergrund, Charakter sowie Chancen und Risiken des Antiamerikanismus, die noch vor der Kapitulation des Saddam-Regimes, doch bereits im Zeichen dieser verfasst wurde.

Wolkenkuckucksheim Neue Weltordnung

Der lange angekündigte Krieg gegen den Irak hat in breiten Teilen der Bevölkerung zu einer tiefsitzenden Desillusionierung und Frustration hinsichtlich des globalen politischen Systems geführt. Obwohl der Gang der Dinge abzusehen war, wollten viele einfach nicht glauben, dass der Neuen Weltordnung, die 1991 nach dem Krieg gegen den Irak ausgerufen wurde, auf diese Art, nämlich von innen, aus ihrem Herz selbst, der Todesstoß versetzt würde. Denn die Illusionen in die damals verkündeten universalen Werte, die sich anmaßen das Ende der Geschichte zu markieren, waren groß. Frieden und Entspannung, Demokratie und Menschenrechte sowie Prosperität durch den liberalen Kapitalismus waren im Blitz und Donner des Krieges der Heiligen Allianz 1991 versprochen worden. Der Versuch kollektiv Einfluss auf den Gang der Geschichte zu nehmen, wurde pauschal als Totalitarismus verurteilt. Es war die Stunde des Triumphs des Kapitalismus, eine sich samten wollende Konterrevolution, die sich als vermeintliche Erfüllung der Verheißungen der Aufklärung tief in die Hirne der westlichen Intelligenz eingebrannt hat.

Als es 1994 im Mexiko zum zapatistischen Aufstand kam, wurde dieser zum Anlass für eine erste vorsichtige Kritik am ungebremsten Liberalismus genommen. Eine Kritik, die jedoch selbst im Rahmen dieses Systems verblieb – letztlich eine linke Variante des Liberalismus bildete. Diese Bewegung verbreiterte sich und wur-

de zur Antiglobalisierungsbewegung. Wie sehr sie jedoch an den Dogmen der Neuen Weltordnung festhielt, zeigte ihre Reaktion auf die Nato-Aggression gegen Jugoslawien 1999. Da ging es laut amtlicher und medialer Darstellung darum, die genannten „westlichen Werte“ gegen „Schurken und Barbaren“, die diese gefährdeten, zu verteidigen. Die humanitäre Militärintervention war geboren und verdeckte gekonnt die imperialistischen Machtinteressen, die dahinter steckten. Die Tatsache, dass es sich bei Milošević um einen Linken handelte, dessen Regierung als einzige der kapitalistischen Konterrevolution in Osteuropa Widerstand entgegengesetzt hatte, sprach letztendlich nur gegen ihn – denn jedes Festhalten an den Zielen des einstmals als sozialistisch geborenen Jugoslawien (so rudimentär und deformiert dies auch immer sein mag) galt als Totalitarismus. Die nächste Etappe war der Ausbruch der neuen Intifada im Jahr 2000. Das geknechtete palästinensische Volk zeigte mit seinem Widerstand, dass es nicht bereit war einen israelisch-amerikanischen „Frieden“ zu akzeptieren, der seine völlige Unterwerfung und Vernichtung als Nation impliziert hätte. Mit der vorbehaltlosen Unterstützung für die israelische Unterdrückungspolitik zeigte einerseits die amerikanische Weltordnung ihren kolonialen und imperialen Charakter. Es darf nicht unterschätzt werden, wie sehr die von den USA gesponserte Entspannung in Nahost, in Mittelamerika und Südafrika ihr Image nach dem kalten und schmutzigen Krieg aufpoliert hatte. Andererseits stellte das palästin-

ensische Volk unter Beweis, dass Widerstand möglich ist. Mit den chauvinistischen Konvulsionen im Gefolge des 11. Septembers konnten die USA ein letztes Mal einen weitgehenden Konsens für ihre Aggression gegen Afghanistan erzielen, obwohl die Überzeugungskraft ihrer Argumente deutlich abnahm. Dies rührte nicht so sehr von der Tatsache her, dass sie keinerlei Beweise für die Täterschaft Bin Ladens und al-Qa'idas vorweisen konnten und es bis heute nicht können. Sondern vielmehr, dass sie es selbst waren, die den politischen Islam jahrzehntelang unterstützt hatten – insbesondere in Afghanistan gegen die UdSSR. Nun Demokratie und Menschenrechte ins Treffen zu führen, hatte nicht nur für viele Vertreter der universalen „westlichen Werte“, sondern selbst für jene des „christlichen Abendlandes“ einen mehr als schalen Beigeschmack. Zu sehr handelte es sich beim „Krieg gegen den Terror“ um einen mehr oder weniger offen deklarierten Rachefeldzug, um den verlorenen Mythos der Unverwundbarkeit wiederherzustellen. Erstmals standen auch medial die „nationalen Sicherheitsinteressen“ der USA im Vordergrund, ein Begriff der schon viel leichter als „imperialistische Machtinteressen“ zu dechiffrieren ist.

Die Tatsache, dass die „internationale Gemeinschaft“, sprich die anderen imperialistischen Staaten, ihre Verbündeten und die von ihnen abhängigen Staaten für den Krieg gegen den Irak ihr Placet nicht gaben, bezeichnet das Ende des ganzen Zyklus der Neuen Weltordnung. Statt ewig hielt sie gerade einmal ein gutes Jahrzehnt. Die übergroße Mehrheit der europäischen Bevölkerung ist gegen den Krieg und begreift ihn zutreffend als Ausdruck amerikanischer Hegemonialbestrebungen. Die amerikanische Aggression hat den Traum von der universalen Durchsetzung der „westlichen Werte“ mittels des unter der

Kathrin Niedermoser, *KPÖ Salzburg*

Engelbert Novak, *KPÖ*

Univ. Prof. Gerhard Oberkofler, *Innsbruck*

Karin Oberkofler, *KPÖ Tirol*

Andreas Pecha, *Friedensbüro Wien*

Josef Pfeifer, *Eisenbahner, SPÖ Wien*

Werner Pirker, *Journalist, Wien*

Alexandra Pomper, *Kulturverein Kanafani, Wien*

Michael Pröbsting, *ArbeiterInnenstandpunkt, Wien*

Walter Ratley, *Angestellter, Wien*

Dr. Rudolf Reiter, *Richter, Salzburg*

Lisl Rizy, *KPÖ Wien*

Charlotte Rombach, *KPÖ Wien*

Waltraud Schauer, *Pensionistin, Wien*

Selma Schlacht, *KPÖ Wien*

Anna Schmid, *Lehrerin, Wien*

Karl Schmid, *Angestellter, Wien*

Florian Schwanninger, *KPÖ*

DI Reinhard Seiß, *Raumplaner, Wien*

Dr. Petra Stöckl, *Akademie der Wissenschaft-*

ten, Innsbruck

Claudia Trost, *KPÖ Salzburg*

Gabriele Vana-Kowarzik, *Rechtsanwältin, Wien*

Willi Weinert, *Alfred Klabr Gesellschaft*

Walter Winterberg, *KPÖ Wien*

Hanno Wisiak, *KSV Graz*

Edgar Wolf, *KPÖ Salzburg*

Baruch Wolski, *Angestellter, Wien*

Erna Zanger, *KPÖ Wien*

Othmar Zendron, *Lehrer, GÖD EBSL 14, Wien*

Führung der USA vereinigten Westens zum Albtraum werden lassen.

Widersprüchlicher Pazifismus – Europa und die 68er

Doch die neu entstandene Stimmung in den breiten Massen sowie in der Intelligenz ist sehr widersprüchlich. Besonders in Deutschland und Österreich dominiert in den breiten Mittelschichten eine pazifistische Grundhaltung, die sich letztendlich die vermeintlich goldene Zeit der Neuen Weltordnung zurückwünscht. Im Unterschied zu 1999 als Jugoslawien als Störenfried dieser Ordnung erschien, sind es aber nun die USA selbst, die sich von deren Beschützer zu ihrem Zerstörer gewandelt zu haben scheinen.

Dieser Pazifismus kann auf eine lange Formierungsgeschichte zurückblicken. Sie begann mit der Erfahrung des Zweiten Weltkrieges und dem vor allem in den Unter- und Mittelschichten weit verbreiteten bürgerlich-demokratischen Wunsch nach Frieden (im Gegensatz zum revolutionär-sozialistischen nach dem Ersten Weltkrieg). Zwar setzte sehr bald der Kalte Krieg ein, in dem die Bourgeoisie durch den unerhörten kapitalistischen Aufschwung die Gesellschaft über alle Schichten hinweg in antikommunistischer Funktion zu mobilisieren vermochte. Doch der bürgerliche Pazifismus blieb in Form der Ostermarschbewegung erhalten. Die Periode zwischen 1968 und 1989/91 sah einen tiefgreifenden Umbau dessen was Gramsci die Zivilgesellschaft nannte, des kulturellen Überbaus zum Erhalt des Kapitalismus. Der italienische Philosoph Costanzo Preve brachte es auf den Punkt: „Der Inhalt der 68er Revolte war eine antibürgerliche und philo-kapitalistische Erneuerung im sittlichen Bereich.“⁴¹ Ein Element dieses Umbaus, der institutionell vom Aufstieg der SPD geprägt wurde, drückte sich in der deutschen Ostpolitik aus, die statt des offenen Konflikts den Ausgleich propagierte, während sie dem Inhalt nach dennoch auf die bedingungslose Kapitulation der realsozialistischen Staaten abzielte. Es handelte sich um keine Revolution, sondern um den „Marsch durch die Institutionen“, um Reformtendenzen, die erst unter der Bedingung der Niederlage des Warschauer Vertrags voll zum Durchbruch kommen konnten. In der Friedensbewegung der 80er Jahre gegen die Nato-Todrüstung der UdSSR kam es nochmals zur Frontstellung mit der Bourgeoisie. Nach 1991 eroberte die gewendete Linke dann nicht nur den Ideologieapparat, sondern selbst die Spitzen der Staatsmacht. Niemand verkörpert dieses historische Moment besser als

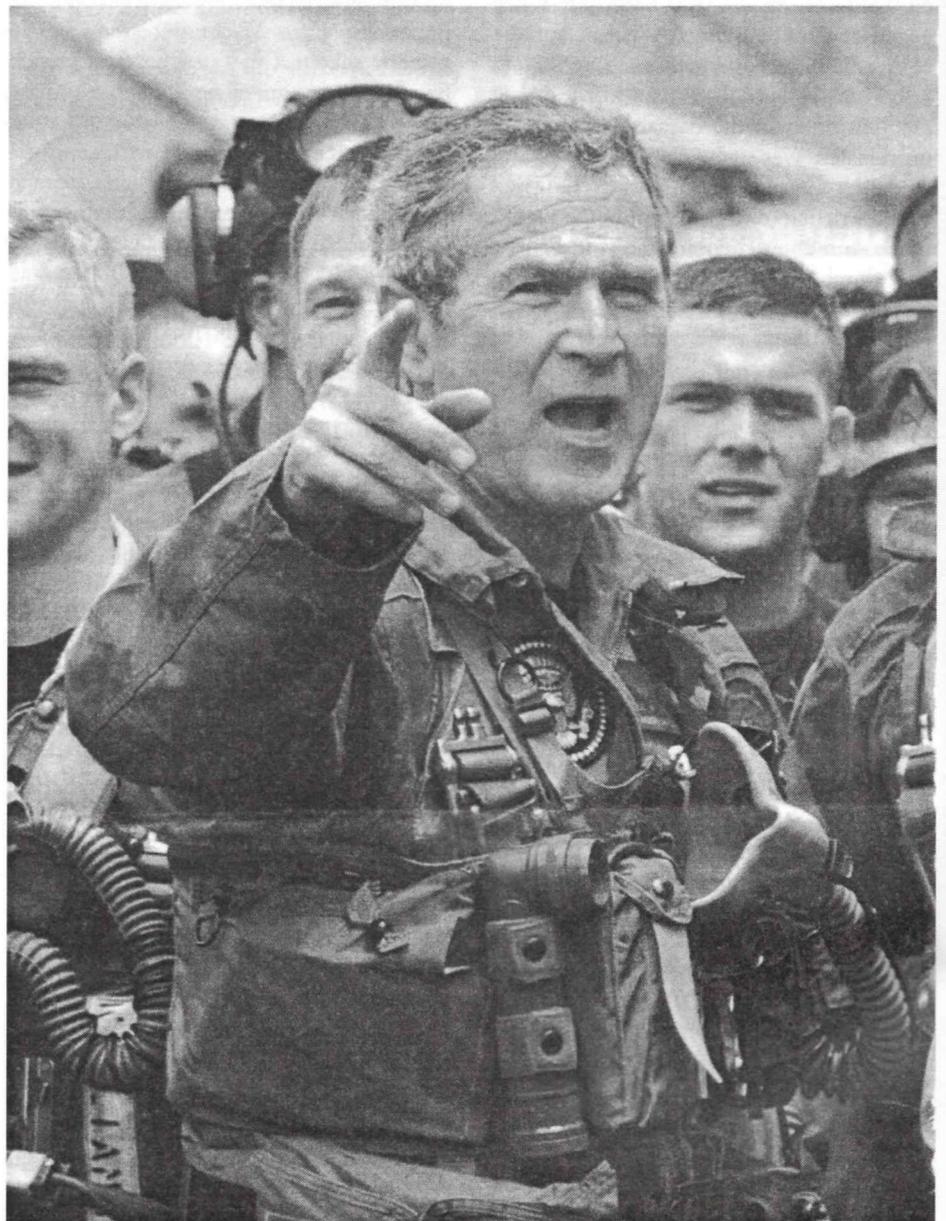
Joschka Fischer. Ihrer letzten antikapitalistischen Elemente beraubt, wurden ihre Ideen von Frieden und Antifaschismus zur Staatsdoktrin erhoben und sogleich im Versuch am Balkan erneut Fuß zu fassen, einer praktischen Nutzenanwendung zugeführt. Um des Friedens, der Demokratie und des antifaschistischen Erbes Willen müsse man gegen den Hitler von Belgrad einen humanitären Krieg führen – auch das kann Pazifismus sein.

Konsequenterweise richten sich im Vorfeld des nun tobenden Krieges die Hoffnungen der Öffentlichkeit im Wesentlichen auf die deutsche und französische Regierung, der Aggressivität der USA Einhalt zu gebieten und sie wieder in die vermeintliche „Weltgemeinschaft“ der Uno zurückzuholen, der gemeinsam 1991 die Feuertaufe verliehen wurde. Diese Haltung steht keineswegs im Widerspruch zu jener von 1999, als es darum ging mit Waf-

fengewalt gegen Jugoslawien vorzugehen oder auch nicht von 2001, wo es gegen den angeblich von Afghanistan ausgehenden „Terror“ ging. Diese Kriege wurden als friedenserhaltend wahrgenommen, denn sie verteidigten jene schon damals bedrohte und nun entzauberte Neue Weltordnung.

Es sei darauf verwiesen, dass die Größe der Mobilisierungen und das Ausmaß der Ablehnung des angloamerikanischen Krieges natürlich auch mit der Haltung der Regierungen und des Medienapparates im Wechselverhältnis steht. Das macht sich im Fehlen eines kapillaren politisch-organisatorischen Netzwerkes bemerkbar, das noch in den 80er Jahren fähig war gegen den Medienapparat zu mobilisieren, während die heutigen Demonstrationen im Wesentlichen auf diesen aufgebaut sind.

Die widersprüchliche Interessenslage der französischen und deutschen Bourgeoisie schränkt ihren Handlungsspielraum



gegen den Krieg sehr stark ein. Ihre Oppositionsbestrebungen sind verurteilt auf diplomatischer Ebene zu verbleiben. Die so einfach und selbstverständlich erscheinende Wahrnehmung der nationalen Souveränität, welche die Sperrung des Luftraumes oder der US-Einrichtungen auf dem eigenen Hoheitsgebiet beinhalten würde, darf nicht einmal gedacht werden. Die europäischen Mittelmächte sind zur Aufrechterhaltung des globalen Kapitalismus auf die Schirmherrschaft der USA angewiesen, so drückend sie ihnen auch erscheinen mag. Im zu erwartenden Gezerre um die Errichtung eines Besatzungsregimes wird dieser Widerspruch voll zu Tage treten. Denn einerseits wollen die Verweigerer nicht gänzlich von der im Irak von den Amerikanern in Beschlag genommenen Beute ausgeschlossen werden, andererseits besteht die Eintrittskarte zum großen Fressen in der nachträglichen Legitimation der Aggression durch die Uno.

Zurück zur Massenstimmung: Die verbreitete persönliche Schuldzuweisung an George W. Bush ist ebenso Ausdruck des fortbestehenden Vertrauens und auch der Hoffnung in das Weltssystem. Bush sei primitiv und ungebildet. Die aggressive Linie sei der Privatkrieg seiner Beraterclique. Quasi aus einem historischen Betriebsunfall heraus hätte eine protestantisch-fundamentalistische Sekte die Zentren der Macht usurpiert, könne und müsse von dort wieder entfernt werden. So könne der „normale“ Lauf der Dinge wieder hergestellt werden. Unter Clinton wäre das jedenfalls nicht passiert. Diese Sicht der Dinge vergisst, dass in den Vereinigten Staaten die Ergebnisse der Wahlen genauso wenig zählen wie die Nuancen zwischen Parteien selbst. Es ist der militärisch-industrielle Komplex, die große Bourgeoisie, die über verschiedenste Kanäle – von denen das Lobbying nur die bekannteste der vielen Formen ist – direkten Einfluss auf die Administration nimmt. Die nun an der Spitze des Staates befindlichen Neokonservativen üben bereits unter Clinton erheblichen Druck aus und verfügten über einen nicht zu unterschätzenden Rückhalt im US-Regime. Selbst wenn Bush den zweifelhaften Wahlsieg nicht davongetragen hätte, kann davon ausgegangen werden, dass die US-Oligarchie nach dem 11. September jenen Kräften, die offen ihre Opposition gegen die US-Weltherrschaft proklamierten, den Krieg erklärt hätten. Vielleicht hätten sie einen anderen Ton gewählt und mehr Wert darauf gelegt, die Verbündeten nicht vor den Kopf zu stoßen. Aber in der Substanz ist die Politik Bushs keineswegs die Konzeption eines ver- und entrückten religiö-

sen Eiferers, sondern die durchaus rationale Interessensvertretung einer Bourgeoisie, die gegen die zunehmenden Spannungen in ihrem globalen System nur mehr auf das Mittel der Gewaltanwendung zurückgreifen kann. Es ist der Versuch einem Zusammenbruch vorzubeugen.

Auch wenn der irakische Widerstand zunächst überraschend stark erschien, so war der Krieg von militärischen Gesichtspunkten aus dennoch nicht zu gewinnen. Zwar werden die Besatzer Schwierigkeiten haben ein stabiles Regime zu errichten, während sie die Spannungen und Konflikte in der Region nur weiter anheizen. Im Westen wird der Krieg trotz allem als Sieg dargestellt werden können. Angesichts dieser Verhältnisse erleben die europäischen Massen sowie die Intelligenz ihre gänzliche Handlungsunfähigkeit, ihre Ohnmacht. Diese Impotenz wird sich in zunehmender Abneigung gegen die Vorherrschaft der USA ausdrücken, in einem Anwachsen des Antiamerikanismus, wie er bereits heute von den Medien beklagt wird.

Linksliberaler Antiamerikanismus

Bis vor nicht allzu langer Zeit waren nicht nur die europäischen Bourgeoisien und ihre politischen Apparate aufs engste mit den Vereinigten Staaten verbunden, sondern auch die dominante linksliberale Intelligenz sah die USA als Garanten der Stabilität der Weltordnung an, die sie grundsätzlich befürwortete. Selbst jene Strömungen, die sich in Form der Antiglobalisierungsbewegung gegen den entfesselten Liberalismus zur Wehr setzten, akzeptierten in gewisser Weise die amerikanische Vormachtstellung.

Globalisierung bezeichnet in letzter Instanz die Vorherrschaft der USA, der amerikanischen Nation, in allen Belangen, sei es wirtschaftlich, politisch, militärisch oder auch kulturell. Im Unterschied zu anderen Nationen hat der amerikanische Nationalismus, der Amerikanismus, nicht nur einen universalen Anspruch, sondern hat es auch geschafft diesen zu vermitteln. Am „amerikanischen Traum“ könne jeder teilhaben. Nicht nur indem man ins „Land der großen Freiheit“ auswandere, sondern auch in dem man den „amerikanischen Werten“ auf der ganzen Welt folge und Geltung verschaffe. Der „American way of life“ sei überall erstrebenswert. Man brauche nur das freie Spiel der Marktkräfte zuzulassen, so werde sich der Bessere und Tüchtigere zum Nutzen der gesamten Gesellschaft durchsetzen.

Selbst von der Antiglobalisierungsbewegung wird die vermeintliche Überwindung der Nationen, des Nationalismus als

Fortschritt bewertet. Sie meint damit der marxischen Idee ihrer Aufhebung näher gekommen zu sein und sieht dabei nicht, dass es sich um die Herrschaft einer einzigen Nation, namentlich der Vereinigten Staaten von Amerika, handelt, deren universalistischer Anspruch diese Illusion erst ermöglicht. Der Internationalismus wird in positivistischer Weise von seinem Ziel, dem Sturz der Bourgeoisie, abgekoppelt. Gleichzeitig erhält der Kapitalismus gar einen progressiven Charakter, da er scheinbar die nationalen Grenzen einreißt. Daher ginge es nicht darum, die Globalisierung als ganze zu bekämpfen, sondern ihr eine eben solche von unten gegenüber zu stellen. Das ist der Kerngedanke der Theorie Toni Negris, die ihre Popularität der Tatsache verdankt, dass sie die Quintessenz der Antiglobalisierungsbewegung auf den Punkt bringt. Politisch konkret bedeutet das nichts anderes als den Amerikanismus zu akzeptieren, ihn aber gleichzeitig sozialdemokratisch reformieren zu wollen. Der von den USA entfesselte permanente Terrorkrieg hat dieses „schwache Denken“ wie es Costanzo Preve nennt, aus seinem Wolkenkuckucksheim auf den Boden der harten Realität geholt. Auch Negri und seine Anhänger scheinen mit einem pro-europäischen Schwenk dem Rechnung zu tragen.

Die veränderten Verhältnisse geben Anstoß für eine neue Strömung innerhalb der Intelligenz. Bisher wurde vom Linksliberalismus den USA die Aufgabe zugeordnet, jene „westlichen Werte“ zu verteidigen, die im Gefolge der Ereignisse von 1989/91 als Endergebnis eines langen und von Wechselfällen und Rückschlägen geprägten Prozesses der Aufklärung galten. Angesichts des augenfälligen Verstoßes der Weltenlenker in Washington gegen die von ihnen selbst ausgerufene Weltordnung, geht nun das Staffelholz der Zivilisation wieder in die Hände des „alten Europa“ über. „Die Ideen der Aufklärung mögen vor zweihundert Jahren weitergehend verwirklicht gewesen sein (...), mittlerweile sind die USA Nachzügler sogar ihrer eigenen Ideen geworden: (...) ein Entwicklungsland der Aufklärung.“² Robert Menasse zählt sinngemäß folgendes Sündenregister auf: Europa sei friedlich, die USA gewalttätig. Europa sei rechtsstaatlich aufgebaut und respektiere das Völkerrecht, die USA wären geprägt von einem kasuistischen Rechtssystem mit bisweilen barbarischen Urteilen. Auf internationaler Ebene würden sie nur mehr das Faustrecht anerkennen. Europa habe den Nationalismus überwunden und stelle sich die Aufgabe die Nationen zu verschmelzen, während

die USA „Politik noch immer nur als nationale Interessenspolitik“ begriffen. Europa kenne den sozialen Ausgleich, die USA nur die Klassengegensätze.

Selbst die heilige Kuh der linksliberalen Totalitarismustheorie, die Befreiung vom Faschismus durch Amerika, wird zwar noch nicht geschlachtet, aber doch relativiert. „Die USA ließen den Franco- und den Salazar-Faschismus ebenso intakt, wie sie hochrangige Nazis schützten, soweit sie ihnen im Kalten Krieg nützlich waren.“

In diesen Beobachtungen sind durchaus richtige und nur allzu wahre Elemente enthalten. Tatsächlich hat die europäische Bourgeoisie aus Angst vor dem Kommunismus einige Forderungen der Aufklärung erfüllt, oder besser, sich ihnen zumindest angenähert, während die USA dies zum Herrschaftserhalt nicht notwendig hatten. Doch zunächst einmal vergisst diese Sichtweise, dass das Maastricht-Europa alles tut, um die liberalen Dogmen in die Praxis umzusetzen. Die Angriffe auf die sozialen Errungenschaften sowie die autoritäre Panzerung des Staates gehen zügig voran. Die EU verhält sich dabei päpstlicher als der amerikanische Papst. Ganz abgesehen von der intendierten Militarisierung der EU, die unter gewissen Umständen ein Gegengewicht gegen die erdrückende Übermacht der USA darstellen könnte, aber im Kern selbst auf die Absicherung imperialistischer Interessen zielten, namentlich jener Frankreichs in Afrika und jener Deutschlands in Südosteuropa. Doch viel wichtiger ist die grundsätzliche Unterstützung, die der Linksliberalismus weiterhin dem imperialistischen Kapitalismus gibt. Statt der amerikanischen Bourgeoisie ist es nun die europäische in der institutionellen Form der EU, der die Aufgabe der Verwirklichung der Aufklärung übertragen wird.

Der österreichische Grüne Peter Pilz, der sich seinerzeit heftig für das österreichische Mitmischen auf der Seite Deutschlands gegen Jugoslawien stark gemacht hatte, geht diesen Weg noch radikaler. In seinem Buch „Mit Gott gegen alle. Amerikas Kampf um die Weltherrschaft“ zählt der ehemalige Trotzkiist schonungslos die Verbrechen des US-Imperialismus auf und lässt kein gutes Haar am „Hort der Freiheit“. Die logische Konsequenz daraus sei, dass Europa, die EU selbst die militärischen Kapazitäten entfalten müsse, die zur Weltpolitik notwendig seien. Die Alternativen: „europäische Sicherheitsgemeinschaft oder Nato“.³ Europa als der humane und aufgeklärte Imperialismus.

Noch deutlicher als in der Intelligenz, die trotz allem in ihrer wirksamen Mehrheit noch immer proamerikanisch bleibt,

ist der Stimmungswandel in den Tiefen der Unter- und Mittelschichten. In der Kriegssituation steht das Moment eines gesetzten, bürgerlichen Pazifismus im Vordergrund, eine moralische Entrüstung über die USA, die die Weltordnung gefährden, von der man selbst profitiert. Das mischt sich mit einem Unbehagen gegen den ungezügelter Liberalismus und dem Wunsch nach Erhalt der gefährdeten sozialen und demokratischen Errungenschaften. Gleichzeitig gibt es einen Reflex der Suche nach einer eigenen nationalen Identität, die auch den bekannten kulturchauvinistischen Aspekt enthält. Meist gegen die Arbeitsimmigranten und die Dritte Welt im allgemeinen gerichtet, kann er sich aber auch an den USA abstoßen. Die „westlichen Werte“ von 1991 kombiniert mit dem sozialdemokratischen regulierend eingreifenden Sozialstaat werden nun der realen politischen Praxis der USA entgegengestellt, die ihre eigenen Proklamationen zu offensichtlich mit Füßen treten. So handelt es sich um eine Melange fortschrittlicher und reaktionärer Momente die sich in einem neuen Antiamerikanismus bündeln. An beiden Momenten kann von unterschiedlichen Seiten angesetzt werden. Die Resultante ist nicht im vornherein ausgemachte Sache.

Am Phänomen FPÖ kann gezeigt werden, wie eine reaktionäre Kraft die Stimmung zu instrumentalisieren versuchte und an welche Grenzen sie stieß. Virtuos machte sich Haider zum Sprachrohr dieser Stimmung, Reaktionäres und Fortschrittliches vermischend, wechselnd, austauschend. Fast avantgardistisch griff er die Irak-Frage auf, damals noch gegen die Mehrheit, heute mit seinem Buch „Zu Gast bei Saddam im Reich des Bösen“ schon viel näher am Mainstream. Die zum Linksliberalismus mutierte Linke erwies sich unfähig und unwillig das Phänomen zu verstehen und hing ihm das Etikett „rechtsradikal bis neofaschistisch“ um. Tatsächlich handelte es sich zumindest teilweise um einen widersprüchlichen Protest gegen den Liberalismus der von den „Linken“ selbst exekutiert wurde. Um sich von der kapitalistischen Abbaupolitik zu entlasten kam es letzteren gelegen, sich selbst als antifaschistisch zu bezeichnen und den Protest als proto-faschistisch abzutun. Doch das wirkliche Problem Haiders war, dass er und seine Partei – sowie ein guter Teil der Anhängerschaft – im Kern bürgerlich-kapitalistisch bleiben, an die Regierungsmacht gelangt den Liberalismus trotz noch so gekonnten Doppelspiels fortsetzen und setzen und so die Glaubwürdigkeit als plebejische Partei verloren haben. Letztendlich hätte die Haiderei nur überleben können,

wenn sie bereit gewesen wäre sich vom bürgerlich-kapitalistischen Kern abzuspalten und den Schritt zum Linkspopulismus gemacht hätte, vielleicht kombiniert mit westlichem Kulturchauvinismus gegen Arbeitsimmigranten.

Antiamerikanismus und Antiimperialismus

Der neue Antiamerikanismus enthält also durchaus einige fortschrittliche Elemente: ganz offensichtlich eine Ablehnung des imperialistischen Krieges gegen den Irak sowie in der Tendenz eine Opposition gegen die globale Vorherrschaft der USA, die der einzige Garant des kapitalistischen Weltsystems sind. Eine Verteidigung der sozialen und demokratischer Errungenschaften, wie sie den Unter- und Mittelklassen in den letzten fünfzig Jahren in Europa zugestanden wurden – und natürlich gleichzeitig auch zu ihrer politischen Zähmung und Einbindung gedient haben.

Während einfache soziale und demokratische Forderungen unter den heutigen Bedingungen kein ausreichend antagonistisches Moment enthalten und in der einen oder anderen Form notwendig im sozialdemokratisch-linksliberalen Sumpf versinken, das Roll-back der Bourgeoisie etwas zu dämpfen, so verändert sich ihr Charakter wesentlich, wenn sie in einen antiamerikanischen politischen Rahmen eingebettet werden. Insofern als die Bourgeoisie sowie ihr politischer und zivilgesellschaftlicher Apparat sowohl in der rechts- wie auch in der linksliberalen Variante in der Substanz proamerikanisch bleiben müssen, enthält der Antiamerikanismus potentiell ein jakobinisch-antagonistisches Element, das von einem antiimperialistischen Kern organisiert und geführt werden kann. Während der reine Antiimperialismus heute zur Existenz als kleine Minderheit verurteilt bleibt, kann er sich in Form des Antiamerikanismus popularisieren, verbreiten, sich eine Massenbasis schaffen. Über eine längere Periode kann sich auf diesem Weg wieder ein antagonistisches antikapitalistisches Subjekt in Europa etablieren.

Linke Widerstände gegen den Antiamerikanismus

Dagegen werden auch von Seiten jener, die sich als antiimperialistisch oder antikapitalistisch verstehen und sich an der Bewegung gegen den Irak-Krieg beteiligen, immer wieder Einwände ins Treffen geführt. So auch auf dem „Kongress gegen Krieg und Embargo“ in Wien am 28./29. März. Die wichtigsten Argumente sind dabei die folgenden:

Es könne nicht darum gehen, verschie-

dene europäische Imperialismen oder gar einen vereinigten EU-Imperialismus zu fördern oder zu unterstützen. Die europäischen Imperialismen schickten sich an ihre eigenen, ebenso imperialistischen Interessen gegen die USA zu vertreten und würden, in der Folge oder wenn sie könnten gleiche Methoden anwenden; Mit dem Antiamerikanismus würde man besonders in Deutschland und Österreich den alten pro-faschistischen Revanchismus erwecken; Der Antiamerikanismus würde die europäische und amerikanische Arbeiterklasse spalten.

In den ersten beiden Argumenten liegen wahre Momente, nur erscheinen sie im Gesamtkontext untergeordnet, während der dritte Einwand von einer dogmatischen Orthodoxie stammt, die zur praktischen Politik unfähig ist.

Die europäische Bredouille

Nach 1991 im Taumel der Wiedervereinigung zettelte Deutschland die Zerschlagung Jugoslawiens an und versuchte auf eigene Rechnung den ehemaligen südosteuropäischen Hinterhof zurückzugewinnen. Tatsächlich erschien es, als wolle die BRD wieder Großmachtspolitik gegen die Interessen der Verbündeten machen. Denn diese hatten zuvor Jugoslawien den „normalen“ Gang der kapitalistischen Konterrevolution zugeordnet, die den Erhalt der territorialen Integrität Jugoslawiens vorgesehen hätte.

Als zu stark und kräftig erwies sich indes der jugoslawisch-serbische Widerstand gegen die deutsche Intervention und deren lokale Verbündete. Spätestens ab 1995 mit dem Krieg in Bosnien und Kroatien musste Deutschland die Federführung an die USA abgeben, deren militärisches Eingreifen einzig die Situation retten konnte. Die Nato-Aggression von 1999 und der darauffolgende Putsch gegen Milošević zementierte die amerikanische Vorherrschaft gänzlich. Europa musste sich eingestehen, dass es zur Durchsetzung seiner ureigenen imperialistischen Interessen der amerikanischen Kriegsmaschine bedurfte.

Der Krieg gegen Afghanistan reproduzierte diese Verhältnisse nicht nur, er trieb sie auf die Spitze. Ausgehend vom gemeinsamen Interesse den arabisch-islamischen Widerstand gegen die imperialistische Weltordnung niederzuhalten, legten die Verbündeten nicht nur zum wiederholten Mal den Treueid gegenüber ihren Führern jenseits des Atlantiks ab. Wohl oder übel blieb ihnen nichts anderes übrig als den Rachefeldzug der gedemütigten Supermacht zu unterstützen, der augenfällig nicht mehr so sehr auf die gemeinsamen imperialistischen Interessen, sondern vielmehr auf die US-Sup-

rematie ausgerichtet war. Unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung wurde der permanente, präventive und globale Krieg gegen jegliche Opposition zur amerikanischen Weltordnung ausgerufen.

Konnten die Taliban ohne größere Gefahr rituell geschlachtet und mit billigen afghanischen Blut die Ehre der USA wiederhergestellt werden, so verfolgte das US-Regime von Anfang an die Niederwerfung seines Erzfeindes im Zweistromland. Doch nun ergab sich eine andere Interessenskonstellation: Der Irak stellte keine Bedrohung für europäische oder gar russische Interessen dar. Im Gegenteil setzte Bagdad seit Jahren auf die Kooperation mit Europa und Russland, um ein Gegengewicht zur schleichenden Erdrosselung durch die USA zu schaffen. Bagdad unterzeichnete Verträge, die den Partnern in spe reiche Geschäfte vor allem auch im Petroleum-Sektor versprochen. Im Jahr 2000 stellte der Irak die Fakturierung des Öls sogar auf Euro um.⁴ Für den Architekten des Nahen Ostens hingegen, sah und sieht die Sache anders aus. Neben dem bekannten Interesse an der direkten und alleinigen Kontrolle über die irakischen Ölreserven, geht es in erster Linie um den irakischen Widerstand gegen das amerikanische „Grand design“ der Region, gegen die *pax americana*, die die Araber gegenüber der amerikanisch-zionistischen Aggression gespalten hält und sie angesichts der wirtschaftlichen Ausplünderung zu ohnmächtigen Zusehern degradiert. Mit der Beibehaltung der vollständigen Verstaatlichung der Ölreserven sowie der Opposition gegen die Normalisierung mit Israel sicherte sich der irakische Ba'athismus den ersten Platz an der Spitze der Achse des Bösen.

Der Krieg soll am stärksten und unabhängigsten arabischen Staat ein Beispiel statuieren, wie mit arabisch-islamischen Widerstand verfahren werden wird. Der sich in den Volksmassen zusammenbrauende Gewittersturm soll präventiv eingeschüchert und zerschlagen werden bevor er die gesamte Region in Flammen zu versetzen vermag. Zweitens wird er den unterdrückten Völkern und Nationen der ganzen Welt signalisieren, dass Rebellion angesichts der drückenden amerikanischen Übermacht zwecklos sei und drittens soll den Partner-Rivalen ein Schuss vor den Bug gesetzt werden. „Wir sind die Herren im Haus, wir kommandieren und alle anderen haben sich unterzuordnen.“

Wenn die Ablehnungsfront keinen Einspruch gegen den Krieg erhoben hätte, so wäre das einer Legitimation und Festigung der monopolaren Weltordnung gleichgekommen, wie sie von der Sterne-

und-Streifen-Nation erstrebt wird. Versuchen musste es Chirac, auch wenn er lediglich zahnlose diplomatische Mittel zum Einsatz bringen konnte. Denn allein die Sperrung des Luftraumes hätte ein derartig tiefes Zerwürfnis mit den USA bedeutet, das Frankreich, Deutschland und Russland sich nicht leisten konnten und wollten. Schließlich sind sie Teil des kapitalistischen Weltsystems, dessen Stabilität einzig von den USA gesichert werden kann.

Auf kurze und mittlere Frist ist weder eine einzelne Nation, noch Bündnisse wie die EU in der Lage den globalen Führungsanspruch der USA in Frage zu stellen, geschweige denn herauszufordern. Dazu fehlen auf allen Ebenen, der militärischen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen, die Voraussetzungen. Die Vorherrschaft der USA ist durch zwei epochale Weltkriege etabliert worden. Nur die Sowjetunion konnte die Aggressivität der führenden imperialistischen Macht für eine bestimmte Zeit lang eindämmen. Die USA werden ihr Imperium niemals freiwillig aufgeben und haben zu dessen Aufrechterhaltung den permanenten, präventiven und globalen Krieg ausgerufen. Nur wenn sie diesen verlieren, können sie vom Sockel gestoßen werden. Den besorgten zweitrangigen Mächten geht es also nicht um ihren eigenen Führungsanspruch, sondern darum, nicht völlig entmündigt zu werden – das meinen sie, wenn sie von einer multipolaren Welt sprechen. Auf die amerikanische Sicherung des kapitalistischen Weltsystems kann und will keine dieser Mächte verzichten. Darum handelt es sich um untergeordnete Widersprüche, die keinesfalls antagonistischen Charakter haben.

Besonders realitätsfern ist die Einschätzung, dass die BRD offen gegen die USA rebellieren würde und den Westmächten wie schon zwei Mal zuvor den Rang abzulaufen versuchten. Deutschland ist politisch wie militärisch ein Zwerg. Trotz der formalen Zurückgewinnung der nationalen Souveränität 1991 stehen rund hundert tausend amerikanischen Truppen in Europa,⁵ der Großteil davon in der BRD.⁶ Die Geschichte schließt eine Neuaufgabe der Vereinigung Europas unter offener deutscher Vorherrschaft aus. Die EU, die vielfach als ein solches Projekt interpretiert wird, ist nicht nur angesichts des Irakkrieges zutiefst gespalten. Ihre Intention war von Anfang an ambivalent. Natürlich versuchte man wirtschaftliche und politische Macht zu gewinnen, doch die wirkliche Gemeinsamkeit blieb immer, dass dies unter der Schirmherrschaft der USA zu geschehen hätte. Die Idee des paneuropäischen Flügels des Linkliberalismus ist also

im Rahmen der EU zum Scheitern verurteilt. Um den USA wirklich etwas entgegen setzen zu können müsste ein Bündnis mit Russland und eventuell mit den aufsteigenden Mächten China und Indien angestrebt werden. Dies mag in einigen avantgardistischen Köpfen herumspuken, eine Strömung unter den Herrschenden inspiriert sie jedenfalls nicht.

Unter diesen konkreten Bedingungen, wo sich im Gegensatz zur Periode bis zum Zweiten Weltkrieg eben nicht zwei mehr oder weniger gleichwertige imperialistische Blöcke gegenüber stehen, können die Risse in der amerikanischen Vorherrschaft, Spaltungen und Konflikte nur die Schwächung des imperialistischen Systems als ganzes bedeuten. Aus antiimperialistischer Sicht ist die Multipolarität der Monopolarität vorzuziehen, wobei das keineswegs impliziert, dass man die kleineren Imperialisten gegen die USA unterstützt. Die französische oder deutsche Opposition gegen den Krieg ist aber sehr wohl einzufordern – wie sie sich in der Forderung nach dem UN-Veto ausdrückt –, denn sie stört den imperialistischen Krieg.

Nazi-Altlasten

Zwar ist der Alt- und Neufaschismus angesichts des alles dominierenden Liberalismus eine Marginalie, doch werden vor allem in den älteren Bevölkerungsteilen revanchistische Stimmungen tradiert. In ähnlicher Weise ist der Antisemitismus als Altbestand präsent. In Österreich haben krypto-profascistische Ideologen über die Kronenzeitung die Möglichkeit Einfluss auf die öffentliche Meinung zu nehmen.

Ein nicht zu unterschätzender moderner Faktor, der dieser Strömung Nahrung zuführt, ist der richtiggehende Missbrauch am antifaschistischen Erbe für die Legitimation des Linkliberalismus und Amerikanismus, der dessen plebejische Opfer und Gegner dazu verleitet, revanchistischen Ideen ein offenes Ohr zu leihen.

Doch ist die durchgängige Ablehnung des deutschnationalen Revanchismus durch die herrschende Klasse und ihren zivilgesellschaftlichen Apparat festgeschrieben – beim pro-europäischen Liberalismus oft noch mehr als beim konservativ-proamerikanischen.

In den Unter- und Mittelschichten ist der Deutschnationalismus unpopulär, während es einen weitverbreiteten demokratisch-antifaschistischen Konsens gibt. Jörg Haider hat das verstanden und versteckt seine einschlägige Vergangenheit. Der Antiamerikanismus wird mehrheitlich sozial, demokratisch und antiliberal aufgeladen und keineswegs faschistisch, soviel

die Kronenzeitung dafür auch schreiben mag. Analog dazu richtet sich der moderne Chauvinismus nicht mehr so sehr gegen Juden, sondern gegen Arbeitsimmigranten, heute insbesondere Moslems und Araber.

Zusammengefasst besteht aus zwei Gründen keine reale Gefahr in der anti-amerikanisch-revanchistischen Strömung: einerseits wird sie von der Bourgeoisie grundlegend abgelehnt und ist daher von der Macht ausgeschlossen und andererseits ist zumindest die Altnazirhetorik für die Massenstimmung – bis auf wenige regionale Ausnahmen – ungeeignet.

Die Gefahr für antiimperialistische Kräfte besteht als vor allem darin, das Feld des Antiamerikanismus modernen neorevanchistischen Kräften zu überlassen, die sich von ihrem ideologischen Ballast befreien, Wege finden den antiliberalen Unmut aufzugreifen und sich als radikale antagonistische Bewegung darstellen.

Im Grunde haben die antiimperialistischen und antikapitalistischen Kräfte die besseren Karten den entstehenden Antiamerikanismus in ihre Richtung zu kanalisieren. Dazu bedarf es des völligen und vollständigen Bruches mit der in Liberalismus verwandelten Linken.

Marxistische Orthodoxie

Grundproblem der orthodox-marxistischen Restbestände verschiedenster Provenienz ist die Abstraktheit der Begriffe, die der realen Gesellschaft aufgezwungen, ihr übergestülpt werden, ohne dass sie diese Realität in ihrer Widersprüchlichkeit und ihren Veränderungen erfassen könnte. Sie gehen davon aus, dass der Nationalismus im Allgemeinen die Arbeiterklasse im Allgemeinen spalten würde. Immer und überall.

Sie sehen dabei nicht, dass sich heute das Zentrum, das Herz des sozialen Konfliktes, den Marx richtig als den Motor der Geschichte bezeichnete, vom Konflikt zwischen Industriearbeiterschaft und nationaler Bourgeoisie zu jenem zwischen Imperialismus und unterdrückten Völkern verschoben hat. Aus verschiedensten Gründen hat sich seine politische, ideologische, kulturelle aber auch soziale Form verändert, weg vom Paradigma des Industriearbeiters. Dennoch handelt es sich beim Kampf der unterdrückten Völker, Nationen und Staaten um nationale Selbstbestimmung in letzter Instanz um einen Klassenkonflikt.

Die westliche Arbeiterschaft, die Unter- und Mittelschichten im Allgemeinen müssen politisch nach ihrer Stellung in dieser für die Weltgeschichte und auch für den Kampf um den Sozialismus entscheidenden Auseinandersetzung bewertet werden. Bush paraphrasierend: Wer mit den Ver-

dammten dieser Erde ist, ist potentiell antikapitalistisch, wer sie nicht unterstützt, ist pro-imperialistisch – ganz gleich welcher sozialen Schicht er zugehörig sein mag. Der Antiamerikanismus erscheint dabei vor allem in der „Dritten Welt“ als die popularisierte Form des Antiimperialismus.

Der antiimperialistische Nationalismus gegen die USA und ihre Verbündeten ist also die konkrete Form der Vereinigung der unterdrückten Klassen, der einzige Internationalismus, der diesen Namen verdient, während der falsche Internationalismus, die nationalen Befreiungskämpfe im Namen eines Internationalismus der Herrschenden ablehnt, die sich allesamt hinter die USA und den Amerikanismus gestellt haben.

Ist nicht Europa ein Sonderfall, da es ja selbst imperialistisch ist? Ja, doch Europa ist hinsichtlich des globalen Kampfes gegen den US-geführten Imperialismus untergeordnet. Fällt dieser, so sind alle imperialistischen Mächte gefährdet, weswegen die europäischen Bourgeoisien in der Substanz auf die USA angewiesen bleiben. Die imperialistische Natur der europäischen Gesellschaft gibt dem Antiamerikanismus hier einen widersprüchlichen Charakter. Damit er fortschrittlich und letztlich antiimperialistisch wird, muss er eben mit sozialen und demokratischen Forderungen und vor allem mit der Unterstützung jeglichen antiimperialistischen Widerstands in der „Dritten Welt“ verbunden werden. Ein kapitalistischer Flügel des Antiamerikanismus ist allerdings unvermeidlich, sei es nun linkliberal-paneuropäisch oder neofaschistisch-großdeutsch oder in sonstiger denkbarer Konstellation.

Der Antiamerikanismus bleibt so lange bedeutungsvoll, solange die amerikanische Gesellschaft im Wesentlichen als einheitlicher Block erscheint und auch als solcher handelt. Wir unterstützen zwar mit ganzem Herzen die amerikanische Anti-Kriegsbewegung und vor allem die antiimperialistischen Kräfte in ihr, doch das soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie keinen Einfluss auf den Gang der Ereignisse hat. Wenn allerdings die amerikanische Gesellschaft tatsächlich von tiefen politisch-sozialen Gegensätzen, Klassenkämpfen zerrissen würde, wenn es zwei Amerikas gäbe, so wie während der Weimarer Republik die deutsche Gesellschaft de facto in zwei Teile gespalten war, erst dann könnte sich der Zugang ändern. Doch das ist derzeit nicht abzusehen.

Willi Langthaler, 6. April 2003

- 1 Junge Welt, 15. Januar 2003
- 2 Robert Menasse, Der Standard, 22./23. März 2003
- 3 Peter Pilz, Der Standard, 29./30. März 2003
- 4 Paper tiger, firey dragon, Andre Gunder Frank, www.rrojasdatatabank.org
- 5 Der Spiegel, 10. Februar 2003
- 6 Washington Times, 12. Februar 2003

Nakba – das arabische Wort für Katastrophe

Zum 55. Jahrestag

Als *Nakba* wird der Krieg von 1948 bezeichnet, durch den Israel seinen Staat konsolidierte. 1948 war die Festschreibung und das vorläufige Ergebnis einer langen Kette von Aggressionen um die Palästinenserinnen und Palästinenser aus ihrer Heimat zu vertreiben und sich an ihrer Stelle dort anzusiedeln.

Schon zu Ende des 19. Jahrhunderts begann eine zionistische Siedlerbewegung nach Palästina. Der Zionismus verstand die Juden als Volk und nicht als Religionsgemeinschaft, wodurch die Judenfrage auch eine nationale Frage wurde. Die historische Heimat dieser Nation sei Palästina, Eretz Israel.¹ Die meisten Juden blieben dem Zionismus aber indifferent gegenüber. Erst durch den Völkermord an den Juden durch die Hand des Nationalsozialismus konnte der Zionismus verstärkt die einzige Lösung in der Gründung eines eigenen Staates in Palästina vermitteln. Die entscheidendste Ursache für die Ermöglichung der Kolonialisierung Palästinas war aber die europäische, im speziellen die englische Unterstützung seit Bestand der zionistischen Bewegung. Der Zionismus stellte für Europa zum einen die Möglichkeit der Fortsetzung der europäischen Kontrolle im arabischen Raum dar, zum anderen konnte die von Europa als Problem erzeugte „Judenfrage“ sowohl für die europäische als auch die zionistische Seite zufriedenstellend gelöst werden. Die europäischen Kapitalisten haben an der jüdischen Bevölkerung einiges gut zu machen! Aber die Gründung Israels hatte in erster Linie nicht den Sinn den Antisemitismus zu bekämpfen und die Opfer so gut es geht zu entschädigen (was ohnehin nicht möglich ist), sondern den die Juden aus Europa teilweise in Zusammenarbeit mit dem Nationalsozialismus abzuschleppen und gleichzeitig den Appetit des europäischen Kolonialismus zu befriedigen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg und der Beendigung der britischen Mandatsmacht in Palästina schalteten sich auch die Vereinten Nationen in die Verhandlungen mit den Zionisten und Palästina um die Errichtung eines jüdischen Staates ein. Auch wenn von Seiten der Vereinten Nationen zu Anfang der Vorschlag einer Zwei-Staaten-Lösung kam, der von den Zionisten unterstützt wurde, glich dies wohl auf beiden Seiten einem Lippenbekenntnis, da die

Ziele der Zionisten relativ klar auf dem Tisch lagen und seitens der Uno nichts unternommen wurde diese zu vereiteln. Die Zionisten akzeptierten keine von Seiten der Uno festgelegten Grenzen zwischen Israel und Palästina, sondern weigerten sich, genaue Angaben darüber zu machen. Manche sahen die Grenzen ihres zu bildenden Staates zwischen Nil und Euphrat. Außerdem machten die Israelis klar, dass der Staat Israel aus einer zumindest stark überwiegend jüdischen Bevölkerung und einer autark jüdischen Wirtschaft bestehen soll-



te.² Vor der Nakba lebten in Palästina ungefähr 1.300.000 Araberinnen und Araber und 550.000 Juden und Jüdinnen.³ Um das zionistische Vorhaben durchzusetzen und einen Staat nach ihren Vorstellungen zu gründen vertrieben und massakrierten die Israelis eine ganze Gesellschaft in dem Krieg von 1948 – der Nakba. 418 Dörfer wurden zerstört und rund 750.000 Palästinenserinnen und Palästinenser zur Flucht gezwungen. Die 151.000 verbliebenen Palästinenser und Palästinenserinnen wurden bis 1966 unter eine Militärgesetzgebung gestellt, die unter anderem ihre Meinungs-, Presse- und Bewegungsfreiheit erheblich einschränkte. Bis heute werden sie als Bürger zweiter Klasse behandelt, denen besonders in Bezug auf Eigentumserwerb und -erhalt Beschränkungen auferlegt sind.

Erzielt wurde dieser Exodus durch geplante Massaker an der palästinensischen Bevölkerung, die den Palästinensern und Palästinenserinnen zeigen sollten, wie Is-

rael auch mit ihnen umgehen würde, wenn sie das Land nicht verließen.⁴ Das traumatisierendste Beispiel eines Massakers waren die Ereignisse im Dorf Deir Yasin, in dem am 9. April 1948 250 Frauen, Männer und Kinder getötet wurden.⁵ Aber die meisten Palästinenser und Palästinenserinnen verließen das Land nicht im Vorhinein in einer geplanten Flucht, sondern sie flohen bei unmittelbarer Bedrohung mit nichts, außer der Kleidung, die sie gerade anhatten.

Nachdem die PalästinenserInnen zur Flucht gezwungen worden waren, wurde ihnen jedes Rückkehrrecht abgesprochen. Weiters wurde 1950 ein Gesetz erlassen, das die Enteignung und Konfiszierung von palästinensischem Grundbesitz legalisierte und kurz darauf wurde juristisch festgelegt, dass jede/r Jude/Jüdin der Welt das Recht auf „Rückkehr“ nach Palästina und die Erlangung der israelischen Staatsbürgerschaft besitzt.

All dies wohnt der Logik des Staates Israel inne, dessen Grundmauern Rassismus, Apartheid und Kolonialismus sind. Trotz der tagtäglichen Beweise seiner Menschenverachtung seit seines Bestehens versucht Israel aber den Mythos des Opfers aufrecht zu erhalten, in dem es die Gründung des Staates Israels einzig als Antwort auf den Holocaust erklärt – obwohl der Zionismus lange vor diesem gegründet wurde. Eine weitere Rechtfertigung seiner Politik sieht Israels in der vielstrapazierten übergroßen Gefahr, die von den arabischen Staaten ausgehen würde und gegen die sich Israel wehren müssen. Tatsache ist aber, dass heute die Opfer in diesem Spiel die Palästinenser und Palästinenserinnen sind.

Mit Unterstützung der Vereinigten Staaten, Europas und der Uno besetzten die Zionisten nicht nur ein Land, sondern vertrieben seine Einwohner und zerstörten und seine Gesellschaft. Die USA und Europa lieferten ihnen Waffen und die Uno versuchte sofort durchzusetzen, dass die PalästinenserInnen Israel einen Teil ihres Landes zugestehen müssen, in dem die Zionisten einen antiarabischen rassistischen Staat errichten könnten. Diese Resolution war den Zionisten aber nicht radikal genug. Sie versuchten Palästina und seine Bevölkerung ganz von der Landkarte zu löschen. Nachdem das britische Mandat am 14. Mai 1948 beendet worden war, begann Israel

Palästina Stadt für Stadt zu besetzen. Dabei besetzten sie nicht nur Städte, die laut dem zuvor von der Uno vorgeschlagenen Plan der Zwei-Staaten-Lösung in dem Israel zugestandenem Teil lagen. (Die palästinensische Seite hatte diesen Plan naturgemäß abgelehnt, da er Verzicht auf einen Großteil ihres Landes bedeutete.) Bis zur Ausrufung des Staates Israel wurden bereits 300.000 Palästinenserinnen und Palästinenser vertrieben und erst da schritten die arabischen Länder ein und der israelisch-arabische Krieg begann.

Dieser Mythos, den der Staat Israel umgibt, greift soweit, dass sogar die Nakba von einem Proponenten der israelischen Friedensbewegung, Uri Avneri, als unvermeidlich verteidigt wird. Und nicht nur die israelische „Linke“ stellt sich hinter diesen Exodus. Auch in der österreichischen Linken wird das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge von vielen nicht verteidigt, da dieses den Bestand des Staates Israel gefährden würde. Und damit haben sie auch Recht. Der Bestand eines auf Apartheid basierenden Staates wird durch eine Umdrehung der Bevölkerungsanteile gefährdet. Es bleibt nur die Frage offen, warum Teile der Linken für die Aufrechterhaltung dieses rassistischen Regimes im Nahen Osten durch ihre Forderung der Zwei-Staaten-Lösung eintreten und nicht für ein demokratisches Land, in dem die beiden Nationalitäten in Frieden und Gerechtigkeit miteinander leben können.

Der Zionismus muss endlich auch von allen linken Kräften in Europa als das gesehen werden was er ist. Er ist keine Politik der Verarbeitung und der Wiedergutmachung an den Opfern des Holocaust, sondern der Zionismus ist genauso Teil und Strategie des Kapitalismus und Imperialismus, wie es auch der Nationalsozialismus war. Erst, wenn sich die Opfer zusammen tun kann die heuchlerische Fratze des Imperialismus enttarnt werden.

Sonja Tschurlovits

1 Ludwig Watzal, Feinde des Friedens. Der endlose Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern, Berlin 2001, 16.

2 Ebenda, 21.

3 Helga Baumgarten, Palästina: Befreiung in den Staat. Die palästinensische Nationalbewegung seit 1948, Frankfurt a.M. 1991, 53.

4 Bei einem Gespräch mit einem britischen Offizier über die Schwierigkeiten, die sich aus dem großen Bevölkerungsanteil der AraberInnen ergeben, soll ein israelischer Beamter geantwortet haben: „O nein! Das wird geregelt werden. Einige geplante Massaker und man wird sie bald loswerden.“ (Sami Hadawi, Bittere Ernte. Palästina 1914–1967, Rastatt, 1969, 148.)

5 Ebenda.

6 Watzal, Feinde, 25.

Buchrezension:

Politizid

„Unter der Führung von Ariel Sharon wurde Israel zu einer zerstörerischen Kraft, nicht nur für die Umgebung, sondern auch sich selbst gegenüber, denn es kennt nur noch ein innen- wie außenpolitisches Ziel: den ‚Politizid‘ am Volk Palästinas“, so die zentrale These des aufrüttelnden Buches von Baruch Kimmerling, Professor für Soziologie an der Hebräischen Universität in Jerusalem. Geboren in Rumänien kam der Autor 1952 nach Israel. In der Einführung baut Kimmerling gegenüber möglichen Angriffen vor: Er sei israelischer Patriot und habe dieses Buch „voller Schmerz und Trauer verfasst. Es ist keineswegs mein persönliches Ziel aus ‚jüdischem Selbsthass Israel zu diffamieren‘, wie die meisten meiner politischen und ideologischen Gegner behaupten werden“. Mit diesem Buch wolle er einen weiteren Versuch unternehmen, „einem gütigen und humanistischen Volk die Augen zu öffnen, das die wahren Gefahren für Israel bis heute nicht erkannt hat“. In drei Kapiteln unterzieht Kimmerling die israelische Politik einer sehr kritischen, aber überaus realistischen Analyse.

Zentraler Fokus seiner Ausführungen ist Ariel Sharon. Seine Politik sei die eines fortwährenden „Politizids“, dessen Ziel es ist, „das Ende der Existenz des palästinensischen Volkes als soziale, politische und wirtschaftliche Größe“ herbeizuführen. Der erste Versuch habe 1948 mit der Vertreibung der Palästinenser im Rahmen der Staatsgründung begonnen, seine Fortsetzung fand er mit dem Massaker von Sabra und Shatila 1982 im Libanon und ist seit der Regierungsübernahme von Sharon in sein finales Stadium eingetreten. Seine Politik werde das Wesen der israelischen Gesellschaft zerstören und die moralische Basis des jüdischen Staates im Nahen Osten untergraben. Das Ergebnis des Sharonismus sei ein doppelter Politizid, das Ende der Palästinenser, aber auf lange Sicht auch das Ende der jüdischen Gemeinschaft. Kimmerling sieht Israel auf dem „Weg zum Faschismus“, da man alles, was anders sei, als existenzielle Bedrohung ganz Israels und jedes einzelnen Israelis begreife. Was vor Sharon als undenkbar galt, nämlich die ethnische Säuberung als eines legitimen Lösungsansatzes für die demographischen Probleme Israels, sei zu einem „ausdrücklich anerkannten Bestandteil des alltäglichen politischen Diskurses in Israel geworden“. Dagegen müssen sich die Israelis durch zivilen Ungehorsam wehren.

Für den Autor ist Israel „eine militärische, wirtschaftliche, und technologische Supermacht“. Israel wurde „auf den Ruinen einer anderen Kultur aufgebaut, die

dem Politizid und einer teilweisen ethnischen Säuberung zum Opfer fiel, auch wenn es dem neuen Staat Israel nicht gelang, die rivalisierende Kultur der ‚Eingeborenen‘ auszulöschen“. Anders als andere Staaten Afrikas, „konnten sich die Palästinenser und die arabischen Staaten ihrer Kolonialherren nicht entledigen“. Kimmerling beschreibt den Zustand seines Landes durch die Besatzung wie folgt: „Im Laufe der Zeit wurde dieser Zustand institutionalisiert und Israel wurde von einer echten Demokratie zu einer Herrenvolk-Demokratie.“ Ursprünglich wurde der Begriff für Südafrika geprägt, da dort Gesetze galten, die nicht von allen in Anspruch genommen werden konnte. Die israelischen Gesetze seien zu Gesetzen eines Herrenvolkes geworden. Das habe ein „zweischneidiges Rechtssystem, zweischneidige Gesetze und eine Doppelmoral geschaffen“. Sharon und seine Ideologie seinen Ausdruck einer Krise, die sich seit dem Beginn der Besatzung aufgebaut habe. „Die Kolonisierung des Westjordanlands und des Gaza-Streifens durch jüdische Siedler führte den israelischen Staat in eine Sackgasse.“

Der Autor lässt nochmals Sharon Brutalität und Rücksichtslosigkeit, aber auch seine Verschlagenheit und politische Klugheit für den Leser aufscheinen. Die jetzt gebildete Regierung weise einige Minister auf, die offen für einen "Transfer" oder ethnische Säuberung der Palästinenser plädieren. „Die eskalierende rassistische Demagogie gegen die palästinensischen Einwohner Israels weist auf die Dimension der Verbrechen hin, die vielleicht bereits geplant oder in Erwägung gezogen werden, als warte man nur auf den ‚richtigen Moment‘ um sie umzusetzen.“ Auch was der Autor zur historischen Entwicklung des Landes schreibt, hebt sich vom Mythos, der die offizielle Historiographie Israels umgibt, deutlich ab.

Die Ausführungen Kimmerlings vermitteln ein schonungsloses Israel-Bild, das die deutschen Wunschvorstellungen von diesem Land und moralischen Befangenheiten nur als störend empfinden werden. Vielleicht sind einige Analysen überzeichnet. Ob es den Meinungsbildungsprozess der deutschen Öffentlichkeit beeinflussen wird, bleibt abzuwarten. Diese Buch gehört zu den wichtigsten, die in Deutschland veröffentlicht worden sind; es ist überaus empfehlenswert.

Ludwig Watzal

Baruch Kimmerling, Politizid. Ariel Sharons Verbrechen gegen das palästinensische Volk. Aus dem Englischen von Dirk Oetzmann und Horst M. Langer, Diederichs, München 2003, 244 Seiten, € 19,95.

Buchrezension:

Atomgefahr USA

Mit einer Art "shock-and-awe"-Strategie sollte das irakische Regime von Saddam Hussein zur Kapitulation gezwungen werden. Schock und Entsetzen ergreift den Leser dieses Buches und hält ihn bis zum Schluss gefangen. Die renommierte Atomwaffenexpertin Helen Caldicott entwirft ein Bild einer atomwaffenstarrenden USA. Im Vergleich dazu erscheint das angebliche Massenvernichtungspotenzial des Irak noch nicht einmal als Peanuts. Die USA sind bis an die Zähne bewaffnet. Anstatt nach dem Ende des Kalten Krieges abzurüsten, geben die Amerikaner 310 Mrd. Dollar jährlich für die Rüstung aus. 2002 stieg der Rüstungsetat auf 375 Mrd. Dollar. Die russischen Rüstungsausgaben belaufen sich dagegen auf 5,1 Mrd. US-Dollar. Von jedem Dollar gibt Amerika gerade einmal sechs Cent für Bildung und vier Cent für die Gesundheitsvorsorge, dafür aber 50 Cent für den Militär-Industrie-Komplex aus. Die Kombination von aggressiver Aufrüstungspolitik und missionarischem Eiferertum lassen die USA zu einer globalen Gefahr für die internationale Staatengemeinschaft werden.

„Wir steuern rasant auf eine weltweite Katastrophe zu. Im Weißen Haus sitzt ein kampflustiger und schlecht unterrichteter Präsident (...), der von seinem Mitarbeiterstab gesteuert wird, den er aus der Industrie rekrutiert hat und der so viel amerikanische Steuergelder wie nur irgend möglich abschöpfen möchte um immer exotischere und gefährlichere Waffen damit zu bauen. Die Ministerkandidaten der Regierung Bush gehören zu den aggressivsten und extremsten der jüngsten Geschichte und alarmierend viele Mitglieder des Bush-Stab haben direkte Verbindungen zu Lockheed Martin.“

Die Autorin, die das Nuclear Policy Research Institute in Los Angeles leitet, belegt die These, dass die US-Administration mit ihrer aggressiven Präventivkriegspolitik unter einem großen Druck der Rüstungsindustrie steht Atomwaffen einzusetzen, damit diese neue produzieren kann. Dies scheint auf den ersten Blick verschwörungstheoretisch, ja unfassbar, ist es aber nicht.

„Die Vereinigten Staaten selbst kamen in Afghanistan dem Einsatz von Atomwaffen bedrohlich nahe, was leicht einen atomaren Gegenschlag hätte provozieren können. Über den Einsatz der schrecklichsten bekannten konventionellen Waffen hinaus empfahl das US-Verteidigungsministerium die Verwendung taktischer Atomwaffen und einige Kongressmitglieder rieten

dringend zum Einsatz kleiner atomarer "Bunker Busters". Bush-Berater – darunter auch Stephen Headley, William Schneider und der stellvertretende US-Sicherheitsberater Stephen Cambone – sprachen sich ebenfalls für die Verwendung von Atomwaffen aus.“

Die Autorin belegt die engen Verbindungen zwischen der Bush-Administration und dem militärisch-industriellen-Komplex. Die hohen finanziellen Zuwendungen dieses Industriezweiges an die Partei von Bush sprechen für ihre These. Führende Mitarbeiter seiner Administration wie Vizepräsident Dick Cheney, Verteidigungsminister Donald Rumsfeld oder Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice und zahlreiche andere hatten hohe Positionen in der Industrie inne.



„Sein Kabinett setzt sich überwiegend aus leitenden Angestellten aus der Industrie zusammen (...) Der mächtigste Konzern der Welt, ein Konzern, der im wahren Sinne des Wortes das Schicksal der Erde lenkt, ist Lockheed Martin. Im Jahr 2000 gingen die meisten Aufträge aus dem Bereich der Verteidigung an diesen Rüstungskonzern.“

Neben der Entwicklung von High-tech-Waffen wie Benzinbomben, Cluster- und Streubomben, Bunker Buster, die eine ähnliche Wirkung haben wie taktische Atombomben, nur ohne Strahlung, haben die USA ein Manhattan-II-Projekt zur Entwicklung neuer Atomwaffen aufgelegt. Das unter dem Codenamen SS&M (Stockpile Stewardship and Management Program) laufende Programm war ursprünglich dazu gedacht, das reibungslose Funktionieren der vorhandenen US-Atomwaffen sicherzustellen.

„Auf dem Höhepunkt des Kalten Krie-

ges gaben die USA im Durchschnitt 3,8 Mrd. Dollar für Entwicklung, Test und Herstellung von Atomwaffen aus. Nun, zwölf Jahre nach Ende des Kalten Krieges, werden die Ausgaben für ein Projekt, das sowohl gegen den Atomteststoppvertrag als auch gegen den Atomwaffensperrvertrag verstößt, jährlich fünf Mrd. Dollar betragen.“

Neben der Entwicklung einer neuer Generation von Atomwaffen bereiten sich die USA auf eine Kriegsführung im Weltraum vor. Auch hier spielen die Rüstungsunternehmen eine zentrale Rolle als Scharnier zwischen Militär und Bevölkerung durch die Verbreitung von Unmengen an Propagandamaterial. Das Buch „Military Space Forces“ liefert das Rezept für eine solche Kriegsführung.

„Es ist kämpferisch, nationalistisch, provokant, sorgfältig recherchiert und zutiefst beunruhigend zugleich. Und es bildet über weite Strecken die Basis für die offizielle US-Politik hinsichtlich einer Militarisierung des Weltalls.“

Caldicott weist auf die Gefahren für Soldaten und Zivilisten hin, die durch den Einsatz von angereicherter Uranmunition entstehen können, wie sie im zweiten Golfkrieg und im Kosovo durch die Amerikaner eingesetzt worden sind. Tausende von US-Soldaten sind an den Folgen gestorben. Um die irakische Zivilbevölkerung hat sich niemand gekümmert. Setzen die USA auch in diesem Krieg wieder diese Art von Munition ein? Hat sich die deutsche Bundesregierung gefragt, ob nicht auch die deutschen Soldaten in Kuwait Bestrahlungen ausgesetzt sein könnten?

Abgerundet wird das Buch durch einen umfangreichen Anhang über die wichtigsten US-Atomwaffenhersteller, Atomwaffenkontrollzentren, Standorte der meisten einsetzbaren Atomwaffen, Regierungsbehörden sowie Organisationen, Medien und Institutionen für Frieden und Abrüstung. Nach einem Ende des Irakkrieges muss neben der Verantwortung für diesen völkerrechtswidrigen Überfall auch über das gigantische Atomprogramm der USA geredet werden. Caldicotts Buch unterstreicht nicht nur die Dringlichkeit, sondern benennt auch die Gefahren für den Weltfrieden, die von dieser Art von Politik ausgehen. Ein schrecklich faszinierendes Buch.

Ludwig Watzal

Helen Caldicott, Atomgefahr USA. Die nukleare Aufrüstung der Supermacht. Aus den Englischen von Andrea Panster, Diederichs, München 2003, 400 Seiten, € 23.

Buchrezension:

Feinde des Friedens

„Feinde des Friedens“ ist eine detailreiche Auseinandersetzung mit der Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts beginnend im 19. Jahrhundert bis zur Zeit der al-Aqsa-Intifada im Jahr 2001.

In den Ausführungen zur Geschichte Palästinas und Israels, zur Umsetzung der zionistischen Idee in diesem Raum, wird deutlich, warum der Autor von einem seit damals „endlosen Konflikt“ spricht. Die Zionisten waren entschlossen, ihre Ideologie in Palästina auf Kosten der arabischen Bevölkerung durchzusetzen. Die Aussage David Ben Gurions, des ersten Ministerpräsidenten Israels, aus dem Jahre 1937, zieht sich mehr oder weniger deutlich als roter Faden durch die Geschichte: „Das Land ist in unseren Augen nicht das Land seiner jetzigen Bewohner ... Wenn man sagt, dass Eretz Israel das Land zweier Nationen sei, so verfälscht man die zionistische Wahrheit



doppelt ... Palästina muss und soll nicht die Fragen beider Völker lösen, sondern nur die Frage eines Volkes, des jüdischen Volkes in der Welt.“ (S. 14f.) Ergänzend dazu der Schriftsteller Hans Kohn im Jahre 1929: „Wir sind zwölf Jahre in Palästina, ohne auch nur einmal ernstlich den Versuch gemacht zu haben, uns um die Zustimmung des Volkes zu kümmern, mit dem Volk zu verhandeln, das im Land wohnt. Wir haben uns ausschließlich auf die Militärmacht Großbritanniens verlassen. Wir haben Ziele aufgestellt, die notwendigerweise und in sich selbst zu Konflikten mit den Arabern führen mussten und von denen wir uns sagen müssten, dass sie Anlass, und zwar berechtigter Anlass zu einem nationalen Aufstand gegen uns sind.“ (S. 22)

Der Grundgedanke – gezielte, brutale Unterdrückung und Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung und ihre Fol-

gen – wird durch die zahlreichen Fakten und für sich sprechenden Zitate der folgenden Kapitel bis zur Gegenwart 2001 inhaltlich belegt.

Die Kriege Israels werden in ihrem expansionistischen Charakter als Angriffskriege zur Annexion möglichst viel Landes beschrieben und der Mythos der permanenten Bedrohung Israels wird als solcher entlarvt. Das zentrale Argument, mit dem Kriege, Annexion, Vertreibung, Ignorierung aller Uno-Beschlüsse und Menschenrechtsverletzungen von zionistischer Seite gerechtfertigt werden, ist das Argument der „Sicherheit“. Welche Gräueltaten auch immer – die „Sicherheitsinteressen“ des israelischen Staates rechtfertigen sie nicht nur, sondern scheinen sie zu gebieten.

Der sogenannte Friedensprozess der Neunzigerjahre mit diversen Abkommen und Initiativen und mit dem Oslo-Abkommen als Höhepunkt – „der zweitgröß-

te Sieg in der Geschichte des Zionismus“ (S. 61) – wird schonungslos als Verrat an den palästinensischen Interessen dargelegt: „Der Friedensprozess leitete das Ende des Emanzipationsprozesses der Palästinenser ein, weil die Unterdrückten ihre Unterdrücker legitimierten, bevor die Besatzung ein Ende gefunden hatte. ... Israel brauchte nicht einmal anzuerkennen, dass es Besatzungsmacht ist.“ (S. 60f.) In diesem Sinne werden der PLO und Arafat ein vernichtendes Urteil ausgestellt.

„Arafat musste sich vertraglich verpflichten, die „Schmutzarbeit“ zu übernehmen: die Bekämpfung des Terrors und des Widerstandes.“ Hauptziel der Oslo-Vereinbarungen laut Netanyahu sei es „den palästinensischen Widerstand zu brechen.“ (S. 144)

Vom Hebron-Protokoll von 1997 über das Wye-River-Memorandum von 1998

sowie das Sharm-al-Sheikh-Protokoll von 1999, die Camp-David-Verhandlungen von 2000 bis zum „Friedensprozess“ unter Ariel Sharon im Jahre 2001 – das Urteil ist vernichtend. Israels „Sicherheitsbedürfnisse“ zählen alles, der „Terrorismus“ wird „als rein palästinensisches Phänomen bewertet, der Terror der Siedler und der Staatsterror der Israelis in Form des Einsatzes schweren militärischen Gerätes gegen Unbewaffnete dagegen ausgeblendet.“ (S. 173)

Ein sehr ausführlicher und informativer Teil des Buches ist der Analyse der israelischen Gesellschaft und ihres zunehmend religiös-fundamentalistischen Charakters gewidmet.

Hingegen können die Seiten über die – ausführlich dargestellten – Verletzungen der Menschenrechte in Bezug auf die Unbestechlichkeit ihrer Argumente nicht überzeugen. Wiederholt werden „legitime Sicherheitsinteressen“ Israels als Standardrechtfertigung angeführt. Wenn der Leser bisher nicht allzu genau gelesen hat, weil ihn die Fülle von erdrückenden Details bezüglich der Besatzungspolitik des übermächtigen zionistischen Staates gegenüber den Palästinensern in Atem hält und er oder sie sich eigentlich nur mehr bedingungslos auf die Seite des unterdrückten Volkes stellen kann, treten spätestens hier Widersprüche zu Tage, in deren Lichte das bisher Gelesene reflektiert werden muss.

Den Menschenrechten unter israelischer Besatzung und palästinensischer Autonomie „wird keine Seite gerecht.“ Wie passt diese Äquidistanz zu den folgenden Ausführungen? Wir lesen über die Gräuelt der israelischen Todesschwadronen, Folter oder Deportationen in vielen erschütternden Details und wir lesen, dass die Besatzung noch nicht beendet sei und deshalb nach Völkerrecht die israelische Regierung als Besatzungsmacht die Verantwortung für die Politik in den besetzten Gebieten trage (S. 193) und dass der unterdrückerische Sicherheitsapparat der PLO „von Israel und den USA gewollt (sei), da die Autonomiebehörde die Sicherheit Israels garantieren und die Kritiker mundtot machen sollte.“ (S. 228) In diesem Zusammenhang ist das Resümee „In Arafats Herrschaftsbereich ist das Demokratiedefizit noch größer. ...“ (S. 240) nicht nachvollziehbar. Ist es nicht das größte „Demokratiedefizit“, seiner nationalen Souveränität beraubt zu sein und unter den unmenschlichen Bedingungen und Demütigungen der Okkupation zu leben, die der Autor in an die zweihundert

Seiten geschildert hat?

Auf diesen vielen Seiten wird uns ein zionistischer Staat vorgestellt, der aggressiv und expansionistisch agiert, der Angriffskriege als Präventivkriege ausgibt, obwohl laut Ezer Weizman im Jahre 1972 „niemals die Gefahr einer Vernichtung bestand.“ (S. 34) Oder mit den Worten des ehemaligen Wohnungsministers Mordechai Bentov 1971: „Die ganze Geschichte der Gefahr einer Zerstörung wurde in jedem Detail im Nachhinein erfunden und übertrieben, um die Annexion arabischen Landes zu rechtfertigen.“ (S. 34)

Wie passt dazu die Einleitung des Autors? „Die Geschichte weist Israel nicht nur als ‚Opfer‘ der ‚arabischen Aggression‘ aus, es hat auch (!) eigene hegemoniale Ziele verfolgt und ist selbst zum ‚Täter‘ geworden.“ (S. 8) Es obliegt dem Leser, diesen Widerspruch zwischen Einleitung und nachfolgender Bestandsaufnahme zu beurteilen.

Dasselbe gilt für die einleitenden Worte: „Die arabischen Nachbarstaaten wollen Israel politisch und wirtschaftlich isolieren.“ (S. 8) Dem widersprechen zum Beispiel die Ausführungen über den übermächtigen arabischen Feind als Mythos, über die PLO, die mit der Anerkennung des Existenzrechts Israels „Israel nicht nur die Tür zur arabischen Welt aufgestoßen (hat), sondern das Land aus der Isolation in der Region geführt (hat), ...“ (S. 82)

Aus dieser Haltung resultiert meiner Meinung nach die Hauptschwäche des Buches – die Darstellung der Unterdrückten unter der erdrückenden Macht des übermächtigen Unterdrückers. Der Blickwinkel auf das palästinensische Volk legt nicht sein historisches Potenzial frei sondern richtet den Fokus auf die „armen Erniedrigten“, die letztendlich nicht fähig sind, an ihrer Lage selbst viel zu verändern (siehe Analyse zur PLO). Laut Autor hat die Geschichte des Konflikts gezeigt, „dass sich der Einsatz von Gewalt für die Palästinenser immer kontraproduktiv auswirkte.“ (S. 74)

Das Recht auf Widerstand gegen Okkupation ist jedoch legitim und der Intifada von 1987 wird zumindest zugestanden, dass sie „kein ferngesteuertes Unternehmen aus Tunis oder Damaskus (war) ...“, sondern dass die Menschen spürten, „dass sie nichts zu verlieren hatten als ihre Unterdrückung und Erniedrigung.“ (S. 48)

In ihrer Bedeutung kommt die Intifada jedoch zu kurz, genauso wie die Hamas. Die Bewegung wird knapp und wenig differenziert skizziert. Und nachdem wir lesen, dass der Friedensprozess der Neunzigerjahre für die Palästinenser nur

Verrat bedeutete und 1994/95 zusehends stockte, „weil sich an der israelischen Politik nichts Wesentliches änderte“ (S. 111), heißt es zwei Seiten vorher: „Radikale der Hamas und des Islamischen Jihad (versuchten), den Friedensprozess zu torpedieren.“ (S. 109)

Wer ist also schuld? Sind doch beide Seiten schuld? Während die Fakten eindeutige Antworten geben, werden wir vom Autor zu Äquidistanz gedrängt: Der Feind ist übermächtig – was können die Unterdrückten schon ausrichten?

Logischerweise müssen daher für Visionen für den Frieden dann die Mächtigen erhalten. Also entweder die USA und/oder die EU unter der Federführung der Vereinten Nationen, natürlich unter der Voraussetzung, dass in Israel eine grundlegende ideologische Umorientierung stattfindet.



Die Rolle der USA für die Dominanz und Stärke Israels wird nicht in ihrer Tragweite dargelegt, sondern sie ist trotz ihrer eindeutigen Parteilichkeit doch wieder Vermittlungsmacht, die zwar unter Bush nach dem Golfkrieg 1991 die hegemoniale Rolle Israels wollte und förderte, aber unter einem anderen Präsidenten durchaus die Rolle des Friedensvermittlers spielen könnte.

So wird im Buch der Clinton-Plan für einen „fairen Frieden“ vom Januar 2001 als Option präsentiert: Ein souveräner, überlebensfähiger Palästinenserstaat soll gegründet werden, wobei aber Israel nur Entscheidungen treffen kann, die seine Existenz nicht gefährden. „Das Land, das annektiert werden soll, sollte so wenig Palästinenser beherbergen als möglich.“ (S. 169) Die Flüchtlingsfrage soll gelöst werden, aber „niemand kann von Israel verlangen,

ein uneingeschränktes Rückkehrrecht nach Israel zu akzeptieren.“ (S. 169) Es fällt schwer, diese Schlussfolgerungen mit dem Gelesenen in Einklang zu bringen.

Im Kapitel „Ausblick: Friede in Nahost ist möglich“ skizziert der Autor seine Vision, die die ideologische Umorientierung in Israel zur Bedingung hat und eine internationale Friedenskonferenz unter Federführung der Vereinten Nationen mit Beteiligung der USA, der Europäischen Union und Russlands beinhaltet. (S. 299)

Grundlage des Friedens muss das Völkerrecht sein. Das würde die Umsetzung der UN-Resolutionen bedeuten und eine internationale Interventionsstreitmacht müsste die Palästinenser schützen. (S. 302)

Bei der Reflexion über diese Vision sollte die Geschichte sprechen, auch die Geschichte dargestellt in „Feinde des Friedens“. Jahrzehnte des Bruchs des Völker-

rechts, Jahrzehnte des Schweigens darüber in Europa, Jahrzehnte des Aufbaus und der Stärkung Israels durch die USA – welches Wunder sollte die reißenden Wölfe in Schafe verwandeln? Wo bleiben die Palästinenser als historisches Subjekt?

Wenn ich auch mit den Schlussfolgerungen und Visionen des Buches nicht übereinstimme, so ist „Feinde des Friedens“ ein empfehlenswertes Nachschlagewerk über die Arroganz und Verbrechen der zionistischen Politik gegenüber den Palästinensern.

Elisabeth Lindner-Riegler

Ludwig Watzal, Feinde des Friedens. Der endlose Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. Aufbau Taschenbuchverlag Berlin 2001, 341 Seiten, € 8,95.

Lost Ground Palästina

Die Intifada und der palästinensische Fußball

Das 2:2 des palästinensischen Nationalteams gegen Libyen bei den Pan-Arabischen Spielen 1999 in Jordanien wurde zur Sternstunde des palästinensischen Fußballs. Palästina war als Newcomer und absoluter Außenseiter angetreten und hatte sich mit diesem Ausgleich ins Semifinale geschossen. Als in den Kabinen das Match mit einer Rauferei in die Verlängerung ging, sah die Polizei sich veranlasst, mit Tränengas einzuschreiten – gewissermaßen ein ‚Heimvorteil‘ für die Palästinenser. Denn während die Libyer K.O. gingen, schritten die an Tränengas gewohnten Palästinenser an die Öffentlichkeit und bedankten sich medienwirksam bei den jordanischen Sicherheitskräften. So wenigstens besagt es die Legende, die immer wieder gern zum Besten gegeben wird.

Tatsächlich waren die Erfolge des palästinensischen Nationalteams beim Arab Cup von großer Bedeutung für Palästina. Es war das erste mal, dass ein palästinensisches Nationalteam bei einem großen internationalen Wettbewerb antrat. Für viele verhiess das damals einen wichtigen Schritt zur internationalen Anerkennung eines unabhängigen Palästinas. Das Fußballnationalteam sollte der Welt ein neues, ziviles Palästina demonstrieren.

Doch wie vieles, was die Nahost-Friedensprozesse der 90er Jahren verheißen haben, waren diese positiven sportpolitischen Entwicklungen lediglich symbolischer Natur. Elementare Bereiche wie Außenhandel, internationaler Diplomatie, Mobilität oder Verfügungsrechte über grundlegende Ressourcen verblieben weiterhin unter der Kontrolle Israels. Errungenschaften wie ein eigenes Nationalteam vermochten unter diesen Bedingungen höchstens davon abzulenken, dass es an verbindlichen politischen Maßnahmen und Rechten im Sinne eines völkerrechtlich autonomen Staates weitgehend fehlte.

Die Spieler, die 2000 zur WM-Qualifikation antraten, waren allesamt Amateure, die meisten Angestellte der Ämter und Sicherheitsdienste der Autonomiebehörde Jassir Arafats. Für den Arab Cup 1999 wurde in den Schulklassen Geld gesammelt, um das Fahrtgeld für des Nationalteam nach Amman zusammenzukratzen. Zur WM-Qualifikation war man bereits zu professionelleren Fundraising-Methoden übergegangen. Diadora und Coca-Cola sponserten die Dressen und Norwegen stiftete Rasenplätze – damals wohl noch in der Hoffnung, die heruntergekome-

nen Sandplätze auf FIFA-Standards aufzupäppeln.

Das größte Problem stellte aber die eingeschränkte Bewegungsfreiheit dar, die einen routinemäßigen Spielbetrieb so gut wie unmöglich machten. Palästina ist ein Fleckerlteppich aus verschiedenen Autonomiezonen, unterbrochen von unzähligen Checkpoints, die die Anreisen der Teams von einem Ort in einen anderen zu einem unkalkulierbaren Faktor machen. Im Gazastreifen und im Westjordanland mussten zwei getrennte Ligen geführt werden, da es aufgrund der Reiserestriktionen durch israelisches Gebiet nicht möglich war, gemeinsame Spiele zu veranstalten.

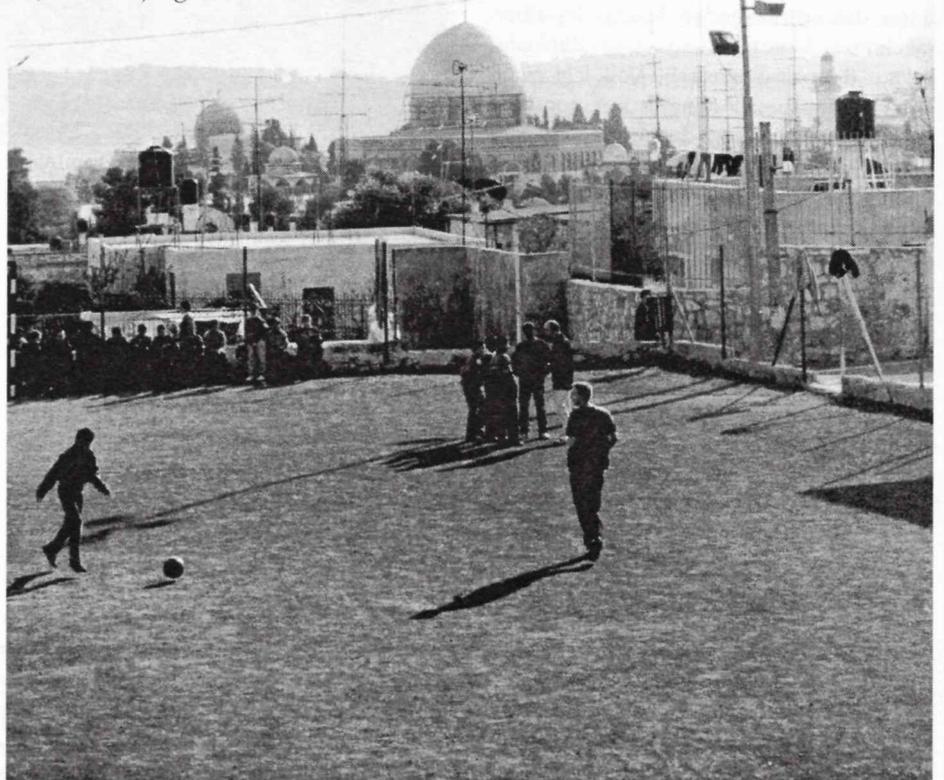
Mit Ausbruch der Zweiten Intifada im September 2000, noch bevor die WM-Qualifikation richtig in Gang gekommen war, hat sich die Situation drastisch verschärft. Aufgrund ständiger Ausgangssperren war gemeinsames Training des Nationalteams kaum noch möglich und der Spielbetrieb der Liga wurde vollständig eingestellt. Von der eingeschränkten Mobilität sind vor allem auch die internationalen Spiele betroffen. Ein- und Ausreisen der Spieler sind aufgrund des quasi „staatenlosen“ Status der Palästinenser weitgehend vom Goodwill der israelischen Behörden abhängig, die bei palästinensischen Fußballstars keine Ausnahmen machen, zumal sie, wie alle jungen

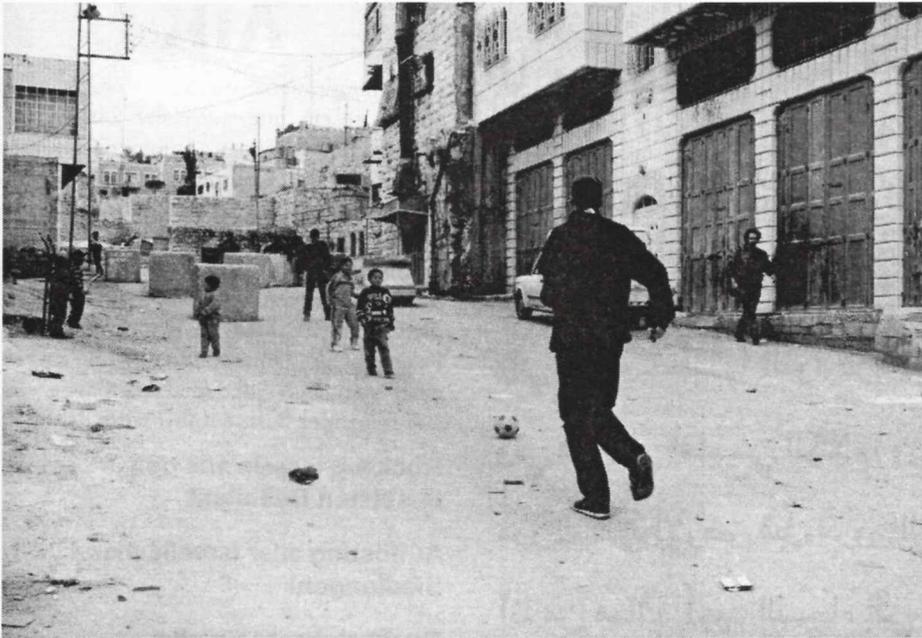
Männer, als potentielle Terroristen eingestuft werden und daher verstärkten Repressionen unterliegen.

Tatsächlich hat die Intifada unter Palästinas Fußballern bereits einen hohen Blutzoll gefordert. Mehrere Erst-Ligaspieler sowie der Nationaltorhüter sind bei bewaffneten Kämpfen ums Leben gekommen. Jamal al-Houly, ein aus einem Flüchtlingslager in Gaza stammende Mittelfeldstar, verlor über Nacht sein Haus mitsamt Hab und Gut unter den Kettenrädern israelischer Bulldozer.

Dass die Nationalelf unter diesen Bedingungen immerhin Gruppenzweiten in der WM-Qualifikation (nach Katar) wurde, erfüllte die Palästinenser mit Stolz. Doch angesichts der eskalierenden Situation vermögen diese Erfolge nicht wirklich von der verfahrenen Lage in ihrem Land abzulenken. Die Menschen haben heute andere Sorgen.

Noch wird versucht das Zivilprojekt Fußball pro forma aufrechtzuerhalten. Die FIFA hat zwar mit Ausbruch der Zweiten Intifada alle Förderprogramme eingestellt. Doch es wurde das Ein-





verständnis gegeben, dass Diaspora-Palästinenser mit ins Nationalteam geholt werden können. Weltweit gibt es mehr als sechs Millionen palästinensische Flüchtlinge. Insbesondere in Chiles und Argentiniens Erster Division finden sich etliche Fußballprofis, wie Pablo Abdala vom Spitzenzclub Cobreloa und die Brüder Bishara vom Exil-Club „Palestino“ in Chile, die nun im Nationalteam spielen. Doch das Auffrisieren des Nationalteams kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Fußballambitionen in den Krisengebieten selbst in den Mühlen des Krieges und der Repression aufgerieben wurden, noch bevor sie richtig Fuß fassen konnten.

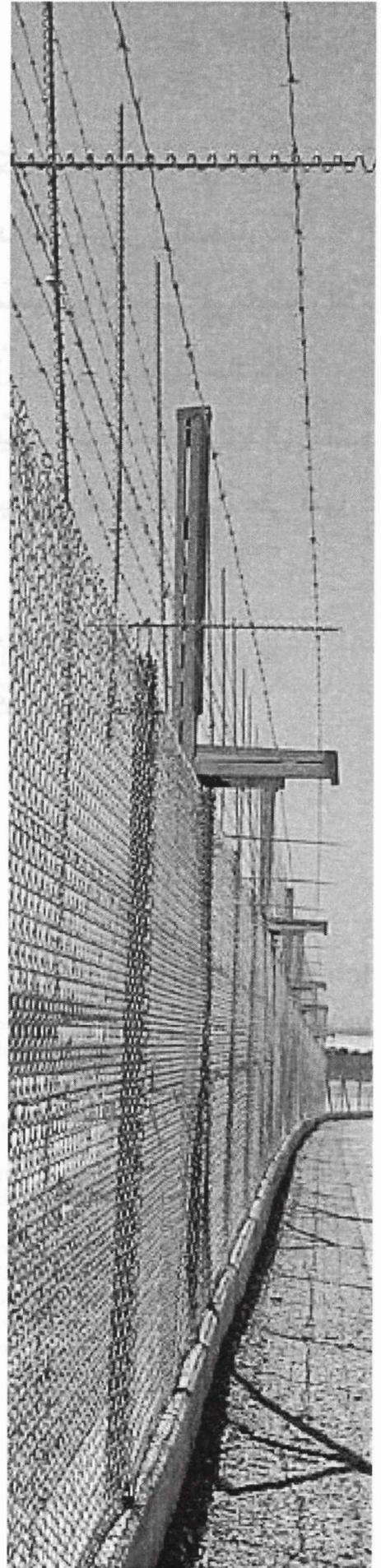
Fußball in Palästina hat wieder jene Bedeutung erlangt, die er wohl in allen Elendsgebieten der Welt innehat – er ist der einzig leistbare Zeitvertreib einer perspektivlosen Jugend. „Als Kind hab’ ich mich immer über die Ausgangssperren gefreut, weil dann keine Autos fahren durften und wir die Straßen ganz für uns zum Kicken hatten“, erzählt ein in Österreich lebender Palästinenser, der seine fußballerische und politische Sozialisation während der Ersten Intifada in den 80ern in seiner Heimatstadt Nablus erfahren hat. Doch in Israel sieht man in den herummarodierenden Kindern und Jugendlichen vielfach den Ausgangspunkt von Gewalt und radikalisierender Dynamik. Immer öfter gelten daher auch ihnen direkte Angriffe.

Bei einem Aufenthalt in Hebron berichtete uns ein Vater voller Hass von einem Soldaten, der seinem Sohn mit einem Dum Dum-Geschoß den Fuß zertrümmert hat, weil er ihm beim gemeinsamen Straßenkick den Ball nicht zuspelte. Während er erzählt, wird nebenan auf der Straße ein

sehr freundschaftliches Match zwischen israelischen Soldaten und palästinensischen Buben ausgetragen. Für die Kinder in Hebron sind die bewaffneten feindlichen Soldaten Teil ihres Alltags geworden. Zum Schutz der fünfhundert militanten Siedler, die sich inmitten der Altstadt Hebrons niedergelassen haben, steht die Stadt fast permanent unter Ausgangssperre und an nahezu jeder Straßenecke sind Militärs postiert. Fast zwangsläufig kommt es in dieser Besatzungssituation zu solch zwiespältigen Fußballallianzen. Nicht nur die palästinensischen Kids, sondern auch die Soldaten (allesamt selbst noch Jugendliche) haben an den Wachposten viel Zeit totzuschlagen. Nicht nur das Besetzt-Sein, auch das Besetzen lähmt.

Besonders trostlos ist die Situation der Kinder im Gazastreifen. Viele von ihnen mussten von einer Minute auf die andere aus ihren Häusern fliehen und zusehen, wie ihre Heimstätten niedergewalzt oder zerschossen wurden. Die Zahl der psychischen Erkrankungen bei Kindern ist aufgrund dieser Kriegstraumata in besorgniserregenden Maßen gestiegen. Bereits unter sehr kleinen Kindern zeigen sich Aggressionen und Radikalisierung. Die Kids, die zwischen den Trümmern ihrer Häuser mit zerlumpten Bällen spielen, scheinen mit den zivilen Helden des Fußballs nicht viel am Hut zu haben. Die Idole, die allerorts in den Straßen Gazas abgebildet sind, heißen weder Pablo Abdala noch Ronaldo, sondern sind junge Männer aus der Nachbarschaft und tragen schwere Sprengstoffgürtel um ihre Körper.

Irmgard Hubauer



أنا من هناك

أَنَا مِنْ هُنَاكَ. وَلِي ذِكْرِيَّاتٌ. وُلِدْتُ كَمَا يُوَلَدُ النَّاسُ. لِي وَالِدُهُ
 وَبَيْتٌ كَثِيرُ النُّوَاظِدِ. لِي إِخْوَةٌ. أَصْدِقَاءُ. وَسَجْنٌ بِنَافِذَةٍ بَارِدَةٍ.
 وَلِي مَوْجَةٌ خَطَفَتْهَا النُّوَارِسُ. لِي مَشْهَدِي الْخَاصُّ. لِي عَشْبَةٌ زَائِدَةٌ
 وَلِي قَمَرٌ فِي أَقَاصِي الْكَلَامِ، وَرِزْقُ الطُّيُورِ، وَزَيْتُونَةٌ خَالِدَةٌ.
 مَرَرْتُ عَلَى الْأَرْضِ قَبْلَ مَرُورِ السُّيُوفِ عَلَى جَسَدِ حَوْلُوهُ إِلَى مَائِدَةٍ.
 أَنَا مِنْ هُنَاكَ. أُعِيدُ السَّمَاءَ إِلَى أُمَّهَا حِينَ تَبْكِي السَّمَاءَ عَلَى أُمَّهَا،
 وَأَبْكِي لِتَعْرِفَنِي غَيْمَةٌ عَائِدَةٌ.
 تَعَلَّمْتُ كُلَّ كَلَامٍ يَلِيقُ بِمَحْكَمَةِ الدَّمِ كَيْ أَكْسِرَ الْقَاعِدَةَ.
 تَعَلَّمْتُ كُلَّ الْكَلَامِ، وَفَكَكَّتُهُ كَيْ أُرْكَبَ مُفْرَدَةً وَاحِدَةً

محمود درويش

Ich bin von dort

Ich bin von dort. Und ich hab' Erinnerungen. Ich bin
 geboren, wie die Leute so geboren werden. Ich habe
 eine Mutter
 Und ein Haus mit vielen Fenstern. Ich habe Brüder.
 Freunde. Und einen Kerker mit einer kalten Fenster-
 luke.
 Und ich habe eine Welle, von den Möwen geraubt. Ich
 hab meine eigene Umgebung. Ich hab einen Gras-
 halm mehr
 Und einen Mond am äußersten Rande des Wortes, die
 Nahrung der Vögel und einen unsterblichen Ölbaum.
 Ich bin zur Erde gekommen, bevor die Schwerter über
 einen Körper kamen und ihn zum Gastmahl machten.
 Ich bin von dort. Ich gebe den Himmel seiner Mutter zu-
 rück, wenn er um seine Mutter weint,
 Und ich weine, damit die zurückkehrende Wolke mich
 wiedererkennt.
 Ich habe, um die Regel zu brechen, jedes Wort gelernt,
 das geeignet ist für das Blutgericht.
 Ich habe die ganze Sprache gelernt und habe sie zerlegt,
 um ein einziges Wort zu formen,
 Das lautet: Heimat.

Mahmud Darwish

AIK

Die Antiimperialistische Koordination (AIK) ist ein internationaler Zusammenschluss verschiedener antiimperialistischer Kräfte, der zur Koordinierung des Kampfes dient und jedes Jahr ein Antiimperialistisches Sommerlager organisiert. Unmittelbar nach Ausbruch der neuen Intifada im September 2000 gründete sich die Antiimperialistische Koordination für Palästina als Unterkomitee zum Zweck einer ständigen Solidaritätskampagne, die auf folgender Basis geführt wird:

Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten!

Auflösung aller israelischer Siedlungen!

Rückkehrrecht für alle vertriebenen Palästinenser!

Für einen souveränen palästinensischen Staat im Westjordanland und Gazastreifen mit Jerusalem als Hauptstadt!

Kontakt und Abo

Antiimperialistische Koordination

www.antiimperialista.org
 aik@antiimperialista.org

Postfach 23, 1040 Wien, Österreich

Kto-Nr. 92725137
 PSK, Bankleitzahl: 60000
 BIC: OPSKATWW
 IBAN: AT64600000092125137

Hinweis: Ab 1. Juni 2003 kommen für Überweisungen auf Konten innerhalb der EU in Euro dieselben Entgelte wie im Inland zur Anwendung, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

- Überweisungsbetrag max. € 12.500,-
- BIC und IBAN korrekt angegeben
- Auftraggeber und Empfänger übernehmen die eigenen Inlandsentgelte.

Intifada-Abonnement:

8 Zusendungen – 8 Euro

Intifada- Förderabo:

8 Zusendungen – 16 Euro

Die Apartheid-Mauer im Westjordanland

Der Bantustan-Plan der israelischen Regierung

